



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Umweltministerin Ulrike Scharf (2. v. l.) beglückwünschte die GZ zum Beitritt zur Bayerischen Klima-Allianz. Unser Bild zeigt außerdem Landrat a.D. Hermann Steinmaßl (l.), bbiv-Geschäftsführer Thomas Schmid (r.) sowie die GZ-Verlegerinnen (v. l.) Anne-Marie, Theresa und Constanze von Hassel.

1. Bayerisches InfrastrukturForum:

Passgenaue Lösungen

Über 180 Teilnehmer bei GZ-Fachveranstaltung in München

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie kommunaler Hoch- und Tiefbau, Leitungsinfrastruktur und Kommunalstraßen sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren optimale Finanzierung müssen beleuchtet werden. Auf dem 1. Bayerischen InfrastrukturForum der Bayerischen GemeindeZeitung in München fanden über 180 Besucher aus den bayerischen Kommunen exakt die auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote.

Die in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes stattfindende Veranstaltung, kompetent moderiert von Andrea Bräu (Bayerischer Rundfunk), konnte zudem knapp 30 Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller für sich gewinnen.

Entscheidungshilfen

Die hochkarätigen Referenten Dr.-Ing. Rainer Bauer (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat), Dr.-Ing. Werner Weigl (Bayerische Ingenieurkammer-Bau), Dr. Josef Wallner (Bayerischer Bauindustrieverband), Wolfgang Schmidt (BayernLabo), Bertram Kölsch (BayWa Energie Dienstleistungen GmbH), Stephan Weber (COPLAN AG), Wolfgang Wittmann (Europäische Metropolregion München e.V.), Vanessa Haumberger (Flughafen München GmbH), Fabian Böttger

(Hendricks & Schwartz GmbH), Sylvia Bischoff-Salim (KfW Bankengruppe), Alexander Habla (Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerkwerks), Stefan Rummel (Messe München GmbH), Arndt Bertleff (Tyczka Totalgaz GmbH), Detlef Fischer (Verband der Bayerischen Energie- und Wasserversorgung e.V. - VBEW) sowie Georg Distler (Versicherungskammer Bayern) boten den

Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

Hohe Bauqualität

Bayerische Bauindustriunternehmen haben Lösungen entwickelt, wie man den enormen Wohnungsbedarf bewältigen kann. Industrielle Bauweisen ermöglichen ein effizientes Vorgehen durch einen verkürzten Planungs- und Bauprozess. Zugleich ergibt sich dadurch eine Kostensenkung bei hoher Bauqualität. Schnell, flexibel und innovativ – so lassen sich die Ansätze der Bauindustrie charakterisieren, mit denen sie Städte und Kommunen dabei unterstützt, Baumaßnahmen in das bestehende städtebauliche Umfeld einzubetten und gerade dadurch die Integration der Menschen zu erleichtern – dabei ist die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landestagung „Kommunale Jugendpolitik 2016“:

Gut angekommen – gut aufgenommen!

Kommunale Konzepte zur Integration junger Flüchtlinge in Gemeinden, Städten und Landkreisen

Gelingende Integration ist ein gesellschaftliches und politisches Schlüsselthema unserer Zeit. Die Herausforderung durch hunderttausende Flüchtlinge, die hierzulande eine Heimat suchen, hat eine wegweisende Phase der deutschen Geschichte eingeläutet. Insbesondere junge Menschen haben im vergangenen Jahr in Bayern und bundesweit Zuflucht gefunden. Rund ein Drittel aller nach Deutschland geflüchteten Menschen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Angesichts dieser Herausforderungen müssen die Kommunen wirkungsvoll handeln.

Anlässlich der 6. gemeinsamen Landestagung von Bayerischem Jugendring, Bayerischem Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag wurden gute Erfahrungen gelingender Integration vorgestellt. Im Mittelpunkt der Grundlagendarstellungen und der Präsentation von Praxisbeispielen standen nachhaltig wirkende, systematische Konzepte für die interkulturelle Integration in Gemeinden, Städten und Landkrei-

sen. Die Tagung bot zudem Raum für Fragen und ermöglichte einen konstruktiven Austausch.

„Fit für die Zukunft“

Benachteiligten Jugendlichen den Start ins Berufsleben ermöglichen: Das ist das Ziel der Initiative „Fit für die Zukunft“, für die vor kurzem die Bayerische Staatsregierung und die Arbeitsverwaltung den Startschuss für

Jahresbericht 2016 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Bewährungsprobe für den Staatshaushalt

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in seinem diesjährigen Jahresbericht darauf hingewiesen, dass der anhaltende Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Staatshaushalt bereits tiefe Spuren hinterlässt. Bald schon werde sich zeigen, ob die Haushaltspolitik diese Bewährungsprobe besteht, machte ORH-Präsident Dr. Heinz Fischer-Heidberger in München deutlich. In jedem Fall müsse die Staatsregierung klare Prioritäten setzen – ohne Einsparungen in anderen Bereichen werde es nicht gehen.

Wie in den vergangenen Jahren bestätigt der ORH der Staatsregierung auch für das Haushaltsjahr 2014 eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Aus seiner laufenden Prüfungstätigkeit greift er aber dennoch im Jahresbericht 2016 wieder eine Reihe von Fällen auf, in denen der Staat mit dem Geld der Steuerzahler sorgsamer, wirtschaftlicher und sparsamer hätte umgehen sollen.

Defizite in der Steuerverwaltung

So beleuchten einige Beiträge schlaglichtartig diverse Defizite in der bayerischen Steuerverwaltung. Entweder fordern die bayerischen Finanzämter zum Ärger der Bürger rückwirkend Steuererklärungen für Renteneinkünfte ein oder sie sind andererseits zu nachlässig bei der Nachprüfung von Steuerunterlagen, die geschätzt werden müssen, moniert der ORH. Die Steuerfahnder fahndeten nur bei einem Bruchteil entsprechender Meldungen von Betriebsprüfern nach nicht gezahlten Steuern.

Auch Ärzte würden bei der Umsatzsteuer von den Finanzämtern nicht ausreichend geprüft. Dies betreffe vor allem die vielen Zusatzleistungen von Medizinerinnen - von Schönheitsoperationen über Zahnbleichung oder Dentalschmuck. Auch werden die zu großen Arbeitsrückstände beim Finanzamt München, dem größten seiner Art in Deutschland, gerügt.

Diesmal beschäftigt sich der ORH auch speziell mit den staatlichen Zuwendungsprogrammen. Er kritisiert dabei die fehlende Transparenz. Die Anzahl der Förderprogramme und deren Dotierung seien weder aus dem Haushaltsplan noch aus den Berichten der Staatsregierung über Finanzhilfen des Freistaats unmittelbar ersichtlich. Vor allem bemängeln die obersten Kassenprüfer aber, dass bei drei Viertel aller Zuwendungsprogramme nicht kontrolliert wird, ob der mit der Zuwendung angestrebte Erfolg überhaupt eingetreten ist. In den Fällen, in denen eine Erfolgskontrolle stattfand, war diese mangels verbindlicher Anforderungen sehr uneinheitlich.

Alterssicherungsfonds

Nach den Zuweisungen und Zuschüssen sind die Personalkosten der zweitgrößte Ausgabenblock des Staatshaushalts. Der Jahresbericht enthält dazu Beiträge, bei denen es um die Abrechnung von Bezügen, die Personalbewirtschaftung und den zweckwidrigen Einsatz von Personal geht.

So hat der ORH bei den teilprivatisierten Bayerischen Staatsforsten in Regensburg eine Unterdeckung beim Alterssicherungsfonds für fast 800 Forstbeamte entdeckt, was bei den jährlichen Millionengewinnen aus dem Holzverkauf nicht notwendig sei. Zudem sind bei den Staatsgemaldesamm-

lungen durch eine fehlerhafte tarifliche Eingruppierung Fehlzahlungen in Millionenhöhe entstanden. Bei 200 vom ORH geprüften Personalfällen gab es 277 Beanstandungen. Auch bietet die Forstverwaltung flächendeckend Motorsägekurse an. „Dies ist keine staatliche Aufgabe. Das Angebot sollte eingestellt und das Personal für seine ursprünglich vorgesehenen Aufgaben eingesetzt werden“, urteilen die Rechnungshofprüfer.

Versäumnisse bei Hochbaumaßnahmen

Darüber hinaus lasse das Nachtragsmanagement bei staatlichen Hochbaumaßnahmen zu wünschen übrig. Über die Hälfte der Nachtragssummen seien aufgrund einer mangelhaften Grundlagenermittlung oder einer mangelhaften Planung notwendig geworden. Fast ein Drittel der Nachtragssummen wurde erst beauftragt, nachdem mit der Ausführung bereits begonnen worden war. In den wenigsten Fällen waren die Preise nachvollziehbar geprüft (oder verhandelt) worden.

Die Bauämter, so der ORH, müssten mit ausreichend und entsprechend qualifiziertem Personal und einer effektiven IT ausge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Gerade in diesen Zeiten ständiger Terrorwarnungen und der diffusen Angst vor Flüchtlingen kommt die Osterbotschaft wie gerufen. Anstelle von Furcht und Hoffungslosigkeit tritt die Zuversicht, die Erlösung und die Freude. Eine Erkenntnis, die so manches Gemüt wieder in Balance bringen kann. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Höhere Beteiligung des Bundes an Asylkosten	Seite 2
Tag der Archive: Gedächtnis der Gesellschaft	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Tourismusförderung hilft den Kommunen	3
Deutscher Pflegetag: Neues Denken, neue Struktur	3
Zehn Jahre ausgeglichener Haushalt in Bayern	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-10
Kommunaler Bau	11-12
Wasser · Abwasser	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Tag der Archive:

Gedächtnis der Gesellschaft

Archive sind das Fundament zukünftiger Erinnerung. Jede Generation kann, muss und will sich aus historischen Dokumenten aufs Neue ihr Bild von der Vergangenheit machen. Die Archive geben Hilfestellung bei der Forschung und wenden sich in Publikationen, Ausstellungen, Führungen und Vorträgen an die Öffentlichkeit. So auch beim 8. bundesweiten Aktionstag der Archive, an dem sich bayernweit neben Staats- auch zahlreiche Kommunalarchive beteiligten.

Unter dem Motto „Erinnern und Entdecken“ luden 24 Münchner Archive zum „Tag der Archive 2016“ ein. Im Stadtarchiv München beispielsweise konnten sich die Besucher ganztags im Lesesaal über die umfangreichen Bestände und die sich daraus ergebenden Recherchemöglichkeiten informieren.

Mit den polizeilichen Meldebögen des 19. Jahrhunderts und der darauf aufbauenden Einwohnermeldekarte bis 1978 sowie den Geburts-, Heirats- und Sterberegistern der Münchner Standesämter inklusive der der ehemals eigenständigen Stadtteile hat das Stadtarchiv München eine einzigartige Basis für personengeschichtliche Forschungen.

Stadtarchiv München

Ergänzt werden diese Unterlagen durch ältere Quellen wie etwa die Protokolle des Stadgerichts und die Kammerrechnungen sowie durch jüngeres Material (Stadtadressbücher, Zeitungsausschnitte und Friedhofskartei). Am „Tag der Archive“ hatten Besucher die Möglichkeit, durch einen Vortrag oder die beiden personengeschichtlichen Führungen einen Überblick über diese Quellen zu erhalten. Auch die Plan-Sammlung, die etwa 30.000 Karten und Pläne umfasst, öffnete ihre Schubladen und präsentierte ausgewählte Stücke.

In der Restaurierungswerkstatt erhielten die Besucher eine Ahnung von den vielfältigen Konservierungsproblemen, die sich mit Material aus rund 700 Jahren ergeben, und den zum Teil äußerst diffizilen Restaurierungsmaßnahmen.

Bei den allgemeinen Magazin-Führungen konnten die Besucher hinter die Kulissen des größten kommunalen Archivs der Bundesrepublik schauen. Um im „Gedächtnis der Stadt“ mit seinen rund 20 Kilometer Akten und Amtsbüchern und ca. 90.000 Urkunden fündig zu werden, ist Ordnung das oberste Prinzip. Da der jährliche Archivalien-Zu-

wachs rund 500 Regalmeter beträgt, ist der von Hans-Busso von Busse in den späten 1980er Jahren konzipierte Magazinbau des Stadtarchivs aus langfristiges Wachstum berechnet.

Für Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle war das Motto des Beitrags der Münchner Archive sehr gut gewählt. Auch im Zeitalter der Digitalisierung, deren Möglichkeiten auch die bayerischen staatlichen Archive intensiv ausschöpfen und damit ihren Nutzern weltweit vielfältige Services zur Verfügung stellen, seien die Archive als das „Gedächtnis der Gesellschaft“ unverzichtbar. Sie sammeln nicht nur einmalige und besonders wertvolle Quellen aus der

Verkehrspolitik:

Große Chance für Bayerns Infrastruktur

Für den Erhalt sowie den Aus- und Neubau der Bundesverkehrswege auf Schiene, Straße und Wasser dient der Bundesverkehrswegeplan als wichtigstes Planungsinstrument. Eine Beschlussfassung dieses Plans erfolgt alle zehn bis fünfzehn Jahre aufs Neue. Bei der Bewertung von Aus- und Neubaumaßnahmen bevorzugt der Bundesverkehrswegeplan Vorhaben mit überregionaler, kapazitätssteigernder und qualitätsverbessernder Wirkung. Im Planentwurf werden auch die prognostizierten Kosten der jeweiligen Verkehrsträger berücksichtigt. In der jetzt vorliegenden Neufassung sind insgesamt 17,2 Milliarden Euro für Bayerns Straßen vorgesehen.

Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann begrüßte ausdrücklich den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans und bezeichnete ihn als „große Chance“ für Bayerns Infrastruktur in den nächsten 15 Jahren. Aufgrund des deutlich größeren Projektvolumens für die Schiene sowie die Wasser- und Straßeninfrastruktur könnten jetzt für den Freistaat wichtige Projekte gestartet werden.

Vordringlicher Bedarf

Bei den Ortsumfahrungen habe Bayern ca. 220 beantragt, davon

bayerischen und deutschen Geschichte wie Kaiser-, Herzogs- und Königsurkunden, sondern auch Schrifttum und Dokumente zur Sozial- und Alltagsgeschichte – vom Mittelalter bis zur Gegenwart. „In den Archiven erfahren wir unheimlich viel über das Leben unserer Vorfahren. Aber wir nutzen Archive auch, um Rechtsfragen im heutigen Alltag zu klären – bis hin zum Baurecht.“

Weg zur Dienstleistungsgesellschaft

Der Historische Verein bayerischer Genossenschaften zeichnete beim „Tag der Archive 2016“ im Bayerischen Wirtschaftsarchiv die Entwicklung der Taxigenossenschaft seit ihrer Gründung im Jahr 1917 nach. Die Ausstellung ging dabei unter anderem auf Herausforderungen ein, die die Taxi München eG im Lauf der Geschichte bewältigen musste. Außerdem zeigten die Exponate die technische Modernisierung auf dem Weg zum heutigen Dienstleistungsunternehmen, das unter anderem mit solarbetriebenen Taxifahrern arbeitet.

In Nürnberg stellte sich das Stadtarchiv vor. Besucher konnten sich zum Beispiel frühe Fotografien aus Nürnberg anschauen. Zudem gab es Führungen zu den Themen „Restaurierung und Be-

standserhaltung“ sowie „Von Karl IV. bis zur Städtepartnerschaft“.

Das Stadtarchiv Memmingen wiederum erweiterte seine Webseiten, um bedeutende Quellen aus der Stadtgeschichte der regionalen und überregionalen Forschung zur Verfügung zu stellen – darunter die Übertragung der Benninger Wunderhostie vor 800 Jahren, die Neuordnung und Erschließung der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Inkunabel- und Handschriftenabteilung sowie die Stammbücher der Memminger Meistersinger.

Die Auftaktveranstaltung zum „Tag der Archive 2016“ fand in München statt. Organisiert wurde sie vom Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung und richtete inhaltlich den Blick auf den Übergang vom Dritten Reich zum modernen Bayern nach 1945. Titel: „Widerstand und Neuanfang“.

„Die Aufgaben der Archive haben sich in den jüngsten Jahren spürbar gewandelt. Neben die Rolle des Bewahrens und Archivierens sind die Öffentlichkeitsarbeit und historisch-politische Bildungsarbeit getreten. Auch die Landesgeschichts- und die Heimatforschung sind ohne leistungsfähige moderne Archive nicht denkbar“, führte Minister Spaenle aus. **DK**

Flüchtlingspolitik:

Höhere Beteiligung des Bundes an Asylkosten

Der Bund ist nach der Verfassung für die Flüchtlingspolitik zuständig und trägt die Mitverantwortung zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise. Folglich muss er auch die Kosten der Länder und Kommunen im Asylbereich mittragen. Jetzt fordern alle vier Landtagsfraktionen die Bundesregierung auf, ihre Beteiligung an den Aufwendungen der Länder und Kommunen wesentlich zu erhöhen.

In der letzten Plenarsitzung vor den Osterferien hatte die CSU-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag im Landtag eingebracht, wonach die Staatsregierung sich auf Bundesebene für eine Erhöhung der Kostenbeteiligung des Bundes einsetzen soll. Darüber sind sich auch alle Landtagsfraktionen einig. In Bayern werden im Staatshaushalt für 2015 und 2016 insgesamt ca. 4,5 Milliarden Euro für Asylausgaben bereitgestellt, wobei diese in 2016 wesentlich höher sind als im Vorjahr. Laut dem Antrag komme dabei der Bund seiner Verantwortung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nur unzureichend nach, zumal er lediglich 17% der bayerischen Ausgaben trage. Dieser Finanzierungsanteil müsse deutlich aufgestockt werden, wobei auch die Kommunen bei den zu erwartenden Folgekosten der Zuwanderung entlastet werden müssten.

Faire Kostenteilung

Finanz- und Heimatminister Markus Söder verwies nochmals auf die immensen Asylausgaben des Freistaates und die Kostenbelastung der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik. Daran müsse sich der Bund mit mindestens 50% beteiligen, schon im Interesse einer fairen Kostenaufteilung. Ganz entscheidend sei auch eine ernsthafte und nachhaltige Zuwanderungsbegrenzung. Des Weiteren gehe es um die Gewährleistung von Integration, die jedoch Verdrängung und Konkurrenz im Arbeitsmarkt sowie den sozialen Sicherungssystemen bedeute. Wichtig sei auch die Humanität. Dabei dürfe man die einheimische Bevölkerung nicht vernachlässigen, betonte der Heimatminister. Alle Maßnahmen der Staatsregierung würden von den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragen.

Die stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende Kerstin Schreyer-Stäblein forderte ebenfalls eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes und verwies darauf, dass der Freistaat den Kommunen sämtliche Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ersetze, in diesem Jahr ca. 630 Millionen Euro. Um den Einheimischen ihre Ängste zu nehmen, müsse vor allem die Zuwanderung begrenzt werden. Auch Günther Knoblauch (SPD) äußerte sich in diesem Sinne. Die gemeinsamen Aufgaben der Länder müssten vom Bund mitgetragen und die Kommunen entlastet werden. Darüber hinaus forderte der SPD-Finanzpolitiker mehr sozialen Wohnungsbau sowie mehr Lehrer in den Ausbildungszentren.

Bessere Unterstützung

Alexander Muthmann (FW) forderte eine verantwortungsvolle und sparsame Flüchtlingspolitik in Bayern. Seine Partei habe vor allem die Kommunen und die ehrenamtlichen Helfer im Blick. Gerade leistungsschwächere Gemeinden müssten verstärkt berücksichtigt werden. Die Asylkosten der Kommunen seien in voller Höhe zu erstatten. Christine Kamm, integrationspolitische Sprecherin der Grünen, verlangte eine bessere Unterstützung der Kommunen durch Bund und Freistaat bei ihren Integrationsleistungen. Es dürfe keinen Ausschluss von Integrationsmaßnahmen geben. Vor allem der Bund sei zur Entlastung der Kommunen weiter gefordert und stehe noch nicht an seiner Belastungsgrenze.

Bei der Abstimmung im Landtag wurde der CSU-Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen. Die in diesem Zusammenhang von SPD und Freien Wählern eingebrachten Anträge wurden von der CSU-Mehrheit abgelehnt. **rm**



Asyl – Flucht – Migration: Ratgeber und Glossar für ehrenamtliche Helfer der Hanns-Seidel-Stiftung

Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit haben ein großes Informationsbedürfnis und benötigen Unterstützung zur Bewältigung ihrer Tätigkeit. Dafür hat die Hanns-Seidel-Stiftung nun den Leitfaden „Engagiert für Flüchtlinge: Ein Ratgeber für Ehrenamtliche“ sowie ein Glossar mit Fachbegriffen herausgebracht, die beide kostenfrei erhältlich sind. Im Bild die Stiftungsvorsitzende Ursula Männle (l.) und Staatsministerin Emilia Müller bei der Vorstellung der Broschüren.

Wie kann man helfen? Was ist zu beachten? Wie läuft ein Asylverfahren ab? Antworten auf diese Fragen gibt die 60-seitige Broschüre „Engagiert für Flüchtlinge: Ein Ratgeber für Ehrenamtliche“, die zusammen mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. erstellt wurde.

„Integration ist ein langfristiger Prozess, der zum Ziel hat, alle Individuen in die Gesellschaft einzubeziehen. Bei diesem Prozess sind ehrenamtliche Helfer eine tragende Säule im System“, so Ursula Männle, Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller betonte: „Der Leitfaden der Hanns-Seidel-Stiftung ist ein wertvoller Ratgeber, der viele Fragen beantwortet und hilfreiche Tipps gibt.“

Weitere Informationen unter: www.hss.de

„Erfolgreiche Gleichstellungspolitik im öffentlichen Dienst“

Der Ministerrat hat in seiner jüngsten Sitzung den Fünften Bericht über die Umsetzung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bericht bilanziert die tatsächlich erreichten Ziele des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes zum Jahr 2014 sowie die Entwicklung seit dem vorangegangenen Bericht. „Das Bayerische Gleichstellungsgesetz hat sich bewährt. Es ist die notwendige und wirkungsvolle Grundlage für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik in Bayern. Die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Bayern befindet sich auf einem guten Weg“, so das Fazit von Bayerns Sozialministerin Emilia Müller, zugleich Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Positive Entwicklung

Laut Müller hat sich die positive Entwicklung bei der Gleichstellung weiter fortgesetzt, allerdings nicht

in allen Ebenen gleich stark: „Der Frauenanteil hat sich in der gesamten öffentlichen Verwaltung Bayerns deutlich erhöht. Beim Freistaat Bayern ist er seit 1996 von 44,5 Prozent auf 52,4 Prozent gestiegen.“ Nach dem Bericht steigt auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst weiter an. Sozialministerin Müller: „Es zeigt sich deutlich, dass hier die positive Entwicklung weiter anhält. Heute werden 37,4 Prozent der Führungspositionen von Frauen ausgeübt, das ist mehr als eine Verdoppelung seit 1997 mit 15,1 Prozent“, so Müller. Um die Führungsquote noch weiter zu erhöhen, soll jedes Ressort für seinen Geschäftsbereich Zielvorgaben entwickeln, in welchem Umfang der Frauenanteil in Führungspositionen erhöht werden soll. Diese Ziele sollen bis Ende 2020 erreicht werden. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Klaus Herzog
63739 Aschaffenburg
am 29.3.

Bürgermeister Otto Beck
91596 Burk
am 29.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Wolf
88167 Stiefenhofen
am 2.4.

Landrat Dr. Karl Döhler
95632 Wunsiedel
am 4.4.

Bürgermeister Hans Donko
92681 Erbdorf
am 6.4.

Bürgermeister
Werner Bäuerlein
91183 Avenberg
am 24.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Uhl
86441 Zusmarshausen
am 25.3.

Bürgermeister Gerhard Korn
91564 Neuendettelsau
am 28.3.

Bürgermeister Armin Postler
96169 Lauter
am 29.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Müller
86399 Bobingen
am 5.4.

Bürgermeister
Laurent O. Mies
87561 Oberstdorf
am 6.4.

Bürgermeister Thomas Weber
83483 Bischofswiesen
am 30.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Felicitas Betz
82398 Polling
am 24.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Blesch
97537 Wipfeld
am 6.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Pflegetag in Berlin:

Neues Denken, neue Struktur

Die herausragende Bedeutung des Themas Pflege für die deutsche Gesellschaft hat anlässlich des Deutschen Pflegetages in Berlin Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe unterstrichen. Als Schirmherr der Veranstaltung würdigte er den unermüdlichen Einsatz der Pflegekräfte.

Als zentrales Branchentreffen erwartete die insgesamt 6.000 Besucherinnen und Besucher ein umfangreiches Programm mit über 70 Foren und 170 Referentinnen und Referenten. Das Spektrum reichte von den strukturellen Grundlagen für eine gute Versorgung bei Demenz über Qualifizierungsangebote, Interprofessionalität und Personalbemessung, Innovationsmanagement und zahlreiche praktische, gut funktionierende Beispiele vor Ort bis hin zur Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt gegen Pflege.

„Rund eine Million Pflegekräfte engagiert sich täglich in den 12.700 ambulanten Pflegediensten und 13.000 stationären Pflegeeinrichtungen. Hier übernehmen sie eine für uns alle unverzichtbare Aufgabe. Denn sie pflegen nicht den demografischen Wandel, sondern unsere Eltern, Geschwister und Kinder“, hob Bundesminister Gröhe hervor. Er machte deutlich, dass die Stärkung der Pflege hierzulande ein zentrales Anliegen der Bundesregierung in dieser Wahlperiode ist.

Folgende Gesetze verbessern Gröhe zufolge die Pflege entscheidend: Bereits seit dem 1.1.2015 erhalten alle rund 2,7 Millionen Pflegedürftigen in Deutschland durch das Pflegestärkungsgesetz I mehr Leistungen. Die Leistungen für die ambulante Pflege wurden um rund 1,4 Mrd. Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund 1 Mrd. Euro. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt. Die bisherige Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen und Demenzkranken entfällt. Im Zentrum steht nun vielmehr der individuelle Unterstützungsbedarf jedes Einzelnen. Das geplante Pflegestärkungsgesetz III soll künftig die Pflege und die Beratung vor Ort in den Kommunen stärken.

Den veränderten Anforderungen in der Pflege trägt der Entwurf des Pflegeberufsgesetzes mit einer moderneren Berufsausbildung für Pflegekräfte Rechnung. Ziel ist, die Qualität der Pflege weiter zu steigern und die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen, um mehr junge Menschen für den Zukunftsberuf Pflege zu gewinnen. Die bisherigen Ausbildungen in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege werden weiterentwickelt und zu einem neuen gemeinsamen Berufsbild zusammengeführt. Die Ausbildung wird kostenfrei, Auszubildende erhalten eine Ausbildungsvergütung.

Nach Gröhes Worten „steigt in den Krankenhäusern die Zahl älterer und demenzkranker Menschen. Krankenpfleger brauchen deshalb auch altpflegerische Kenntnisse. Und in den Altenpflege-Einrichtungen steigt die Zahl chronisch und mehrfach erkrankter Pflegebedürftiger, die gut versorgt werden müssen. Das heißt, im Pflegeheim brauchen wir zunehmend krankenpflegerisches Wissen. Dafür müssen wir unsere Pflegekräfte fit machen. Alle müssen gut Bescheid wissen über Anatomie, Wundbehandlung, Hygiene, ethische und rechtliche Fragen. Diese gemeinsamen Ausbildungsteile führen wir zusammen. Darüber hinaus kann jeweils ein Schwerpunkt in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege gewählt werden.“

Wer Angehörige zu Hause

pflegt, erhält bereits seit dem 1.1.2015 mehr zeitliche Flexibilität und Sicherheit. Das Pflegezeitgesetz ermöglicht Beschäftigten, bis zu zehn Tage von der Arbeit fernzubleiben, wenn sie Zeit benötigen, um eine akut aufgetretene Pflegesituation eines Angehörigen zu organisieren. Sie haben außerdem Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung. Zudem haben pflegende Angehörige Anspruch auf eine zweijährige Familienpflegezeit.

Pflegestellen-Förderprogramm

Darüber hinaus wird auch die Krankenpflege deutlich gestärkt. Zur Stärkung der Pflege am Krankenbett wird im Rahmen des Krankenhausstrukturgesetzes ein Pflegestellen-Förderprogramm eingerichtet. Dadurch werden Krankenhäuser unterstützt, mehr Pflegekräfte einzustellen und dauerhaft zu beschäftigen. In den Jahren 2016 bis 2018 belaufen sich die Fördermittel auf insgesamt bis zu 660 Millionen Euro. Ab 2019 stehen dauerhaft bis zu 330 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Zudem werden Krankenhäuser, die besonders viel Personal beschäftigen mit einem Pflegezuschlag in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro unterstützt.

Eng verbunden mit der Ausbildungsreform ist die Einrichtung von Pflegekammern. „Deutschland braucht Pflegekammern“, forderte der Präsident des Deutschen Pflegerats Andreas Westermann. „Sie stellen die Berufsgruppen der Pflege als wichtige und ernstzunehmende Akteure in den Mittelpunkt der pflegerischen Versorgung. Das ist Wertschätzung für die professionell Pflegenden und zugleich das Ende der Fremdbestimmung. Die Pflege bestimmt künftig selbst.“

Erfolgreich gestartet ist die

Landespflegekammer in Rheinland-Pfalz. Schleswig-Holstein und Niedersachsen werden noch in diesem Jahr folgen. Mit großen Schritten wird damit auf eine Bundespflegekammer zugesteuert. Auf dem Deutschen Pflegetag 2016 gehörten daher neben dem Pflegeberufsgesetz die Einrichtung von Pflegekammern zu den Top-Themen, die in unterschiedlichsten Diskussionsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern von Ministerien, Parteien, Bildungs- und Pflegeeinrichtungen intensiv diskutiert wurden.

Der Deutsche Pflegetag widmete sich auch der Frage, welche Chancen sich im Pflegeberuf für Migrantinnen und Migranten ergeben. Integration braucht berufliche Qualifikation und Erwerb von Sprachkompetenzen. „Zentral dabei ist, dass bei allen Bestrebungen, berufliche Angebote in der Pflege für Geflüchtete zu gestalten, der Frage der Bereitschaft und Eignung eine besondere Rolle zukommen muss, denn Pflege ist ein anspruchsvoller Beruf“, kommentierte Jürgen Graalmann, Sprecher der Geschäftsleitung des Deutschen Pflegetags.

Es solle und dürfe niemand gedrängt werden, seine berufliche Perspektive in der Pflege zu sehen. Gerade jetzt sei ein guter Zeitpunkt, das schlummernde Potenzial im Kreis der Migranten zu entdecken und ausbildungsbereite Menschen zu identifizieren, erklärte Graalmann. Mit guten Konzepten könne man nicht nur einen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten, sondern auch zu ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Integration.

Graalmann wies dabei noch auf einen weiteren Umstand hin: „Auch die Anforderungen an eine kultursensible Pflege wachsen, da immer mehr Pflegebedürftige mit einem Migrationshintergrund im Alter versorgt werden müssen.“ Hier kämen auf die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste völlig neue Anforderungen zu, „auf die wir noch nicht ausreichend vorbereitet sind“. DK

Weiterentwicklung des SGB II

Gemeinsames Positionspapier von Deutschem Landkreistag, Deutschem Städtetag und Bundesagentur für Arbeit

Nach Auffassung der Bundesagentur für Arbeit, des Deutschen Landkreistags und des Deutschen Städtetags müssen die Regelungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) dringend weiterentwickelt und an aktuelle Aufgaben und Problemstellungen angepasst werden. Hierzu haben die Träger der Jobcenter ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht.

Das Papier enthält Vorschläge, wie der notwendigen besseren Förderung von Langzeitarbeitslosen sowie der stark wachsenden Anzahl von Flüchtlingen und Asylberechtigten innerhalb des SGB II entsprochen werden kann. Außerdem benennt es Möglichkeiten zur Entlastung der Jobcenter sowie zur Vereinfachung der Verfahren im SGB II und gibt Anregungen für eine effizientere Bearbeitung.

Bundesagentur für Arbeit, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag halten gemeinsam fest, dass der Soziale Arbeitsmarkt weiter ausgebaut werden müsse, um arbeitsmarktpolitische Handlungsmöglichkeiten für die Jobcenter zu eröffnen, die an Beschäftigung herantreiben, Qualifizierungselemente enthalten und nicht in marktfernen Bereichen verbleiben. Der Gesetzgeber müsse den Jobcen-

tern SGB II-spezifische Instrumente an die Hand geben, um sinnvolle und flexible Handlungsmöglichkeiten für die betroffenen Leistungsberechtigten zu eröffnen.

Strukturen schaffen

Arbeitsgelegenheiten dienen der Stabilisierung der Erwerbsfähigkeit der Betroffenen und der Heranführung an eine Tagesstruktur. Sie seien zu stärken und zu vereinfachen. Dem in jedem Jobcenter eingerichteten örtlichen Beirat, dem Wirtschafts- und Unternehmervertreter angehören, sollte ein Votum eingeräumt werden, bestimmte Beschäftigungsbereiche oder konkrete Tätigkeiten als unproblematisch und wettbewerbsneutral anzusehen. Auf dieser Grundlage habe das Jobcenter sodann über die Arbeitsgelegenheiten zu entscheiden.

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

der Tourismus in Bayern erreichte auch im Jahr 2015 ein Rekordniveau und hat die Ergebnisse von 2014 erneut übertroffen – Bayerns Wirtschafts- und Tourismusministerin Ilse Aigner kommentierte diese Schlagzeile voller Stolz und spricht von einem „absoluten Spitzenresultat“. Insgesamt stieg 2015 die Zahl der Gästeankünfte im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 % auf rund 34 Millionen und die der Übernachtungen um 3,4 % auf ca. 88 Millionen. Bayerns Gastgewerbe hat sich 2015 ebenfalls positiv entwickelt. Es verzeichnet beim Umsatz ein Plus von 3,6 % und bei den Beschäftigten einen Anstieg um 1,0 %. Bayerns Schlösser und Burgen sind dabei laut Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder einer der Top-Besuchermagneten bei Touristen im Freistaat. Über 5 Mio. Besucher kamen 2015 zu den verschiedenen historischen Stätten. Der Freistaat investiert derzeit hunderte Millionen Euro in die Restaurierung der Bauten und damit in den Erhalt des lebendigen historischen Erbes.

Aber auch die Kommunen sind beim Tourismus im Sinne von Wirtschaftsförderung und Standortwerbung trotz angespannter Haushalte vielfach engagiert. Doch immer wieder stellen

Tourismusförderung hilft den Kommunen

wir uns als kommunale Mandatsträger die Frage, ob sich die Investitionen auch wirklich durch positive Effekte und letztendlich durch bare Münze auszahlen.

Ich habe das in unserer touristischen Destination Ferienland Donau-Ries (51 Städte und Gemeinden, rund 165.000 Einwohner) vor einigen Jahren von dwif consulting untersuchen lassen und interessante Erkenntnisse gewonnen:

Im Jahr 2010 spülten insgesamt 5,68 Mio. Aufenthaltstage von Gästen einen Bruttoumsatz von rund 154,8 Mio. Euro in die Kassen der Tourismusanbieter in Donau-Ries. Zu den Aufenthaltstagen gehörten über 90% Tagesreisen, die rund 66% des Gesamtumsatzes erzielten. Bei den gewerblichen Betrieben (z.B. Hotels) machten rund 7% der Aufenthaltstage über 30% des Gesamtumsatzes aus.

Wir haben uns die Frage gestellt, welche der Wirtschaftszweige am Tourismus verdienen. Vielfach werden nur Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe zu den Profiteuren der Tourismusbranche gezählt. Weit gefehlt: Das Beispiel zeigt, dass ein großer Teil des touristischen Umsatzes auf den Einzelhandel und andere Dienstleistungsbranchen entfiel. Bei den Tagesbesuchern waren es zu 43 % der Einzelhandel, zu 36% das Gastgewerbe und zu 21% die Dienstleistungen. Bei den Übernachtungsgästen verobten sich die Anteile – 61% das Gastgewerbe, 21 % der Einzelhandel und 18 % die Dienstleistungen. Bei der Aufteilung der Umsätze im Gastgewerbe erhielten wir ebenfalls bemerkenswerte Zahlen. 15 Mio. Euro fielen auf die Unterkunft und 54 Mio. Euro auf die Gastronomie. Der Einzelhandel freute sich über Umsätze in Höhe von 46 Mio. Eu-



ro bei den Einkäufen und 9 Mio. Euro bei den Lebensmitteln. Bei den Dienstleistungen (insgesamt über 31 Mio. Euro) nahmen die Freizeiteinrichtungen (z. B. Freibad, Theater, Events) 17 Mio. Euro, die lokalen Transporte (z. B. Taxi, ÖPNV) über 2,5 Mio. Euro und die sonstigen Dienstleister (z. B. Friseur, Fitness) über 11,5 Mio. Euro ein. An dieser Aufzählung ist erkennbar, welch ein enormer Umsatzbringer der Tourismus für die verschiedensten Branchen verkörpert. Wie wir

alle wissen, ist Umsatz nicht gleich Gewinn. Doch weitere Berechnungen ergaben, dass sich die Einkommenseffekte im Landkreis Donau-Ries im untersuchten Jahr auf letztendlich stattliche 70 Mio. Euro beliefen. Damit konnten in der Region im Jahr 2010 die Anzahl von 2.950 Personen durch den Tourismus ihren Lebensunterhalt mit einem durchschnittlichen Primäreinkommen (= 23.771,- Euro) pro Kopf bestreiten. Zusätzlich wurden 17,4 Mio. Euro an Steueraufkommen generiert – kommunale Steuern und Abgaben gar nicht mitgerechnet. Wie gesagt waren das die Zahlen von 2010; seither haben sich die Zahlen für Übernachtungen und Tagesgäste und damit auch die Wertschöpfung für unsere Region um rund 13 % erhöht.

Was heißt das für uns Kommunalpolitiker? Es lohnt sich durchaus, die Potenziale des Tourismus zu nutzen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Gerade durch den Querschnittscharakter der Tourismusbranche profitieren viele verschiedene Wirtschaftszweige. Zudem sind die Anforderungsprofile vielfältig (vom Reinigungspersonal bis zum Manager) und das Beschäftigungsspektrum ist entsprechend breit (z. B. Vollzeit, Teilzeit, Aushilfen, mithelfende Familienangehörige).

Darüber hinaus bedeutet eine aktive, zielgerichtete und kontinuierliche Weiterentwicklung im Tourismus für jede Kommune eine Aufwertung des gesamten Lebensstandortes. Tourismusgemeinden sind meist besser ausgestattet mit Rad- und Wanderwegen, mit (Kur-) Parks, Ruhebänken und Abenteuerplatzanlagen, mit Schwimm- und Erlebnisbädern, Museen, Ausstellungen, Kinos und anderen Unterhaltungseinrichtungen als andere Orte.

Wer als Kommune also in diese Richtung weiter sinnvoll Gelder einsetzt, hält in punkto Freizeitwert und Lebensqualität wertvolle Trümpfe in der Hand, um im Wettbewerb um Einwohner, Mitarbeiter und Unternehmen zu bestehen. Investitionen in den Tourismus verbessern also nicht nur die Infrastrukturausstattung, sondern schaffen handfeste Zukunftsperspektiven – gerade im ländlichen Raum und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

Als KPVS setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass unsere Kommunen auch von staatlicher Seite die notwendigen finanziellen Freiräume erhalten, um die Chancen des Tourismus wirklich nutzen zu können. Ohne Zweifel, die wunderschönen Landschaften im Freistaat und die faszinierenden Kulturdenkmäler verkörpern alleine schon einen gewissen Standortvorteil. Doch sie bilden im harten Wettbewerb der Destinationen lediglich eine solide Grundlage für ein attraktives touristisches Angebot, das jeweils vor Ort entsprechend ausgebaut werden muss.

Ihr Stefan Rößle
KPVS-Landesvorsitzender

Die bisherigen gesetzlichen Kriterien „zusätzlich“, „im öffentlichen Interesse“ und „wettbewerbsneutral“ würden dadurch entbehrlich und seien aufzuheben. Im Dialog mit der örtlichen Wirtschaft könnten so sinnvolle Ausgestaltungen entwickelt werden. Darüber hinaus sei zu prüfen, ob dieses Instrument im SGB II speziell für den Personenkreis der Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge weiterentwickelt werden muss.

Für ihre anspruchsvolle und herausfordernde Tätigkeit im Interesse der Leistungsberechtigten benötigen die Jobcenter nach Ansicht der Träger eine auskömmliche Finanzausstattung. Dies betreffe sowohl die Eingliederungskosten als auch die Verwaltungskosten. Die Politik müsse erkennen, dass es sich bei diesem Geld letztlich um Zukunftsinvestitionen in die Menschen handelt. Das gelte umso mehr in Anbetracht quantitativer und qualitativer steigender Herausforderungen der Jobcenter infolge des absehbar hohen

Eintritts von Asylberechtigten und Flüchtlingen in den SGB II-Rechtskreis. Um den Jobcentern eine vernünftige Planung zu ermöglichen, dürften die Mittel nicht nur für ein Jahr feststehen, sondern müssten längerfristig planbar sein.

Rechtsvereinfachungen

Das SGB II ist nach wie vor geprägt von kleinteiligen Regelungen und verwaltungsaufwendigen Vorgaben. Es bedürfe weiterer Rechtsvereinfachungen, die auch Ressourcen für eine intensivere Betreuung der SGB II-Leistungsberechtigten freisetzen. Genannt werden unter anderem die Einführung einer Kleinbetragsgrenze für Erstattungsleistungen und eines pauschalierten Einstiegsgeldes für selbstständige Aufstocker sowie eine weitere Vereinfachung der Bildungs- und Teilhabeleistungen.

Ein besonderer Bürokratietreiber ist nach Ansicht von Deutschem Landkreistag, Deutschem

Städtetag und Bundesagentur für Arbeit die sog. Bedarfsanteilmethode bei der Einkommensanrechnung. Sie sprechen sich dafür aus, gemäß dem Individualprinzip die vertikale Einkommensanrechnung vorzunehmen. Dadurch würde Erwerbseinkommen zunächst beim Erwerbstätigen selbst angerechnet und nur Einkommen, das nicht zu seiner eigenen Existenzsicherung benötigt wird, auf die Bedarfe der anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Dies würde die Verfahren deutlich vereinfachen und die Bescheide für die Leistungsberechtigten verständlicher machen.

Durch eine Erweiterung der sog. Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre, innerhalb derer die zwölfmonatige Anwartschaftszeit für Leistungen der Arbeitslosenversicherung erfüllt sein muss, soll der Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtert werden. Damit würden mehr Menschen die Chance einer frühzeitigen, individuellen Unterstützung im (Fortsetzung auf Seite 4)

Festakt in München:

10 Jahre ausgeglichener Haushalt in Bayern

Solide Staatsfinanzen sind Grundlage künftigen Erfolgs und Wohlstands. Bayern setzt mit einem Haushalt ohne neue Schulden bereits seit einem Jahrzehnt finanzpolitische Maßstäbe in Deutschland und Europa. „Ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung ist ein Markenzeichen Bayerns und Vorbild für Bund und andere Länder“, erklärte Finanzminister Dr. Markus Söder bei einem Festakt in München.

Bayern hatte im Jahr 2006 als erstes deutsches Bundesland einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Andere Länder haben dagegen Schulden gemacht: So nahm der Schuldenstand in Nordrhein-Westfalen (Kernhaushalt) in den Jahren 2006 bis 2014 um 26,6 % zu, in Baden-Württemberg um 17,2 %. Insgesamt ist der Schuldenstand in den westlichen Flächenländern (ohne Bayern) im selben Zeitraum um 23,6 % gestiegen.

Anfang 2012 hatte Ministerpräsident Horst Seehofer zudem angekündigt, dass Bayern bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein werde und damit begonnen, Schulden zu tilgen: Bisher liegt die Schuldentilgung bei 3,04 Milliarden Euro.

„Solide Haushaltspolitik ist langfristig auch eine Frage der Generationengerechtigkeit“, unterstrich Finanzminister Söder und forderte: „Keine unbezahlten Rechnungen für unsere Kinder und Enkelkinder!“ Es sei unbestritten, dass Bayern die Blaupause für eine der bedeutendsten finanzpolitischen Grundsatzentscheidungen der Nachkriegszeit geliefert hat – „die Einführung der Schuldenbremse für Bund

und Länder im Grundgesetz“.

Wie der Ländervergleich zeige, investieren Länder mit hohen Zinsausgaben tendenziell weniger in die Zukunftsbereiche. Wer sein Geld für Schuldzinsen ausgeben muss, habe weniger Geld für Zukunftsinvestitionen. Die Zinsausgabenquote (Soll 2016) lag in Bayern mit 1,5 % deutlich niedriger als in Baden-Württemberg (3,8 %) und in Nordrhein-Westfalen (4,3 %).

Im Doppelhaushalt 2015/2016 werden im allgemeinen Haushalt des Freistaates Bayern 550 Millionen Euro im Jahr 2016 getilgt. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg sind es 0 Euro und in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 1,99 Mrd. Euro.

Wie Minister Söder abschließend bemerkte, sei Bayern stets ein verlässlicher Partner seiner Kommunen geblieben. „Die Gesamtleistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs stiegen von 5,71 Milliarden Euro in 2006 auf rund 8,29 Milliarden Euro in 2015. In diesem Jahr steht die Rekordsumme von 8,56 Milliarden Euro für die Kommunen bereit.“ **DK**



Dr. Edmund Stoiber (L.) und Dr. Markus Söder beim Festakt. **DK**

Weiterentwicklung...

(Fortsetzung von Seite 3) SGB III erhalten und das SGB II würde entlastet.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist für die Jobcenter seit jeher ein wichtiger Teil ihrer Aufgaben. Bei dem großen Personenkreis der nun dazukommenden Asylberechtigten und Flüchtlinge zeige sich die Besonderheit, dass die Kenntnis der deutschen Sprache bestenfalls rudimentär vorhanden ist und vielfach auch die Kenntnis der lateinischen Schrift fehlt. Eine berufsbezogene Sprachförderung komme oftmals einer allgemeinen Sprachförderung gleich.

Derzeit melden die Jobcenter aufwendig die Teilnehmer für die berufsbezogenen Sprachkurse an die Sprachkurstäger, die vom Bundesamt für Migration beauftragt wurden. Dadurch ergeben sich Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Kursinitiation

und Probleme mit der teilnehmerspezifischen Ausrichtung der Kurse. Es wird vorgeschlagen, die Bewirtschaftung der Sprachkurse zur berufsbezogenen Sprachförderung auf die Jobcenter zu übertragen. Dies würde die Verwaltungswege vereinfachen und zugleich das BAMF entlasten für die dort vorrangig wichtige Beschleunigung der Asylverfahren.

Sprachförderung

Eine besondere Herausforderung stellt ferner die durch Flüchtlingszuwanderung zunehmende Zahl von Kursteilnehmern dar. Neben einer breit angelegten, verpflichtenden und hochwertigen Sprachförderung benötigt diese Personengruppe auch Unterstützung bei der Qualifikationsfeststellung und der Anerkennung von berufsqualifizierenden Abschlüssen. Der Aufbau weiterer beruflicher Qualifikationen und die Heranführung an den hiesigen Arbeitsmarkt, z. B. durch Praktikumsplätze, Bewerbungscoaching und Qualifizierungsbegleitung. Seine Mahnungen und Anregungen werden von uns aufgegriffen. Er ist unser Partner beim ausgeglichenen Haushalt und unterstützt uns beim Schuldenabbau. Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen.“ Bayern habe eine beachtliche Investitionsquote von 10,6 Prozent, eine Zinsausgabenquote von nur 1,8 % und die niedrigste Pro-Kopfverschuldung im bundesweiten Vergleich.

Förderung Asylberechtigter

Der durch die Flüchtlingszuwanderung steigenden Zahl von SGB II-Leistungsberechtigten muss zudem durch zusätzliches Personal und eine ausreichende Mittelausstattung der Jobcenter Rechnung getragen werden. Begrüßt wird, dass der Bund mit dem Bundeshaushalt 2016 zusätzliche Mittel für den flüchtlingsbedingten Mehraufwand zur Verfügung stellt. Dies aber werde voraussichtlich nicht ausreichend sein. Bei weiter steigenden Zahlen sei der Bedarf der Jobcenter nach ausreichender finanzieller Ausstattung zur Förderung der Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge unabsehbar.

Bei der wachsenden Gruppe von Asylberechtigten und Flüchtlingen sei unter Umständen eine höhere Mobilität zu erwarten, die zu vermehrten Umzügen der Leistungsberechtigten führen kann. Dies berge die Gefahr von doppelten Leistungen und Beitragszahlungen und führe zu aufwendigeren Bearbeitungsverfahren. „Erforderlich ist der Austausch der personenbezogenen Leistungsdaten unmittelbar zwischen den betroffenen Jobcentern. Hierzu bedarf es einer gesetzlichen Regelung im SGB II. Die Möglichkeiten eines einfachen IT-gestützten Datenaustausches sind zu prüfen“, heißt es abschließend. **DK**

Bewährungsprobe für den...

(Fortsetzung von Seite 1) stattet werden. Bei einer optimierten Bearbeitung der Nachträge seien Einsparungen von jährlich über 16 Mio. Euro möglich.

Ferner werden unzureichende Planungen und Nachträge beim S-Bahn-Ergänzungsnetz Nürnberg moniert, die zu erheblichen Mehrkosten geführt hätten. Die Mehrkosten trage im Wesentlichen die öffentliche Hand, die das Verkehrsprojekt fördert. Laut ORH muss der Freistaat Bayern sicherstellen, dass die Planungen der DB hinreichend konkret sind und die Bauvorhaben wirtschaftlich umgesetzt werden. Dies sei insbesondere bei der Vertragsgestaltung mit der DB zu berücksichtigen.

Auch beim Koordinierungs- und Verwaltungsaufwand für Ganztagsangebote an Schulen sehen die Rechnungshofprüfer Verbesserungsmöglichkeiten. So sollte das Kultusministerium klarer regeln, wie die Schulen auf sich verändernde Gruppenstärken reagieren sollen. Der ORH hatte festgestellt, dass mehr offene Ganztags- oder Mittagsbetreuungsgruppen eingerichtet waren, als nach der Zahl der tatsächlich teilnehmenden Schüler zulässig gewesen wären. Das lag z. B. an einer hohen Fluktuation der Schüler oder schlicht daran, dass die tatsächliche Anwesenheitszeit der Schüler nicht den Mindestbetreuungszeiten entsprach. Darüber hinaus sollte die Anwesenheit der Schüler auch besser dokumentiert werden.

Ferner sollte das Kultusministerium klar festlegen, wer gegenüber der Regierung für die abgerechneten Schülerzahlen die Verantwortung trägt. Weniger aufwendig wäre es auch, würde sich das Kultusministerium um einen bayernweit einheitlicheren Vollzug der Regelungen zu den Ganztagsangeboten kümmern. Insbesondere sollte es festlegen, unter welchen Voraussetzungen das Budget gekürzt werden muss.

Mängel in der Haushalts- und Wirtschaftsführung wurden beim Staatstheater am Gärtnerplatz dia-

gnostiziert. Laut ORH muss das Kunstministerium dort seine Aufgabe zur Steuerung, Planung und Bewirtschaftung der Haushaltsmittel besser wahrnehmen.

Von 2010 bis 2014 stiegen die Mittel, die das Gärtnerplatztheater ausgeben konnte, um fast 17 %. Gleichzeitig entstanden Jahr für Jahr hohe Ausgabereste - 2014 in Höhe von 5 Mio. Euro. Trotzdem hat das Kunstministerium dem Gärtnerplatztheater sogar noch zusätzlich sog. Verstärkungsmittel für Gastspielreisen bewilligt.

Gärtnerplatztheater: Mängel bei der Haushaltsführung

Der ORH kann das nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht hätte das Kunstministerium die Haushaltsansätze anpassen, d.h. absenken müssen. Die Ausgabereste hätten nicht einfach in das Budget fließen dürfen, sondern entweder für konkrete Projekte verplant oder eingezogen werden müssen. „Eine gute Steuerung der Mittelbewirtschaftung sieht anders aus; so sind Haushaltsmittel in Millionenhöhe grundlos gebunden worden.“

Inzwischen haben das Kunst- und das Finanzministerium reagiert und die Haushaltsansätze angepasst. 2015 und 2016 sollen nun die Ausgabereste zur Bedarfsdeckung verwendet werden. Der ORH fordert künftig sicherzustellen, dass die Planung der Haushaltsmittel auf realistischer Basis erfolgt und die Haushaltsvorschriften eingehalten werden.

„Der Flüchtlingszustrom ist zurzeit die größte Hypothek für den bayerischen Haushalt. Der Freistaat schuldet die Mehrkosten von über drei Milliarden Euro in diesem Jahr als einziges Land aus eigener Kraft ohne neue Schulden. Die finanzielle Beteiligung des Bundes liegt bei gerade mal 17 % in 2016. Das kann so nicht weitergehen. Die Flüchtlingszahlen müssen runter, und die Kosten für Asyl auch“, forderte Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder anlässlich der Vorstellung des ORH-Jahresberichts. **DK**

Passgenaue...

(Fortsetzung von Seite 1) Bayerische Bauindustrie allerdings auf die pragmatische Unterstützung der Politik angewiesen, wie bbiv-Repräsentant Dr. Josef Wallner erläuterte.

Die große Aufgabe sei nur zu bewältigen, wenn in den Bestand und in den Neubau öffentliches und privates Kapital fließen. Voraussetzung dazu seien attraktive steuerliche Anreize. Die Genehmigungsverfahren müssten drastisch verkürzt und die Auflagen auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden. Insbesondere müssten die Vergabeverfahren schnelleres industrielles Bauen zulassen.

Beitritt zur Klima-Allianz

Einen ausgezeichneten Rahmen bot das InfrastrukturForum für den Beitritt der Bayerischen Gemeindezeitung zur Bayerischen Klima-Allianz. Wie Umweltministerin Ulrike Scharf ausführte, bekenne sich die kommunale Fachzeitung damit zu ihrer Verantwortung für den Klimaschutz im Freistaat. Schon heute berichte sie über Themen und Projekte des erfolgreichen Bündnisses. Als Partner der Klima-Allianz wolle die GZ einen weiteren Beitrag zur Kommunikation klimarelevanter Themen leisten. Scharf: „Die Bayerische Gemeindezeitung übernimmt Verantwortung. Ich freue mich, sie als offiziellen Partner der Klima-Allianz zu begrüßen.“

Die Partner der Klima-Allianz aus Umwelt- und kommunalen

Spitzenverbänden, Kirchen, Jugendarbeit, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft repräsentieren ein breites Spektrum der bayerischen Bevölkerung. Gemeinsames Ziel ist es, die jährlichen Treibhausgas-Emissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen pro Einwohner zu senken.

Wie GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel hervorhob, halte die Bayerische Gemeindezeitung die Tugenden guten Journalismus in der analogen Welt hoch und trage die verlegerischen Leistungen mit ihren eigenen Angeboten in die digitale Welt. Priorität habe die regionale Pluralität, die das Gemeinwesen prägt.

„Wir wollen in die Bayerische Klima-Allianz eine journalistische Stimme einbringen, die in der kommunalen Familie gehört und – wie uns die Leserreaktionen immer wieder bestätigen – geschätzt wird“, fuhr von Hassel fort. „Oder, wie es Alt-Bundespräsident Horst Köhler einmal gesagt hat: „Guter Journalismus lädt die Menschen ein, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Die GZ werde diese Einladung auch in Zukunft immer wieder gerne und mit Nachdruck in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit aussprechen.“

In der GZ-Ausgabe 09/2016, die am 6. Mai erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Unter <http://www.bayerischesinfrastrukturforum.de> stehen die Vorträge bereits zum Download bereit. **DK**

Gut angekommen...

(Fortsetzung von Seite 1) dination der Jugendberufsagentur hat laut Elisabeth Huber (Landratsamt Mühldorf a. Inn) das Team von „Lernen vor Ort“ im Landkreis übernommen.

Für Landkreisleitung Huber ist die Jugendberufsagentur für den Landkreis Mühldorf a. Inn eine „große Chance“. Gerade der Fachkräftemangel und der demographische Wandel machten es notwendig, allen Jugendlichen eine passende Perspektive vor Ort zu bieten. „Wir möchten alle Jugendlichen – besonders aber auch diejenigen, die sozial und bildungsmäßig benachteiligt sind – auf dem Weg von der Schule in den Beruf stark unterstützen. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern ist es unsere Aufgabe, getreu dem Motto ‚Keiner darf verloren gehen‘, einen gelingenden Übergang für die jungen Menschen zu gestalten. Ziel ist es, noch enger und schulterschlüssiger zusammenzuarbeiten, sich noch intensiver zu vernetzen und die notwendigen Strukturen zu schaffen, um noch mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.“

„Flüchtlinge Willkommen“ lautet das von Kreisjugendpfleger Traugott Goßler vorgestellte Jugendprojekt des Landkreises Erlangen-Höchstadt. Speziell Kinder und Jugendliche unter den Asylbewerbern stehen im Fokus des Anfang 2015 gestarteten Projekts der Kommunalen Jugendarbeit und des Kreisjugenddrings. Sport- und Musikvereine, Schulen, kirchliche Gruppen oder andere ehrenamtlich Tätige können finanzielle Unterstützung für ihre Projekte beantragen.

Die Voraussetzung: Es muss sich um eine Aktion handeln, die junge Menschen der Region mit Flüchtlingen zusammenbringt. Es geht darum, die Willkommenskultur im Landkreis zu stärken. Die Initiatoren von „Flüchtlinge Willkommen“ wollen eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen.

Auch in den kommunalen Verwaltungen nimmt die Vielfalt an Menschen mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen, Lebensstilen, Arbeitsweisen und Identitäten langsam aber stetig zu.

Ein kompetenter Umgang mit Vielfalt wird damit zu einem bedeutsamen Faktor zukunftsfähiger kommunalen Handelns.

Das Konzept Diversity hat laut Andreas Merx, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management, idm, zum Ziel, ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen und personale Vielfalt in Unternehmen, Organisationen und öffentlichen Verwaltungen zu fördern. Es soll helfen, die eigenen Potenziale von Frauen und Männern, älteren und jüngeren Mitarbeitern, Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Religion, Menschen mit und ohne Behinderung usw. gezielt für eine produktive Organisationsentwicklung zu nutzen.

Organisationskultur

Ein wertschätzender Umgang mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten könne damit sowohl nach innen wirken – über Personalmanagement und Organisationskultur – wie auch nach außen im Sinne einer Orientierung an den Bedürfnissen von Bürgern und Kunden bei Informationen, Angeboten, Dienstleistungen und Projekten.

Wie funktioniert der Diversity-Ansatz? Zur Umsetzung dieser Ziele steht nach Merx Worten eine breite Palette unterschiedlicher Maßnahmen zur Verfügung. Dazu zählten die gezielte Ansprache von Zielgruppen in öffentlichen Stellenanzeigen („Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders erwünscht“), zielgruppenorientierte Anwerbe- und Informationskampagnen, flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, Work-Life-Balance-Programme und zielgruppenspezifische Quoten (etwa zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen oder von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Ausbildung). Darüber hinaus stellten zielgruppenspezifische Angebote und Dienstleistungen wie mehrsprachige Informationsblätter oder kostengünstige Dolmetscherpools mögliche Maßnahmen dar. **DK**

Gegen Zentralismus und Dirigismus

Volks- und Raiffeisenbanken kämpfen um ihr Geschäftsmodell

Obwohl Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken trotz des schwierigen finanzpolitischen Umfeldes durchaus auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 zurückblicken und auch optimistisch in die Zukunft schauen können, stellte Jürgen Gros, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern (GBV), der Dachorganisation dieser Kreditinstitute, in der Jahrespressekonferenz die immer enger werdenden Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Volks- und Raiffeisenbanken in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Denn durch diese Entwicklung sieht er das seit 150 Jahren erfolgreiche Geschäftsmodell der Genossenschaftsbanken in Gefahr.

In der Europäischen Union werde das bewährte Geschäftsmodell von regional tätigen Banken wie den Volks- und Raiffeisenbanken durch den Hang zum Zentralismus und zum zunehmenden Dirigismus in Frage gestellt. Aufsichtsrechtlich werde in die Geschäftspolitik immer tiefer eingegriffen, was die unternehmerische Freiheit sehr begrenze. Zentralisierung und Dirigismus auf europäischer Ebene beförderten vor allem die Gleichmacherei, denn die Geschäftsmodelle der Banken würden dadurch vereinheitlicht. Am Ende stehe dann die kapitalmarktorientierte Einheits-Großbank. Das Ziel, die Finanzstabilität zu erhöhen, werde durch die Uniformität ad absurdum geführt, denn gleiche Geschäftsmodelle bedeuteten Klumpenrisiken und Stresssituationen im Finanzmarkt.

Diversifizierung der Risiken

Die beste Versicherung gegen Finanzkrisen sei aber die Diversifizierung der Risiken, wie sie in Deutschland durch das Drei-Säulen-Modell (Privatbanken, öffentlich-rechtliche Banken, Genos-

schaftsbanken) mit seinen verschiedenen Geschäftsmodellen gegeben sei. In der letzten Finanzkrise seien es gerade regional tätige Institute gewesen, die systemstabilisierend gewirkt hätten. So sei in Deutschland eine Kreditklemme ausgeblieben. Deshalb, so Gros, setzten die Genossenschaftsbanken weiterhin auf die einlagenfinanzierte Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen, denn das sei ihre Kernaufgabe: „Dieses Geschäftsmodell, das sich seit 150 Jahre bewährt hat und den veränderten Kundenbedürfnissen immer wieder angepasst wird, steht für uns nicht zur Disposition.“

Dass Zentralisierung und Dirigismus nicht für leistungsfähigere und stabilere Banken sorgen, machte Gros an einigen Beispielen deutlich. Durch die geplante zentrale europäische Einlagensicherung würden die Bankrisiken vergemeinschaftet, obwohl diese Risiken in Europa sehr ungleich verteilt seien. So würden in Deutschland gerade einmal 2,5 % der Kredite als notleidend eingestuft, in Ländern wie Italien, Spanien, Portugal, Zypern oder Grie-

chenland aber bis zu 45 %. Die Regionalbanken und Sparer in Deutschland würden durch eine solche Einlagensicherung in eine Haftungsgemeinschaft mit Banken in anderen Ländern gezwungen, ohne dass sie einen Einfluss auf die Steuerung dieser Bankrisiken hätten. Außerdem entlasse eine europäische Einlagensicherung die Staaten aus ihrer Verantwortung.

Verlässliche Sicherungssysteme

Der Chefvolkswirt im Bundesfinanzministerium hat laut Gros eine europäische Einlagensicherung als „massiven Eingriff in die Eigentumsrechte und die Vertragsfreiheit“ genannt. Auf die bestehenden Sicherungssysteme in Deutschland sei Verlass. Der Institutsschutz der Volks- und Raiffeisenbanken funktioniere seit mehr als 80 Jahren reibungslos. Deshalb sei man froh, dass die Entscheidungsträger in Deutschland – von der Bundesregierung über das Parlament bis hin zur Finanzaufsicht in Brüssel – für den Erhalt der bewährten Einlagensicherungssysteme einträten.

Leider greife der Staat den Bankleitern auch dort ins Steuer, wo überhaupt keine Gefahr drohe. So zum Beispiel beim Projekt Kapitalmarktunion. Dabei gehe es um die Förderung von Wagniskapital, um die Vereinfachung von Börsenprospekten und um neue Regeln für Verbriefungen. Die Marschrichtung der EU-Kommission

sei klar: Die Unternehmensfinanzierung solle von den Banken auf die Kapitalmärkte umgeleitet werden. Die Kapitalunion sei schon im Ursprung ein dirigistisches Vorhaben, denn die Finanzierungsform müsse doch den Firmen selbst überlassen bleiben.

Parallel dazu arbeite die Europäische Zentralbank (EZB) an einem zentralen Kreditregister namens AnaCredit, in das jeder Firmenkredit über 25.000 Euro, der zwischen Lissabon und Helsinki vergeben wird, eingetragen werden müsste. Und zu jedem einzelnen Kredit würden etwa 100 Informationen gespeichert. Das aber laufe auf eine Totalüberwachung der Banken und ihrer Kunden hinaus und werfe die Frage auf, wo diese Daten gespeichert, wie sie gesichert werden sollen und wer Zugriff darauf haben soll. Eine mittelgroße Genossenschaftsbank müsste, um den AnaCredit-Anforderungen zu genügen, einen Millionenbetrag investieren, zusätzlich zu den laufenden Kosten für den ohnehin umfangreichen Meldebetrieb.

EZB-Technokraten im Blick

Niemand brauche AnaCredit, „die kleine zentralistische Schwester von Big Brother“, weder die Banken noch der Mittelstand, ja selbst nicht die Banken-Aufsicht, wie BaFin-Chef Felix Hufteld erklärt habe. Einzig die Technokraten im EZB-Turm seien daran interessiert. Für sie wäre AnaCredit ein perfektes Überwachungssystem, witterte Gros. Wenn aber das Projekt nicht zu verhindern sein sollte, müsse zumindest die Meldeschwelle auf 1 Mio. Euro erhöht, der Datenschutz gewährleistet und Institute mit einer Bilanzsumme von weniger als 3 Mrd. Euro von der Meldeverpflichtung freige-



GVB-Vorstand: Dr. Jürgen Gros und Alexander Büchel (v. l.) □

stellt werden, fordert der GVB.

Gros möchte seine Kritik nicht als Plädoyer für Deregulierung verstanden wissen. Es gehe vielmehr um eine strenge Qualitätskontrolle in der Finanzmarktregulierung. Für jede neue EU-Verordnung, jede Leitlinie der Aufsicht, für jedes Bundesgesetz müsse gefragt werden: 1. Erreicht eine Maßnahme ihr Ziel?, 2. Welche Risiken und Nebenwirkungen gibt es?, 3. Ist der Nutzen größer, als es die Kosten sind? und 4. Sind einzelne Regeln aufeinander abgestimmt?

Mängel der Finanzmarktregulierung

Es gebe erste Fortschritte in diese Richtung. So habe das Europaparlament in einem Initiativbericht klar die Mängel der Finanzmarktregulierung der letzten Jahre benannt. Auch die EU-Kommission befasse sich inzwischen mit diesen Problemen. Jetzt gehe es darum, den Worten Taten folgen zu lassen. Gros: „Wir fordern keinen Artenschutz, sondern Rahmenbedingungen, unter denen wir auch in Zukunft unsere Aufgabe als Finanzdienstleister für Sparer und Mittelstand erfüllen können.“

Über erfreuliche Dinge konnte Vorstandsmitglied Alexander Büchel bei der Präsentation der (adjudierten) Geschäftszahlen der 273 (im Vorjahr: 281) bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken berichten. Die Bilanzsumme wuchs um 4,1 % und damit stärker als in den zurückliegenden fünf Jahren auf 146,8 Mrd. Euro. Bei den Ausleihungen legten die Volks- und Raiffeisenbanken mit 5,0 % stärker als die deutschen Banken insgesamt auf 87,3 Mrd. Euro zu. 85 % der Ausleihungen im Privat- und Firmenkundengeschäft waren langfristig vergeben, also mindestens auf fünf Jahre. Kurz- und mittelfristige Kredite waren dagegen nur mäßig gefragt und legten kaum zu.

Dass die Unternehmen investieren, zeige sich am Wachstum der Firmenkredite, die um 4,6 % auf 41,1 Mrd. Euro zunahmen. In diesem stark umkämpften Segment haben die Genossenschaftsbanken in den letzten fünf Jahren ihren Marktanteil um 3,4 Prozentpunkte auf 19,3 % gesteigert. Bundesweit beträgt der Marktanteil bei den Firmenkrediten 17,1 %. Büchel: „Der Mittelstand und die Raiffeisenbanken sind (Fortsetzung auf Seite 6)

Unsere aktuellen Öffnungszeiten: Immer – Überall.



Online-Banking



VR-BankingApp



19.600
Geldautomaten



Sicher online
bezahlen



Persönliche
Beratung vor Ort

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind für Sie da – wann, wo und wie Sie wollen. Profitieren Sie von unserem Service per Telefon, Online-Banking, über unsere VR-BankingApp oder direkt in Ihrer Filiale. bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Erweiterte Krisenberatung für Unternehmen

Seit 1996 unterstützt die LfA Förderbank Bayern den bayerischen Mittelstand, wirtschaftliche Krisen zu bewältigen. Experten der LfA-Task Force stehen notleidenden Unternehmen in Bayern mit Rat und Tat zur Seite. Schnell, unbürokratisch und kostenlos zeigt die Task Force kleineren Betrieben und Freiberuflern Auswege auf. Die Task Force erweitert nun ihr Angebot: Für die neue Beratungsförderung des Bundes bieten die Experten der LfA ein Informationsgespräch an, das Voraussetzung für die Antragstellung ist.

„Die LfA ist für den Mittelstand in Bayern ein erfahrener, kompetenter und verlässlicher Partner. Die enge Partnerschaft besteht von der Gründung, über die Erweiterung und gerade auch in der Krise. Mit dem neuen Beratungsangebot der LfA ermöglichen wir kleinen und mittleren Betrieben, einen Bundeszuschuss von bis zu 2.700 Euro für eine Unternehmensberatung zu erhalten. Damit erweitern wir das auf eine schnelle und unbürokratische Hilfe ausgerichtete Beratungsangebot der LfA“, machte Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner deutlich.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Die LfA-Task Force begleitet als direkter Ansprechpartner notleidende Unternehmen und Freiberufler bei Bankgesprächen und hilft dabei, Förderangebote zu beantragen. Zudem unterstützt sie Firmen, ihre aktuelle Situation zu analysieren,

betriebliche Schwachstellen aufzuzeigen und Lösungswege zu diskutieren. Die Hilfe erfolgt schnell, unbürokratisch und kostenlos. Ob während der Finanz- und Wirtschaftskrise oder bei Naturkatastrophen, die Task Force war und ist an Ort und Stelle im Einsatz. Rund 4.500 gefährdete Arbeitsplätze konnten so bis heute erhalten werden.“

Das Programm „Förderung unternehmerischen Know-Hows“ wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Die LfA ist regionaler Ansprechpartner des neuen Beratungsprogramms, das den von der LfA zusammen mit den bayerischen Kammern seit 2004 erfolgreich durchgeführten Runden Tisch Bayern ablöst. Bewilligt werden die Mittel vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Nähere Informationen zum Förderprogramm und Ablauf unter www.bafa.de □

Gegen Zentralismus...

(Fortsetzung von Seite 5) besonders in Bayern ein starkes Team.“

Auch die Privatkunden waren investitionsfreudig. Besonders der Bestand an Wohnungsbaukrediten stieg stark an, nämlich um 6,7 % auf 34,6 Mrd. Euro. Insgesamt legten die Ausleihungen an Privatpersonen um 5,6 % auf 43,3 Mrd. Euro zu. Hinzu kommt das außerbilanzielle Kreditvolumen von 11,3 Mrd. Euro (+ 7,0 %), das über verbundene Hypothekenbanken und die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt wurde.

Das steigende Kreditvolumen werde problemlos durch Kundeneinlagen finanziert. Sie nahmen um 4,7 % auf 5,2 Mrd. zu. Der Einlagenbestand beträgt nun 115,1 Mrd. Euro. Der Marktanteil bei Kundeneinlagen liegt bei 19,0 %. 2010 waren es erst 17,1 %. 56 % der Kundengelder sind täglich fällig. Der Trend von längerfristigen Termineinlagen hin zu kurzfristigen Sichteinlagen halte an. Im Zinstief, so Büchel, nutzten viele Kunden ihr Bankkonto mittlerweile als wichtigen Ort für den Werterhalt ihrer Ersparnisse. In einem Markt mit Zinsen um die Nullmarke werde ein strukturierter Vermögensaufbau für viele Kunden immer schwieriger. Und, davon gehen die Genossenschaftsbanken aus, die Niedrigzins-Phase werde noch mehrere Jahre anhalten. Wenn auch momentan nichts Derartiges aktuell sei, schließen Gros und Büchel nicht aus, dass es einmal zu Negativzinsen auf Einlagen kommen könnte. „wenn EZB-Chef Draghi die Lage weiter verschärft“. Immerhin gebe es vereinzelt schon jetzt „Aufbewahrungsgelbühren“, nämlich bei Großkunden mit Einlagen-Volumina in zweistelliger Millionenhöhe.

Unterm Strich steht ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern von 1,3 Mrd. Euro. Das sind zwar 192 Mio. Euro oder 12,8 % weniger als im Jahr zuvor, ist aber immer noch „mehr als im langjährigen Durchschnitt“. Eingegangen in das Ergebnis sind zum einen ein Zinsgeschäft, das um 1,4 % auf 3,19 Mrd. Euro

rückläufig war, weil die Zinsspanne auf 3,19 (3,23) % schrumpfte, und ein zinsunabhängiges Provisionsgeschäft, das um 6,7 % auf 929 Mio. Euro gesteigert wurde. Zum anderen stiegen auf der Kostenseite die Betriebskosten um 2,3 % auf 2,6 Mrd. Euro, unter anderem, weil erstmals die Bankenabgabe von rund 7 Mio. Euro fällig wurde. Der größte Brocken bei den Betriebskosten sind die Personalkosten, die um 2,4 % auf 1,8 Mrd. Euro zunahm, obwohl die Anzahl der Mitarbeiter um 3 % auf 34.300 zurückging. Grund für die Kostensteigerung waren die Tarifierhöhungen und die Mehrkosten im Personalbereich dank immer neuer Regulierungsanforderungen. Die Aufwand/Ertrags-Relation stieg auf 64,1 (62,4) %, „was immer noch ein zufriedenstellendes Ergebnis ist“.

Im Wertpapierbereich brachte das Bewertungsergebnis eine Belastung von 143 Mio. Euro nach einem Plus von 28 Mio. Euro im Vorjahr, im Kreditbereich gab es wieder ein Plus, und zwar nach 28 Mio. im Vorjahr jetzt von 57 Mio. Euro. Diese „insgesamt mäßige Belastung“ ließ einen Jahresüberschuss von 500 (525) Mio. Euro zu, der zu einem wesentlichen Teil der Stärkung der Eigenkapitalbasis dienen wird. Die „komfortable Kernkapitalquote“ ist dadurch auf 14,3 (13,4) % gestiegen.

Die Zahl der Mitglieder hat um 1,7 % auf 2,7 Mio. zugenommen. Die Zahl der Geschäftsstellen schrumpfte um 140 auf 2782. Dieser Trend werde anhalten, zumal es heuer zu 10 Fusionen kommen werde. Aber, so Gros, „wir bleiben in der Fläche präsent.“

Die Zuversicht des GVB resultiert nicht zuletzt aus der halbjährigen Konjunkturumfrage unter den Mitgliedsbanken. Danach werden die Zukunftsaussichten positiver als im Vorjahr gesehen. Eine ungünstige Geschäftsentwicklung sehen nur noch 33 (44) % der Befragten. 30 % schätzen die Nachfrage von Firmen- und Privatkunden „hoch“ ein, 54 bzw. 60 % als durchschnittlich. **dhg.**



Am Stand der LfA auf der Internationalen Handwerksmesse München - von links: LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Göttler, Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Präsident des Bayerischen Handwerkstages Georg Schlagbauer, LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl und Hauptgeschäftsführer IHK für München und Oberbayern, Peter Driessen. □

LfA unterstützt über 1.000 Handwerksbetriebe

Die LfA Förderbank Bayern hat Handwerksbetrieben in 2015 rund 235 Mio. Euro an zinsgünstigen Förderkrediten zugesagt. Die Mittel gingen an über 1000 kleine und mittlere Unternehmen im Freistaat, die damit Investitionen in Höhe von rund 355 Mio. Euro verwirklichen konnten. Auf der Internationalen Handwerksmesse (IHM) in München beriet die LfA interessierte Handwerker über Fördermöglichkeiten.

„Ein starkes Handwerk ist ein Markenzeichen Bayerns. Mit den Förderkrediten der LfA unterstützen wir die Betriebe dabei, auch im digitalen Zeitalter fit zu bleiben. Allein im vergangenen Jahr konnten die bayerischen Handwerksfirmen so fast 14.500 Arbeitsplätze sichern und rund 450 neue Arbeitsplätze schaffen“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erklärt: „Das Handwerk ist in sehr guter Verfassung und investiert kräftig. Jeder geförderte Handwerks-

betrieb hat im Schnitt einen Kredit über 225.000 Euro erhalten und damit Investitionen von 340.000 Euro realisiert. Eingesetzt wurde das Geld überwiegend für Betriebserweiterungen, Modernisierungen und Unternehmensnachfolgen.“

Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Georg Schlagbauer, ergänzt: „Bei Finanzierungsfragen setzt das bayerische Handwerk stark auf die LfA. Der Grund: Das Förderangebot ist einfach, günstig und bietet langfristige Lösungen. Für die Betriebe bedeutet das Planungssicherheit bei ihren Vorhaben.“ □

Marktführerschaft bei Anzahl und Volumen

LfA-Förderkredite: Genossenschaftsbanken bauen Vorsprung aus

Die bayerischen Genossenschaftsbanken haben ihre führende Marktposition im Geschäft mit Förderkrediten ausgebaut. Im vergangenen Jahr erteilten die genossenschaftlichen Institute im Freistaat mit knapp 52 Prozent mehr als die Hälfte der gut 6.700 Zusagen für Programmdarlehen der LfA Förderbank Bayern. Der Marktanteil stieg damit gegenüber dem Vorjahr noch einmal um mehr als 2 Prozentpunkte an.

Auch gemessen am Volumen der ausgereichten Programmkredite belegten die Genossenschaftsbanken vor den Sparkassen und den Großbanken den ersten Platz: Sie sagten Darlehen in einer Gesamthöhe von gut 527 Millionen Euro zu. Das entspricht einem Marktanteil von rund 36 Prozent. Im Vorjahr hatten die Genossenschaftsbanken an zweiter Stelle rangiert.

„Die bayerischen Genossenschaftsbanken haben ihren Vorsprung im Geschäft mit Förder-

kredit ausgebaut“, kommentierte GVB-Vorstand Jürgen Gros die Statistik. „Das zeigt: Die Partnerschaft des Mittelstands mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern ist eng und konstruktiv. Dank der Nähe der Kreditgenossenschaften zu den Unternehmen kommen die Förderkredite dort an, wo sie gebraucht werden. Die Angebote der LfA helfen, Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Davon profitiert die Wirtschaft im gesamten Freistaat.“ □

300 Mio. Euro für Großhandelsunternehmen

In den vergangenen drei Jahren haben über 500 bayerische Großhandelsunternehmen von der Förderung der LfA Förderbank Bayern profitiert.

Die Unternehmen haben knapp 300 Mio. Euro an zinsgünstigen Förderkrediten erhalten. Damit konnten sie Investitionen in Höhe von rund 412 Mio. Euro verwirklichen und rund 680 neue Arbeitsplätze schaffen.

Christoph Leicher, Präsident des Landesverbandes Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen: „Für den bayerischen Groß- und Außenhandel ist die LfA ein verlässlicher Finanzierungspartner. Mit dem Förderan-

gebot können unsere Unternehmen ihre Auslandsaktivitäten, Innovationen oder Wachstumsvorhaben langfristig und tragbar finanzieren. Auch Risikoübernahmen durch die Bürgschaftsbank Bayern und die LfA sind in Zeiten niedriger Zinsen gefragt.“

„Groß- und Außenhandelsunternehmen sind im Freistaat ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber in allen Regionen. Durch die geförderten Investitionen konnten allein in den letzten drei Jahren über 24.000 Arbeitsplätze gesichert und rund 680 neu geschaffen werden“, so der stellvertretende LfA-Vorstandschef Dr. Thies Claussen. □

Wohnimmobilienkreditrichtlinie in Kraft getreten

Gros: Gesetzgeber zwingt Banken zu restriktiveren Kreditvergaben

Manche Kreditnehmer in Deutschland werden es in Zukunft schwerer haben, Immobilien-Verbraucherdarlehen aufzunehmen. Davor warnt der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) aufgrund des Inkrafttretens der Wohnimmobilienkreditrichtlinie.

Im nationalen Umsetzungsprozess verlangt der deutsche Gesetzgeber, dass ab sofort die Höhe des Einkommens und des frei verfügbaren Vermögens bei der Kreditwürdigkeitsprüfung ausschlaggebend sind. Anders als bisher dürfen die Kreditinstitute nicht mehr hauptsächlich auf die Werthaltigkeit der Grundpfandrechtl. Sicherheit des finanzierten oder belasteten Grundstücks abstellen.

„Das Gesetz zwingt Banken zu einer restriktiveren Kreditvergabe – zum Nachteil der Verbraucher“, kommentiert GVB-Vorstand Jürgen Gros die neuen Vor-

schriften. Davon betroffen seien Immobilieneigentümer, die über ein geringes Einkommen und kaum freies Vermögen verfügen; z. B. Senioren, die Haus oder Wohnung altersgerecht umbauen wollen. Sie werden ihre Immobilie unter Umständen nicht mehr zur Kreditrückführung einbringen können.

Gros: „Grund- und Immobilienvermögen werden faktisch entwertet. Damit werden die Bürger bei der freien Verfügung über ihr Vermögen bevormundet. Diesen Eingriff in die persönliche Freiheit muss der Gesetzgeber korrigieren.“ □

Eigenverantwortung statt Vergemeinschaftung von Risiken

Bayerische Wirtschaft lehnt Pläne für EU-Einlagensicherung ab

Die Pläne der EU-Kommission für eine weitere Vereinheitlichung des Schutzes von Bankeinlagen in Europa stoßen in der bayerischen Wirtschaft auf Ablehnung. Die von Brüssel vorgeschlagene Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme bedrohe den bewährten Anlegerschutz in Deutschland und damit auch die bislang gut funktionierende Mittelstandsfinanzierung im Freistaat Bayern. Das machen die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, der Bayerische Industrie- und Handelskammertag, der Bayerische Bankenverband, der Sparkassenverband Bayern sowie der Genossenschaftsverband Bayern in einem gemeinsamen Positionspapier deutlich.

Für konsequente Umsetzung der Richtlinie

Die Kammern und Verbände fordern die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung deshalb dazu auf, sich weiterhin für die konsequente Umsetzung der bereits seit Mitte 2015 verbindlichen europäischen Einlagensicherungsrichtlinie einzusetzen. Sie beinhaltet einheitliche Standards für die nationalen Einlagensicherungssysteme, auf die sich die EU-Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament 2014 geeinigt hatten. Bislang haben jedoch lediglich 21 der 28 EU-Staaten eine nationale Einlagensicherung aufgebaut.

Vorrangiges Ziel muss es deshalb sein, die Einlagensicherungssysteme in allen EU-Mitgliedsstaaten ohne weitere Verzögerungen aufzubauen und mit finanziellen Mitteln zu füllen, so die bayerischen Wirtschaftsorganisationen in ihrem Positionspapier. Der Weg zu mehr Eigenverantwortung der EU-Mitgliedsländer, der Banken und ihrer Sicherungssysteme dürfe nicht verlassen werden.

Link: www.gv-bayern.de/positionspapier-edis □

Nachhaltigkeit zahlt sich aus

LfA erhält als erstes Landesförderinstitut EMAS-Zertifikat

Betrieblicher Umweltschutz und verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen sind fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der LfA Förderbank Bayern. Für ihr vorbildliches Umweltengagement hat die LfA als erstes Landesförderinstitut das international anerkannte EMAS-Zertifikat erhalten. EMAS steht für „Eco-Management Audit Scheme“ und ist die weltweit anspruchsvollste Auszeichnung für freiwilliges, systematisches Umweltmanagement.

„Die LfA lebt Nachhaltigkeit! Mit der EMAS-Zertifizierung sind unsere langjährigen Umweltschutzaktivitäten gewürdigt worden. Das bestätigt, dass unsere Geschäftspolitik nachhaltig ausgerichtet ist und wir einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung leisten. Dabei setzen wir mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur intern auf Ressourcenschonung. Mit unserem Finanzierungsangebot unterstützen wir den Mittelstand dabei, Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz und Verbesserung des Umweltschutzes zu verwirklichen“, so LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl.

Die LfA wurde nach intensi-

ver Prüfung durch unabhängige Umweltgutachter erstmals mit dem renommierten Umweltsiegel EMAS und ISO 14001 ausgezeichnet. Im Rahmen der Untersuchung wurden u. a. der Energie- und Ressourcenverbrauch und das Umweltmanagementsystem überprüft.

Die Zertifizierung ist für drei Jahre gültig und muss jährlich bestätigt werden. Mit dem EMAS-Zertifikat verpflichtet sich die LfA alle einschlägigen Umweltrechtsvorschriften zu erfüllen, einen Prozess der kontinuierlichen Verbesserung der eigenen Umweltleistung zu organisieren und regelmäßig eine Umwelterklärung zu veröffentlichen. □

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

„Diagnose Mittelstand 2016“

Die Finanzierungsverhältnisse im deutschen Mittelstand sind so günstig wie nie zuvor. Gleichzeitig bleiben die Investitionen der Mittelständler weiterhin deutlich hinter den Werten früherer Jahre zurück. Dies sind zwei zentrale Ergebnisse der jährlichen Studie des DSGV zur Lage des deutschen Mittelstands („Diagnose Mittelstand 2016“), die der Verband in Berlin vorgelegt hat.

Für die „Diagnose Mittelstand“ wertet der DSGV jährlich die Bilanzen von rund 250.000 Firmenkunden von Sparkassen aus. Er verfügt damit über eine der größten Datenbanken mit Jahresabschlüssen nicht finanzieller Unternehmen in Deutschland.

In den Bilanzen 2014 zeigen sich die wichtigsten Ertragskennzahlen gegenüber 2013 weitgehend unverändert; sie bewegen sich auf historisch sehr gutem Niveau. Die Expertenbefragung ergab zudem, dass 43 Prozent der Experten für 2015 eine weitere Verbesserung der Lage im deutschen Mittelstand sehen; 54 Prozent gehen von einer unverändert (guten) Lage aus.

Historische Bestwerte

Die Finanzierungsverhältnisse im deutschen Mittelstand haben sich zuletzt nochmals weiter verbessert. Die entsprechenden Bilanzkennzahlen erreichen aktuell historische Bestwerte. Gleichzeitig ist dies aber auch Ausdruck der anhaltenden Zurückhaltung der deutschen Mittelständler bei neuen Investitionen.

Im Mittel verfügten die deutschen Mittelständler Ende 2014 über eine Eigenkapitalquote von 25,5 Prozent. Ende 2013 waren dies noch 20,8 Prozent. Zum Vergleich: 1999 lag dieser Wert noch bei 2,6 Prozent, und auch 2007 – vor Ausbruch der Wirtschaftskrise – betrug die Eigenkapitalquote im Mittel nur 11,5 Prozent.

68 Prozent der befragten Experten gehen davon aus, dass sich die Eigenkapitalquote der deutschen Mittelständler 2015 weiter verbessert hat; 32 Prozent sehen sie unverändert. Gleichzeitig hat

Gut zu wissen:

Jeder Dritte unter 30 will in die eigenen vier Wände

Früher galt das Eigenheim unter jungen Leuten als Inbegriff der Bürgerlichkeit und Pieffigkeit. Heute ist „kaufen oder mieten“ nur noch selten eine ideologische Frage. Jeder Dritte unter 30 Jahre plant, in den nächsten 10 Jahren eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen beziehungsweise zu bauen.

Unter den 30- bis 49-Jährigen haben 18 Prozent die Absicht, sich ihre eigenen vier Wände zuzulegen. Ob neu oder gebraucht spielt dabei nur für weniger als die Hälfte der Deutschen eine Rolle: Für 53 Prozent der unter 30-Jährigen und 63 Prozent der 30- bis 49-Jährigen käme auch eine Wohnung oder ein Haus aus dem Bestand in Frage.

Zugige Fenster, marode Dächer, feuchte Keller, alte Leitungen und brüchige Elektrokabel – drei Viertel aller Häuser in Deutschland wurden vor mehr als 30 Jahren gebaut und haben nun je nach Baujahr ihre altersbedingten Zimperlein. Nicht jedes ist für den Laien gleich offensichtlich. Erben oder Käufer von gebrauchten Immobilien sollten sich darum bei Fachleuten wie zum Beispiel unabhängigen Bauherren- oder Energie-Beratern über notwendige Sanierungsmaßnahmen informieren.

50er Jahre: Minderwertige Materialien

- 6 bis 11,5 cm dünne Innenwände, fehlender Schall- und Wärmeschutz
- Einfachverglasung der Fenster
- Feuchte Keller, weil sie nicht gegen aufsteigende Feuchtigkeit abgesichert sind

der Anteil der liquiden Mittel etwa in Form von Bankguthaben auf der Aktivseite der Bilanzen des deutschen Mittelstands nochmals zugenommen. Die Unternehmenskunden der Sparkassen verfügten so zuletzt unverändert über einen Rekordwert von Einlagen in Höhe von rund 140 Mrd. Euro.

Die nochmals verbesserte Finanzierungsstruktur steht für eine hohe Stabilität des deutschen Mittelstands auch für den Fall, dass sich die Wirtschaftsentwicklung einmal wieder unverhofft eintrüben sollte. Zusammen mit einem reichlichen Kreditangebot zu historischen Niedrigzinsen kann insgesamt von historisch einmalig günstigen Finanzierungsverhältnissen im deutschen Mittelstand gesprochen werden.

Zurückhaltung bei Investitionen

Die angesammelten Puffer bei Eigenkapital und Liquidität stehen aber auch für die anhaltende Investitionszurückhaltung im deutschen Mittelstand. 52 Prozent der Experten sehen die Investitionen der mittelständischen Unternehmen in Deutschland aktuell auf einem unverändert (geringen) Niveau; nur 30 Prozent sprechen nochmals von einer (leichten) Belebung. Immerhin 18 Prozent sehen sogar gegenüber dem Vorjahr ein nochmals verringertes Investitionsniveau. Rund 90 Prozent der Experten gehen zudem davon aus, dass sich die Investitionsdynamik auch 2016 nicht wesentlich verändern wird.

Die Ursachen für die anhaltende Schwäche der Investitionen des deutschen Mittelstands sind

vielfältig. Hierzu zählt auch eine tief greifende Verunsicherung angesichts der geopolitischen Risiken oder der Krise im Euroraum. Die Verbesserung der Investitionsbedingungen am Standort Deutschland bleibt angesichts der Investitionsschwäche im deutschen Mittelstand aber eine vordringliche Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik.

Aktiv auf den Weltmärkten

Ein weiteres Ergebnis der Studie: Der deutsche Mittelstand ist sehr viel stärker auf den Welt-

VKB informiert über 2.555 Tage mehr Leben

München. Zum „geschenkten“ (Schalt-)Tag informierte die Versicherungskammer Bayern, dass die Lebenserwartung kontinuierlich ansteigt: Jeder Deutsche wird nach einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos rund sieben Jahre länger leben als er oder sie heute denkt. „Diese Entwicklung ist erfreulich, vielen aber oft nicht bewusst“, erläuterte Dr. Ralph Seitz, im Vorstand der Versicherungskammer Bayern verantwortlich für den Bereich Lebensversicherung. Um ein langes Leben auch sorgenfrei genießen zu können ist eine entsprechende lebenslange Absicherung wichtig.

Der Versicherer machte daher zum Schalttag am 29. Februar darauf aufmerksam, dass wir nicht nur einen Tag geschenkt bekommen, sondern mit sieben zusätzlichen Lebensjahren volle 2.555 Tage länger leben als gedacht. „Der demografische Wandel ist einer der großen Herausforderungen der Zukunft“, erklärt Seitz: „Denn die seit Jahren niedrigen Geburtenraten in Kombination mit einer deutlich gestiegenen Lebenserwartung werden das Niveau der Rente weiter absenken.“

Umfangreiche Aufklärung

Die Versicherungskammer Bayern hat auf ihrer Internetseite daher umfangreiche Informationen zum Thema bereitgestellt: Ein Rentenatlas zeigt beispielsweise die regionalen Unterschiede in der Rentenhöhe und der jeweiligen Kaufkraft. In Bayern wird es sich als Rentner im Jahr 2040 etwa nahe der tschechischen Grenze voraussichtlich überdurchschnittlich gut leben lassen. Die Region ist wirtschaftlich im Aufschwung hat jedoch gleichzeitig relativ moderate Lebenshaltungskosten. In Hof wird ein pensionierter Installateur dann eine um etwa 50 Prozent höhere Rentenkraft als sein Kollege aus der Landeshauptstadt haben.

Ein weiteres Informationsangebot wendet sich speziell an die Zielgruppe Frauen, die mit knapp 90 Jahren eine besonders hohe Lebenserwartung aufweisen. Darüber hinaus gibt es auch Hinweise zum richtigen Lesen des jährlichen Rentenbescheids oder Tipps wie eine identifizierte Vorsorgelücke im Alter am besten geschlossen werden kann.

Information, Beratung und Handeln gefragt

„Mit unserem Angebot wollen wir die Menschen vor allem sensibilisieren und ihnen ausreichend Informationen an die Hand geben, damit sie sich selbst ein objektives Bild machen können“, so Seitz. Daneben soll die gestiegene Lebenserwartung und die damit verbundenen Auswirkungen auf Ruhestandsplanung künftig noch stärker in der Kundenberatung verankert werden. Um auch alle Pläne für seine gewonnene Lebenszeit umsetzen

märkten aktiv als bisher gedacht. Von den Unternehmen des Mittelstands mit einem Jahresumsatz zwischen 2 und 50 Mio. Euro ist inzwischen etwa die Hälfte im Export aktiv, im verarbeitenden Gewerbe sind es sogar noch mehr. Knapp ein Viertel aller Firmenkunden der Sparkassen weisen in irgendeiner Form Auslandsaktivitäten auf. Gut ein Viertel der deutschen Exporte entfällt auf Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 100 Mio. Euro.

„Der deutsche Mittelstand hat die Herausforderungen der Globalisierung offenbar erkannt und erfolgreich angenommen“, so der Chefvolkswirt des DSGV, Michael Wolgast. „Damit trägt der Mittelstand in erheblichem Umfang zur Erfolgsstory der Exportnation Deutschland bei.“ DK

CreaLog und Versicherungskammer Bayern:

German Stevie Award 2016 für Kundenservice-Lösung

München. Kunden und Vertriebspartner der Versicherungskammer Bayern erhalten seit letztem Jahr die für die Kfz-Zulassung notwendige eVB-Nummer mit Hilfe eines intelligenten Sprachdialogsystems ohne Wartezeit am Telefon. Jetzt ist diese innovative Anwendung in der Kategorie „Team des Jahres im Bereich Kundenservice der German Stevie Awards“ mit Bronze ausgezeichnet worden.

Die kundenorientierte Lösung und vor allem die gute Zusammenarbeit im Projekt hat die Jury überzeugt. Zum Firmen- und organisationsübergreifenden Team gehörten Versicherungsfachleute, Kommunikationsspezialisten, Experten zur Spracherkennung und Voice User Interface Designer der Versicherungskammer Bayern und des Sprachdialogsystem-Anbieters CreaLog.

„Automatisierung von Serviceleistungen bei Versicherungsunternehmen ist nicht neu. Doch dass ein Sprachcomputer eine eVB vollständig automatisiert ausstellt, wird noch nicht oft praktiziert“, erklärt Isabella Martorell Nassl, Bereichsleiterin Betrieb bei der Versicherungskammer Bayern. „Die Auszeichnung zeigt, wie eine tolle Zusammenarbeit zu ausgezeichneten Kundenlösungen führt und bestätigt unser Selbstverständnis, dem Kunden einen innovativen Service zu bieten.“

„Die eVB als Voice Self Service ohne telefonische Wartezeit – rund um die Uhr!“ Das unterstreicht CreaLog-Geschäftsführer Michael Kloos und bekräftigt: „Unser Ziel ist es, mit Sprachdialogsystemen und marktführender Sprachtechnologie zur effizienten Prozessautomatisierung unserer Kunden beizutragen. Bei der Versicherungskammer Bayern werden jährlich rund 26.000 elektronische Versicherungsbestätigungen (eVB) telefonisch angefordert – das hat sich für eine kundenfreundliche Automatisierung geradezu angeboten. Es zählt zu den Highlights der neuen Lösung, dass Anrufer die eVB-Nummer ohne telefonische Warteschleife automatisiert per Sprachdialogsystem erhalten, und das auch ganz komfortabel als SMS.“

Die German Stevie Awards sind ein Wirtschaftspreis für deutsche Top-Unternehmen. Herausragende Leistungen werden in über 80 verschiedenen Kategorien ausgezeichnet. Der Preis wird am 8. April im Rahmen einer Gala-Veranstaltung in München übergeben.

Mehr Infos zur elektronischen Versicherungsbestätigung unter www.vkbde und zu den Stevie Awards 2016 unter www.stevieawards.com/gsa

Zu den Referenzen zählen Unternehmen wie PAYBACK, die HypoVereinsbank, Sparkassen und die Sparda-Banken. □

VER S I C H E R U N G S
K A M M E R
B A Y E R N

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz -
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

Sparkassenverband Bayern kritisiert:

Nullzins-Politik der EZB untergräbt notwendige Altersvorsorge

Die 71 bayerischen Sparkassen haben zwar im Berichtsjahr 2015 noch zufrieden stellend - und zwar besser als erwartet - abgeschnitten, können aber ihres Erfolges wegen der Niedrigzins-Politik der EZB mit ihren „fatalen Folgen“ und der zahlreichen Brüssler Regulierungsabsichten nicht recht froh werden. So spielten denn auch in der Jahrespressekonferenz des Sparkassenverbandes Bayern (SVB) weniger die Geschäftszahlen als vielmehr die Kritik an den Rahmenbedingungen eine Rolle, mit denen die regionalen Kreditinstitute zunehmend zu kämpfen haben.

Verbandspräsident Dr. Ulrich Netzer wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Niedrigzins-Politik fatale Nebenwirkungen auf die Sparkultur und damit auf die Vermögensbildung zur Altersvorsorge habe, denn die Nullzins-Politik untergrabe das Kapitalwachstum und die Motivation zum Sparen. Die Folge: Mehr als ein Viertel der Bayern trifft keine finanzielle Vorsorge für das Alter. Gerade das aber wäre mit Blick auf die demografische Entwicklung ein drängendes Erfordernis, vor allem bei Geringverdienern. „Doch sie erreichen wir nicht mehr.“

Reform des Vermögensbildungsgesetzes gefordert

Das, so Netzer, sei besorgniserregend, denn es müsse im Interesse des Staates sein, die Sparer jetzt und heute bei ihrer Vermögensbildung zu unterstützen. Wie auch Georg Fahrenschohn, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, fordert Netzer deshalb eine Reform des Vermögensbildungsgesetzes. Die Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage und auch der geförderte Anlage-Höchstbetrag müssten deutliche angehoben werden. Die deutsche Politik habe hier die reelle Chance, etwas zu tun „und zwar ohne Abstimmung mit Brüssel oder Herrn Draghi“. Erforderlich seien standardisierte Produkte mit reduzierter Dokumentationsanforderung, „damit die Sparer solche Produkte auch ohne bürokratische Klimmzüge abschließen können“.

Gegen europäische Vereinheitlichung

Schwieriger werde es, den deutschen Standpunkt bei der europäischen Finanzmarktregulierung durchzusetzen. Abgelehnt wird die Vergemeinschaftung der Europäischen Einlagensicherung, die eine grenzüberschreitende Haftung für fremde Risiken bedeute, auf die man keinerlei Einfluss habe. Das belaste die funktionstüchtigen nationalen Strukturen, denn Mittel, die zur Sicherung deutscher Sparer zurückgelegt wurden, sollen direkt in einen europäischen Gemeinschaftsfond fließen. Hier solle auf dem Altar der europäischen Vereinheitlichung ein nationales System geopfert werden, das bisher einwandfrei für die volle Absicherung der Sparer gesorgt habe. Es sei grundsätzlich falsch, einzelnen EU-Staaten oder Banken durch eine zentralisierte Einlagensicherung die Eigenvorsorge abzunehmen. Die Regulierer dürften keine Richtmaße wählen, die sich an internationalen Großbanken orientieren.

Ähnliche Sorgen bereiten das Projekt AnaCredit und die Kapitalmarktunion. Nach AnaCredit sollen alle Kredite über 25.000 Euro zentral erfasst und durch etwa 100 zusätzliche Informationen ergänzt werden, was schon bei mittelgroßen Sparkassen Kosten in Millionenhöhe verursache. Und mit der Kapitalmarktunion werde versucht, Unternehmensfinanzierungen von den Banken weg hin zum Kapital-

markt zu verlagern. Das aber sei für mittelständische Unternehmen, also die typischen Firmenkunden der Sparkassen, viel zu umständlich und viel zu teuer. AnaCredit sei entbehrlich, die Kapitalmarktunion unsinnig. Netzer: „Man muss sich fragen, ob die Europäische Zentralbank (EZB) eine Marktberichtigung in Deutschland herbeiführen will. Wer ganz bewusst den Mühlbach trocken legt, kann daraus nicht ableiten, dass Mühlen kein funktionierendes Geschäftsmodell haben.“

Dabei hätten, so der SVB-Präsident, die Sparkassen sogar ein intelligent einfaches Geschäftsmodell: die regionale, einlagensichere Kreditvergabe an Unternehmen und Privatleute. Weil es so geradlinig, schnörkellos und bodenständig sei, trage es auch im Wechsel der Zeiten. Sollte etwa durch die Forderung, das Geschäftsmodell weiter zu entwickeln, die Abhängigkeit vom Zinsüberschuss verringert werden? Die Sparkassen jedenfalls wollten sich nicht in den spekulativen Bereich begeben, sondern auf dem Boden des soliden Bankgeschäftes bleiben.

Gestiegene Bilanzsumme

Vizepräsident Roland Schmautz stellte die Geschäftszahlen vor. Trotz des schwierigen zinspolitischen Umfeldes wuchs die adierte Bilanzsumme um 3,8 % auf 193,2 Mrd. Euro. Die Einlagen legten um 4,0 % auf 151,8 Mrd. Euro zu, wobei flexible und liquide Anlagen bevorzugt wurden. Verstärkt wurde auch in Wertpapiere investiert, gefördert durch die Sparkassen-Aktion „Anlegen statt Stilllegen“. Das Kreditvolumen stieg um 4,8 % auf 121,8 Mrd. Euro, besonders stark die Kredite für den Wohnungsbau. Lediglich bei den öffentlichen Haushalten ging die Kreditaufnahme um 3 % auf 5,5 Mrd. Euro zurück.

Höhere Kosten

Das Ergebnis vor Bewertung schrumpfte um 1,8 % auf 1,81 Mrd. Euro, legte aber nach Bewertung um 7,6 % auf 1,0 Mrd. Euro zu, weil das Bewertungsergebnis mit -813 Mio. Euro nach -917 Mio. Euro günstiger ausfiel. Trotz aller Anstrengungen stiegen die Kosten weiter, „zu mehr als drei Vierteln dank der der europäischen Regulierungen.“ So kostete die Bankenabgabe allein 12 Mio. Euro. Die Cost-Income-Ratio (CIR) stieg auf 63,2 (62,2) %. Auch der Zinsüberschuss gab nach, aber relativ gering um 0,7 % auf 3,75 Mrd. Euro. Obwohl der Provisionsüberschuss um 6 % auf 1,13 Mio. Euro gesteigert werden konnte, gab das Ergebnis vor Steuern um 6,0 % auf 781 Mio. Euro nach. Schließlich wird ein Jahresüberschuss von 317 Mio. Euro (-5,8 %) ausgewiesen.

Landesobmann Walter Strohmaier berichtete, dass 36 % aller in Bayern vergebenen Förderdarlehen der Förderinstitute KfW, LFA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlichen Rentenbank im Gesamtvolumen von 2,9 Mrd.



Von links: Vizepräsident Roland Schmautz, Landesobmann Walter Strohmaier, Präsident Dr. Ulrich Netzer und Pressesprecherin Eva Mang.

Euro über die Sparkassen vergeben wurde. Die Sparkassen wollen in der Fläche präsent bleiben. Dennoch muss man davon ausgehen, dass heuer etwa 200 der noch etwa 2400 Bankstellen geschlossen oder auf Automaten- und SB-Betrieb umgebaut werden, weil die Kunden immer mehr Geschäfte online erledigen und die kleineren Filialen nicht mehr den gesamte Service bieten können.

Fusionen im Visier

Netzer gab zu bedenken, dass das Filialnetz noch aus einer Zeit stamme, als Kunden für Überweisungen und um Geld abzuheben zur Bank gingen. Von 1995 bis 2015 sei insgesamt in Deutschland die Hälfte der Bankstellen abgebaut worden, in Bayern aber bisher nur jede vierte. Es gebe also Nachholbedarf. Der Effizienzsteigerung dient auch, dass es in diesem Jahr zu einigen Fusionen kommen wird. So gehen die Sparkassen in Ansbach, Dinkelsbühl und Rothenburg ob der Tauber zusammen, auch die in Ingolstadt und Eichstätt und die in Neu-Ulm und Günzburg.

Potenzial zur Effizienzsteigerung und zur Erhöhung der Schlagkraft gebe es auch noch im Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Schließlich gebe es immer noch sieben Landesbanken, neun Landesbausparkassen und elf Öffentliche Versicherer. Aber, so Netzer, eine Konzentration sei nicht so einfach wegen der diver-

sen Interessenslagen. So gebe es sehr unterschiedliche Eigentümer (etwa Land, Sparkassen), Staatsverträge, Sorgen um die Arbeitsplätze usw.

Verschlingung der Strukturen

Strohmaier: „Wir müssen dicke Bretter bohren, aber die Bohrer sind angesetzt. Es braucht Geduld.“ Die Weichen für die Zukunft seien gestellt. Dazu gehören der Ausbau digitaler Zugangswege, die weitere Verschlingung der Strukturen und die Vereinfachung der Prozesse. „Konsolidierung bleibt angesagt.“ Von Brüssel erwarte man den Abbau bürokratische Hemmnisse. Regulierungen sollten die Stabilität der Finanzmärkte, nicht aber die Schwächung der Wirtschaft bewirken. Sorgen bereite der EZB-Hang zu Negativzinsen. Die Fristentransformation schwinde ebenso wie die Verzinsung des Eigenkapitals. Es sei nicht abzusehen, wie lange die Nullzinsphase noch andauere.

Optimierte Maßnahmen

Beim SVB geht man aber nicht davon aus, dass Negativzinsen auch die Privatanleger treffen könnten. Die Sparkassen selbst versuchen durch „Optimierungsmaßnahmen“ den Druck auf ihre Ergebnisse zu mildern. Das sei bisher einigermaßen gelungen, und zwar besser, als noch vor Jahresfrist zu erwarten war. dhg.

Jeder Siebte hat seine Immobilie geerbt

Bis 2024 erben rund 7,7 Millionen Haushalte etwa 3,1 Billionen Euro. Immer häufiger befinden sich auch Immobilien im Nachlass.

„Schaffe, schaffe, Häusle baue“, sagt der Schwabe und macht damit deutlich, wohin sein hart erarbeitetes Geld fließen soll. Kein Wunder: Immobilien sind nicht nur ein wichtiger Baustein für die Altersvorsorge. Sie sind auch ein Wertobjekt, das Eltern gerne an ihre Kinder weitergeben.

Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) haben Immobilienerbschaften in den letzten 15 Jahren um 10 Prozent zugenommen. Fast die Hälfte (46 Prozent) der Erblasser hinterlässt ihren Kindern oder Verwandten ein Haus oder eine Wohnung. Vor 15 Jahren waren es noch 36 Prozent.

Schritt ins Wohneigentum wagen

Gleichzeitig werden die Erblasser immer älter und können ihren Lebensabend viele Jahre genießen. „Gut beraten ist darum, wer mit einer soliden Baufinanzierung selbst den Schritt ins Wohneigentum wagt, um sich und seiner Familie den Traum vom Eigenheim zu erfüllen“, sagt Sabine Schmitt von der LBS. Das sieht die Erbengeneration offenbar genauso, viele sind bereits Eigenheimbesitzer: Ins-

gesamt wohnen derzeit 48 Prozent der Deutschen im Eigentum. Davon haben 15 Prozent ihre Immobilie geerbt. Eine große Mehrheit, nämlich 65 Prozent, hat sich ihre eigenen vier Wände selbst gekauft.

Mehr angespartes Geld

Eine kluge Entscheidung, vor allem mit Blick auf die Altersvorsorge. Denn Immobilienbesitzer bauen laut Statistischem Bundesamt bei gleichem Einkommen im Schnitt insgesamt sechsmal mehr Vermögen auf als Mieter. So leben sie im Alter nicht nur in der eigenen Immobilie, sie haben bis zum 60. Lebensjahr auch deutlich mehr Geld auf der hohen Kante als Mieter. „Das liegt vor allem an ihrem „gelernten“ Sparverhalten“, stellt Schmitt fest.

Auch die Untersuchung macht deutlich: Wer eine Immobilie kauft, gibt in den ersten 10 bis 15 Jahren weniger Geld für größere Anschaffungen oder Konsum aus. Schmitt bestätigt: „Wenn die Besitzer dann aus dem Größten raus sind und die finanzielle Belastung sinkt beziehungsweise die Immobilie abbezahlt ist, behalten viele ihr gewohntes Sparverhalten.“ □

Den öffentlichen Auftrag zuverlässig erfüllen

GZ-Interview mit SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer zur Diskussion über Gewinnausschüttungen der Sparkassen an ihre kommunalen Eigentümer

Die Diskussion über Gewinnausschüttungen bei Sparkassen hält an. Der Sparkassenverband Bayern (SVB) sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, Sparkassen horteten immense Eigenkapitalbestände, anstatt sie an ihre Eigentümer, sprich die Kommunen, auszuschütten. Hinter der Aktion steht der Rentner und Ex-Controller Dr. Rainer Gottwald von der Bürgerinitiative Forum Landsberg. Er fordert die kommunalen Mandatsträger auf, auf diese Gewinne zurückzugreifen. Warum das nicht sinnvoll ist, erläuterte SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer im Gespräch mit der GZ.

GZ: Den Sparkassen wird vorgeworfen, sie horteten Eigenkapitalquoten von bis zu 21 Prozent. Kommunen hätten aus 337 Mio. Euro Gewinn fast 180 Mio. Euro kassieren können – statt nur 16 Mio. Euro. Was sagen Sie zu dieser Anschuldigung?

Dr. Netzer: Die Zahlen der Bürgerinitiative zu dem potenziellen Ausschüttungsvolumen der bayerischen Sparkassen treffen nicht zu. Es werden insbesondere Teile des Eigenkapitals sowie z. B. der Fonds für allgemeine Bankrisiken, also handelsrechtliche Sicherheitspuffer, als ausschüttungsfähig bezeichnet. Das ist falsch und schürt nur Emotionen. Es geht doch um etwas ganz anders: Die von der EZB diktierten Niedrigzinsen werden das Ergebnis der Sparkassen in den nächsten Jahren spürbar belasten. Alte, gut verzinsten Engagements laufen aus und müssen durch niedrig verzinsten ersetzt werden. Zugleich steigen die Anforderungen der Bankenaufsicht an die Eigenmittel.

Sie müssen bedenken: Sparkassen dürfen kein Kapital am Kapitalmarkt aufnehmen, sondern müssen es sich erarbeiten. Es geht also eigentlich darum, dass die Sparkassen für die Zukunft vorsorgen müssen. Deshalb wird der erwirtschaftete Jahresüberschuss im Wesentlichen zur Stärkung des Eigenkapitals in die Rücklagen eingestellt. Nur so können die Sparkassen ein starker Partner für den regionalen Mittelstand und die Bürger sein.

GZ: Von einem „Gefälligkeitskartell zwischen Bürgermeistern und Sparkassenchefs“ ist gar die Rede. Ihre Meinung?

Dr. Netzer: Der Gesamtdiskussion liegt ein falsches Grundverständnis von einer Sparkasse mit ihrem kommunalen öffentlichen rechtlichen Auftrag zugrunde. Im Vordergrund steht nicht das Ziel, Gewinne zu maximieren und sie an den kommunalen Eigentümer auszuschütten. Vielmehr geht es darum, den öffentlichen Auftrag zu erfüllen und in der Fläche das Gebiet des Eigentümers mit kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen. Hier agieren die Sparkassen sehr erfolgreich und erwirtschaften ihr notwendiges Eigenkapital aus den jeweiligen Jahresergebnissen.

GZ: Wie gestalten sich die Eigenkapitalanforderungen durch die Aufsicht?

Dr. Netzer: Sie werden mit Sicherheit zunehmen. Banken und Sparkassen müssen mit steigenden regulatorischen Eigenmittelanforderungen und vor allem individuellen Risikozuschlägen rechnen. Damit ist klar, dass wir über die bisherigen Ausschüttungen hinaus, die lediglich von fünf der 71 bayerischen Sparkassen getätigt wurden, keinen weiteren Spielraum sehen. Unser Ziel ist es, die Sparkassen möglichst stark zu machen, um auch in den nächsten Jahren der Null- und Negativzinsen ein starker Partner für die Regionen zu sein.

GZ: Wer ist für die Gewinnverwendung zuständig?

Dr. Netzer: Die Zuständigkeit obliegt allein dem Verwaltungsrat der Sparkasse. Das ist gesetzlich geregelt. Er hat zu beurteilen, welche Eigenkapitalausstattung die Sparkasse benötigt, um dauerhaft den öffentlichen Auftrag erfüllen

zu können. Eine Weisung an die Verwaltungsratsmitglieder durch die Kommunen, wie er von der Bürgerinitiative propagiert wird, wäre unzulässig und würde einen schwerwiegenden kommunal- und sparkassenrechtlichen Verstoß darstellen. Das Verwaltungsratsmandat ist ausdrücklich kein imperatives Mandat. Dies hat auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigt.

GZ: Wofür können Gewinnausschüttungen verwendet werden?

Dr. Netzer: Gewinnausschüttungen einer Sparkasse können vom kommunalen Träger laut bayerischer Sparkassenordnung allein für gemeinnützige Zwecke verwendet werden, nicht aber für Infrastrukturmaßnahmen wie etwa Straßen- oder Brückenbau oder -sanierung, Energieversorgung und dergleichen.

GZ: Ist es nicht auffallend, dass Themen wie das aktuell diskutierte gerne von Menschen aufgenommen werden, die nicht in der Verantwortung stehen?

Dr. Netzer: Es ist in der Tat auffallend, dass solche Forderungen gerne von denjenigen gestellt werden, die für die Folgen ihres Tuns keine Verantwortung tragen müssen. Ein Kommunalpolitiker im Verwaltungsrat einer Sparkasse muss dafür Sorge tragen, dass diese ihren öffentlichen Auftrag auch in Zukunft erfolgreich erfüllen kann. Dieser Auftrag lautet, Partner der Wirtschaft in der Region zu sein und den Bürgern Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Dazu brauchen sie – unabhängig von den Anforderungen durch die Aufsicht – Eigenkapital, um die Kreditwünsche umzusetzen zu können. Und deshalb kommen die Verwaltungsräte landauf, landab zu dem Ergebnis, dass kein weiterer Spielraum für Gewinnausschüttungen besteht.

GZ: Sitzen die eigentlichen Gegner der Sparkassen nicht in den Reihen der EU-Kommission? Man hat immer wieder den Eindruck, von dort aus wird das erfolgreiche Drei-Säulen-System torpediert. Wo geht die Reise hin?

Dr. Netzer: Insbesondere aus Brüssel ist zu vernehmen, dass die Banken in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ertragsschwach seien. Sie sind es deshalb, weil die großen Geschäftsbanken mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken starke Wettbewerber haben. Denn das deutsche Drei-Säulen-System garantiert einen funktionierenden Wettbewerb im Sinne der Kunden.

Vor kurzem war Yves Mersch, Mitglied des EZB-Direktoriums, zu Gast beim SVB. Aus seinen Äußerungen ergibt sich eindeutig, dass diese breit gefächerte Bankenlandschaft der EZB missfällt.

GZ: Was bedeutet das für die Zukunft?

Dr. Netzer: Brüssel wird weiterhin daran arbeiten, regulatorische Anforderungen, die eigentlich für die großen systemrelevanten Banken gedacht sind, auch auf die kleinen, dezentral aufgestellten Sparkassen und Genossenschaftsbanken anzuwenden und damit Druck auf uns auszuüben. Gerade deshalb benötigen die Sparkassen Luft und Eigenkapital, um für den Mittelstand vor Ort erfolgreich wirken zu können. DK

Stadtsparkasse München setzt voll auf Präsenz in der Fläche

Trotz aller Widrigkeiten zufrieden mit dem Geschäftsjahr 2015

Anders als manch andere Geldhäuser hält die Stadtsparkasse München an ihrem flächendeckenden Netz mit derzeit 78 Filialen fest, weil sie darin die beste Voraussetzung für Kundenähe sieht. Um die Bindung zum Kunden noch weiter zu verstärken, hat sie vor einem Jahr mit einer Neustrukturierung ihres Vertriebes begonnen, die bis jetzt 18.000 neue Privat-Girokonten und 1.000 neue Geschäftskonten eingebracht hat. Die Kundennähe, so Vorstandssprecher Ralf Fleischer bei der Bilanzvorlage, habe wesentlich dazu beigetragen, dass die Stadtsparkasse mit dem Berichtsjahr 2015 angesichts der schwierigen Gegebenheiten in der gesamten Finanzbranche zufrieden sein könne.

Als Widrigkeiten, mit denen zu kämpfen war, nannte der Sparkassenchef das Niedrigzinsniveau, die regulatorischen Auflagen in Folge der Finanzkrise, den Trend zur Digitalisierung und den demographischen Wandel. Dennoch hat die Münchener Stadtsparkasse, fünftgrößte Sparkasse in Deutschland, 2015 alles in allem nur wenig Federn lassen müssen. Fleischer verschwieg aber auch nicht, dass es im laufenden Jahr schwieriger werde und mit einem schmaleren Ergebnis zu rechnen sei.

Bei einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 16,5 Milliarden Euro (+ 2 Prozent) blieb das Betriebsergebnis vor Bewertung, also aus dem operativen Geschäft, mit 129 (Vorjahr: 132) Millionen Euro (- 1,6 Prozent) nahezu stabil. Da aber die Abschreibungen auf Beteiligungen wesentlich geringer ausgefallen sind als im Vorjahr, legte das Betriebsergebnis nach Bewertung sogar um 24,2 Prozent auf 126 (101) Millionen Euro zu. In den Vorjahren hat die Stadt München als Gewährsträger jeweils 5 Millionen Euro vom Gewinn erhalten. Wie es diesmal sein wird, steht noch nicht fest. Darüber muss der Verwaltungsrat erst noch entscheiden.

Wegen der schwierigen Lage auf dem Zinsmarkt ist der Zinsüberschuss leicht um 0,5 Prozent auf 287 Millionen Euro zurückgegangen. Und er wird dieses Jahr noch weiter zurückgehen. Andererseits ist der Provisionsüberschuss auf 96 (81) Millionen Euro gestiegen, dies dank des florierenden Wertpapiergeschäfts, das um ein Drittel auf 1,9 Milliarden Euro zulegte, und der erfolgreichen Vermittlung von Bausparverträgen (451 Millionen Euro), von Immobilien (+ 37 Prozent auf 1,27 Milliarden Euro) und von Versicherungen (+ 11,7 Prozent). Auch wenn die Verwaltungskosten um 6,5 Prozent auf 16,5 Millionen Euro gestiegen sind – hier schlugen mit jeweils 4 Millionen Euro höhere Personalausgaben und die Bankenabgabe sowie mit 8 Millionen Euro die erwähnte Neuausrichtung der Stadtsparkasse zu Buche – nahm die Cost-Income-Ratio (CIR), also das Verhältnis von Aufwand und Ertrag, nur um 1,7 Prozentpunkte auf 67,4 Prozent zu, womit sie laut Fleischer „angesichts des organisatorischen Umbaus der Stadtsparkasse im erwarteten Rahmen blieb“.

Dass alles ziemlich glimpflich verlaufen ist, zeigt die Eigenkapital-Rendite von 8,3 Prozent vor und 8,0 Prozent nach Bewertung. Basis des Erfolges sind zum einen die Einlagen, die trotz der niedrigen Zinsen weiter um 700 Millionen (+ 5 Prozent) auf 14,6 Milliarden Euro zulegten. Bei den Einlagen bevorzugten nahezu zwei Drittel der Kunden Sichteinlagen, also täglich verfügbare Anlagen. Addiert man Einlagen und Kunden-Wertpapierdepots, halten die Kunden bei der Stadtsparkasse ein Vermögen von 18,4 Milliarden Euro. Das durchschnittliche Depot hat einen Wert von 48.100 (+ 2.400) Euro.

Zum anderen verlief auch das Kreditgeschäft erfreulich. Das gesamte Kreditvolumen stieg um

8,3 Prozent auf 12,16 Milliarden Euro. Mit 1,3 Milliarden Euro schlugen die Baufinanzierungen zu Buche. Eine wichtige Rolle spielten die Firmenkredite, die überdurchschnittlich um 13,5 % auf 6,3 Milliarden Euro zunahm. Dazu Vorstandsmitglied Marlies Mirbeth: „Auch bei Firmen- und Gewerbekunden ist die Stadtsparkasse Marktführer am Bankenplatz München. An jedem zweiten Arbeitstag hat unser Institut einen Münchner Unternehmensgründer finanziert.“

Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen:

Unterstützung für Montessori-Stiftung

Mit einer Spende über 1.500 Euro unterstützt die Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen die Montessori-Stiftung Wertingen. Bei der Spendenübergabe betonte der Verwaltungsratsvorsitzende, Landrat Leo Schrell, dass die Montessori-Schule aus einer beispielgebenden privaten Initiative entstanden ist und sich seither zu einer herausragenden Einrichtung entwickelt habe, die die Bildungslandschaft im Landkreis bereichere. Der Vorstandsvorsitzende, Thomas Schwarzbauer, sagte, dass es der Geschäftsphilosophie der Sparkasse entspreche, den geschäftlichen Erfolg auch in den Dienst der Menschen zu stellen und deshalb die Spende gut angelegt sei.

Bettina Zühlke, Mitglied im Stiftungsvorstand, und Jo Tomaschewski, Mitglied des Stiftungsrates, bedankten sich für die großzügige Spende und betonten, dass die Montessori-Stiftung Wertingen die Montessori-Schule seit 2007 fördere und insbesondere bedürftige Familien durch Stipendien unterstütze oder auch Unterstützung bei den Kosten für Klassenfahrten oder Schullandheime gewähre.

Eines der aktuellen Projekte der Stiftung ist die „Piano-Klasse“. War es der Schule im Vorjahr gelungen, durch einen „Mathe-Checkpoint“ das Interesse an den naturwissenschaftlichen Fächern zu fördern, setzt sie jetzt sozusagen einen musikalischen Kontrapunkt. Bei dem besonderen Projekt „Piano-Klasse“ haben im laufenden Schuljahr ca. 100 Grundschüler die Gelegenheit,

die „kosmischen Erzählungen“ Maria Montessoris musikalisch und mit vollem Körper-Einsatz zu gestalten. Da die Arbeit an den Instrumenten individuell angelegt



V.l.: Martin Jenewein (Vorstandsmitglied der Sparkasse Dillingen), Jo Tomaschewski (Mitglied des Montessori-Stiftungsrates), Bettina Zühlke (Mitglied im Montessori-Stiftungsvorstand), Landrat Leo Schrell, Christina Schmid (Sparkasse Dillingen) und Thomas Schwarzbauer (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Dillingen).

Kreis- und Stadtsparkasse Augsburg:

Im schwierigen Markt gut behauptet

Die Kreis- und Stadtsparkasse Augsburg hat die strategischen Weichen richtig gestellt und kann sich im schwierigen Marktumfeld gut behaupten. Das zeigt die vorläufige Bilanz, die der Vorstand jüngst vorlegte.

Die Bilanzsumme belief sich zum Jahresende 2015 auf 3.327 Millionen Euro und wuchs damit gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um 2,08 Prozent an. Unter den 71 bayerischen Sparkassen belegt die Kreis- und Stadtsparkasse Augsburg damit Rang 20 (Vorjahr: 19).

Trotz historisch niedriger Zinsen gelang es, die Gesamteinlagen zu steigern: Sie betragen 2.596 Millionen Euro und damit rund 35 Millionen bzw. 1,37 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Großteil der Einlagen stammt mit 2.012 Millionen Euro (Vorjahr: 1.980 Millionen Euro) von Privatpersonen.

Das niedrige Zinsniveau wirkte sich kaum auf das Kreditgeschäft aus: 2.715 Millionen Euro hatte die Kreis- und Stadtsparkasse Augsburg zum Jahresende 2015 an ihre Kunden ausgeliehen. Das entspricht einem leichten Wachstum um knapp zehn Millionen Euro. Während die Ausleihungen an Privatpersonen mit 1.093 Millionen Euro (Vorjahr: 1.097 Millionen Euro) auf nahezu unverändert hohem Niveau blieben, legten die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige um 2,50 Prozent auf 1.340 Millionen Euro (Vorjahr: 1.308 Millionen Euro) zu. Der Bilanzgewinn wird sich etwa

bereiten sind zwei Objekte. Auf dem früheren Areal der Stadtwerke München am Elisabeth-Markt in Schwabing sollen 170 Wohnungen, 25 Läden und Büros sowie zwei Kindertagesstätten entstehen. 2018 soll mit dem Bau begonnen werden. Schon begonnen wurde auf dem Sparkassen-Areal in Fürstenfeld-Ost mit dem Bau von 71 Wohnungen, einer Kindertagesstätte, Läden, Arztpraxen, einer Apotheke und einem Cafe. Der erste Bauabschnitt soll 2017 fertig sein, der zweite 2019.

Das gesellschaftliche Engagement der Sparkasse zeigt sich auch in ihren fünf Stiftungen, die sich im Berichtsjahr mit einem Gesamtbetrag von 3,9 Millionen Euro an rund 250 Projekten, „großen und kleinen“, beteiligt haben, auch an Maßnahmen zur Flüchtlingsintegration wie zum Beispiel einer Fahrradwerkstatt in der Bayernkaserne. Auf einer Online-Spendenplattform (www.gut-fuer-Muenchen.de), die sich an die Öffentlichkeit richtet, wurden bereits 1,3 Millionen Euro Spenden eingesammelt, „die zu 100 Prozent den Förderprojekten zugute kommen“. Die Kosten für das Portal trage die Sparkasse. **dhg.**

Kreis- und Stadtsparkasse München Starnberg Ebersberg:

Mit Entwicklung im Jahr 2015 zufrieden

Die Kreis- und Stadtsparkasse München Starnberg Ebersberg ist mit ihrer Geschäftsentwicklung 2015 zufrieden: „Wir erzielten gute Erfolge in unseren wichtigsten Geschäftsfeldern und konnten unsere regionale Marktstellung bei den Kunden weiter ausbauen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende Josef Bittscheidt anlässlich der Bilanzpressekonferenz.

Das Kundengeschäftsvolumen wuchs um rund 1 Milliarde Euro auf 19,3 Milliarden Euro zum Stichtag 31. Dezember 2015. Getragen wurde das Wachstum von der positiven Entwicklung im Wertpapiergeschäft sowie bei Krediten und Einlagen. Das operative Ergebnis von circa 108 Millionen Euro liegt leicht über dem Vorjahresniveau. Einen wesentlichen Teil des Jahresergebnisses führt die Kreis- und Stadtsparkasse erneut den Rücklagen zu, um insbesondere für die langfristigen Auswirkungen der Niedrigzinsvorsorge zu leisten.

Investitionen in der Region

Die Kundeneinlagen wuchsen im Jahresverlauf um 2,5 % auf rund 8,8 Milliarden Euro. Der Zinssituation geschuldet legten die Kunden ihr Geld überwiegend kurzfristig an: Der Anteil dieser Anlagen an den Gesamteinlagen stieg von rund 76 % im Vorjahr auf knapp 79 % zum Jahresende. Wertpapiere, vornehmlich Investmentfonds, standen verstärkt im Fokus der Anleger. In ihren Kundendepots betreute die Kreis- und Stadtsparkasse zum 31. Dezember ein Vermögen von rund 3 Milliarden Euro, circa 18 % mehr als im Vorjahr. Mit einem Neukreditvolumen von 1,8 Milliarden Euro stieg die

Zahl der Kreditzusagen um 11 % gegenüber dem Vorjahr. Der Gesamtkreditbestand wuchs um 4,9 % auf 7,6 Milliarden Euro. Die Ausleihquote – also das Verhältnis von Kundenkrediten zu Kundeneinlagen – betrug rund 87 %. „Dies belegt“, so Bittscheidt, „dass die Kreis- und Stadtsparkasse ihren gesetzlichen Auftrag voll erfüllt und mit dem weit überwiegenden Teil der Kundeneinlagen private und unternehmerische Investitionen in der Region finanziert.“

2015 förderte die Kreis- und Stadtsparkasse mit rund 1,3 Millionen Euro an Spenden-, Sponsoring- und Stiftungsgeldern wieder zahlreiche gemeinnützige Projekte und Einrichtungen im Geschäftsgebiet. 100.000 Euro flossen alleine als Spenden an die 43 Nachbarschaftshilfen in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg, die der dortigen Seniorenbetreuung zugute kamen. Erneut wurde zudem das Grundstockvermögen der vier Stiftungen um insgesamt 2 Millionen Euro aufgestockt. Diese verfügen nun über ein Volumen von rund 14,5 Millionen Euro.

Zum 4. Juli 2016 wird die Kreis- und Stadtsparkasse ihre im Zuge ihrer „Zukunftsstrategie“ angekündigten Standortveränderungen abschließen. Sie verfügt dann über 28 Filialen, 24 Geschäftsstellen und 46 SB-Geschäftsstellen. □

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- **Kalkulation von Kommunalabgaben**
 - Erschließungsbeiträge
 - Straßenausbaubeiträge/wiederkehrende Beiträge
 - Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
 - Friedhofsgebühren
- **Ausschreibung Feuerwehrfahrzeuge**
 - nach den neuen Anforderungen zur e-Vergabe
- **Energieausschreibung: Strom und Gas**
- **NEU: Investitions- und Finanzierungsrechnung**
- **NEU: Ausschreibung von Konzessionsverträgen für örtliche Strom- und Gasnetze**

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München

☎ 089 / 442 354 00

✉ bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Entwicklung der kommunalen Realsteuern:

Wohnen und Wirtschaften wird teurer

Aktuelle Analyse der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young
Kaum Steuererhöhungen in Bayern

Auf breiter Front haben die deutschen Kommunen im vergangenen Jahr erneut die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer erhöht. Laut einer aktuellen Analyse der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young) setzten von 11.103 deutschen Kommunen im ersten Halbjahr 2015 insgesamt 2.049 die Grundsteuer B herauf – das entspricht einem Anteil von 18 Prozent. Im Gesamtjahr 2014 hatten 23 Prozent der Kommunen den Grundsteuer-Hebesatz erhöht. Die Grundsteuer B ist von Haus- und Wohnungseigentümern zu zahlen und wird in der Regel vollständig auf Mieter umgelegt – das Wohnen wird dadurch teurer.

Gleichzeitig vergrößert sich der Abstand zwischen den Ländern: Während in Baden-Württemberg und Bayern im vergangenen Jahr nicht einmal jede zehnte Kommunen die Grundsteuer erhöht hat, haben in Hessen, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen – zum Teil erzwungen durch die Vorgaben der jeweiligen kommunalen Schutzschirme – jeweils mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden den Grundsteuerhebesatz heraufgesetzt.

Dynamischer Aufwärtstrend

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Aufwärtstrend bei den kommunalen Realsteuern deutlich an Dynamik gewonnen: Während in den Jahren 2008 und 2009 jeweils gerade einmal vier Prozent der deutschen Kommunen den Hebesatz

zur Grundsteuer B erhöhten, lag der Anteil im Jahr 2013 bei 16 Prozent, um im folgenden Jahr auf 23 Prozent zu steigen.

Auch Unternehmen müssen immer mehr Steuern an die Kommunen abführen, allerdings ist bei der Gewerbesteuer der Aufwärtstrend weniger stark als bei der Grundsteuer: 14 Prozent der deutschen Kommunen erhöhten im ersten Halbjahr 2015 den Gewerbesteuerhebesatz (2014: 20 Prozent); der bundesweit durchschnittliche Hebesatz stieg von 354 auf 357 Prozent.

Wie stark die Dynamik bei der Anhebung der Steuersätze ist, zeigt auch der längerfristige Vergleich: So haben im Zeitraum 2010 bis 2015 zwei von drei deutschen Kommunen die Grundsteuer erhöht (64 Prozent), während in den vorangegangenen fünf Jahren nicht einmal halb so viele Kommunen (28 Prozent) an der

Steuerschraube gedreht hatten.

Ländervergleich

Haus- und Wohnungsbesitzer wie auch Mieter müssen derzeit in Nordrhein-Westfalen mit Abstand am meisten zahlen: Dort lag der durchschnittliche Grundsteuerhebesatz zur Jahresmitte bei 493 Prozent – 31 Punkte höher als noch Ende 2014. Am wenigsten verlangen die Kommunen in Schleswig-Holstein (311 Prozent) und Bayern (341 Prozent) von Haus- und Wohnungseigentümern bzw. Mietern.

Während in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen in den vergangenen fünf Jahren mehr als neun von zehn Kommunen mindestens einmal die Grundsteuer erhöht haben, liegt der Hebesatz in den meisten bayerischen Kommunen heute noch auf dem Ni-

Sparkasse Miltenberg-Obernburg:

Bürgerpreise für Alltagshelden

„Kultur leben – Horizonte erweitern“: Unter diesem Motto stand die Vergabe von Bürgerpreisen der Sparkasse Miltenberg-Obernburg an Vereine, die die Kultur im Landkreis Miltenberg bereichern. Der Bürgerpreis der Sparkassen ist Deutschlands größter Ehrenamtspreis.

Wie Vorstandsvorsitzender Thomas Feußner hervorhob, sehe es die gemeinnützige Stiftung der Sparkasse als wichtig an, das ehrenamtliche Engagement herauszustellen und zu honorieren. Die Ehrenamtlichen seien allesamt Alltagshelden und Vorbilder in der Gesellschaft.

Laut Landrat Jens Marco Scherf, Verwaltungsratsvorsitzender und Vorsitzender des Stiftungs-Kuratoriums, sind die Ehrenamtlichen „Freiwillige, die den Landkreis noch attraktiver und dynamischer machen“. Ohne Gemeinschaft, gegenseitige Hilfe und Vielseitigkeit wäre der Landkreis um einiges ärmer, so Scherf. Die Ehrenamtlichen bräuchten mehr Anerkennung, mehr Schutz und weniger Bürokratie.

Mit einem Bürgerpreis ausgezeichnet wurde der Arbeitskreis Kul-Tour Obernburg. Der 1984 gegründete Verein organisiert pro Jahr rund 50 Veranstaltungen. Die Vereinsmitglieder haben sich von Anfang an besonders dem Kabarett und der Kleinkunst verschrieben – gleichwohl die Vielfältigkeit der künstlerischen Darbietungen, verbunden mit dem Anspruch ein hochwertiges Programm anzubieten, seit jeher die Maxime ist. Um dieses Vorhaben erfüllen zu können, eröffnete der AK Kul-Tour e.V. im Jahr 1988 eine Kleinkunsthöhle, die in der Kochmühle zu Obernburg/Main ihr zu Hause fand. Hier treten nicht nur bekannte Künstler auf, auch Nachwuchskünstler bekommen eine Chance.

Auch die Kleinkunsthöhle Kulturkreis Zehnscheuer Amorbach, die mit einer weiteren Auszeichnung bedacht wurde, engagiert bekannte und weniger bekannte Künstler. In der Zehnscheuer finden Veranstaltungen auf musikalischem Gebiet, im Kleinkunst- und Theaterbereich sowie auf dem Gebiet der Literatur und Kunstförderung statt. Unter anderem bietet der Verein auch Vorstellungen für Gehörlose und Schulen. Organisiert wird das Programm durch eine zehnköpfige Vorstandschaft und viele tätige

veau von 2010: Gerade einmal 22 Prozent der Kommunen im Freistaat haben seit 2010 die Grundsteuer erhöht. Die jeweiligen Erhöhungen fielen dabei so moderat aus, dass der durchschnittliche Hebesatz in Bayern gerade einmal um acht Punkte stieg – in Hessen im gleichen Zeitraum hingegen um 126 Punkte.

Weiter steigende Steuerbelastung

„Vor allem in Regionen mit einer großen Zahl finanzschwacher Kommunen wurden in den vergangenen Jahren massiv die Steuern erhöht“, beobachtet Prof. Dr. Bernhard Lorentz, Partner bei EY und Leiter des Bereichs Government & Public Sector für Deutschland, die Schweiz und Österreich.

„Und auch in den kommenden Jahren müssen sich Gewerbetreibende, Haus- und Wohnungseigentümer und Mieter auf eine weiter steigende Steuerbelastung einstellen – vor allem in solchen Kommunen, die Finanzhilfen der Länder in Anspruch nehmen“, betont Lorentz. „Auch auf mittel- und langfristige Sicht dürften diese Kommunen keine Spielräume für die Senkung dieser Steuern haben.“ **DK**

Bund der Steuerzahler zu Kita-Gebühren:

Bandbreite in Bayern von 0 bis 480 Euro

Auch die besten Eltern können kein vollwertiger Ersatz für Spielkameraden ihrer Kinder sein. Kinder brauchen andere Kinder, nicht nur weil es sich mit Gleichaltrigen am schönsten spielen lässt, sondern weil sie auch voneinander lernen. Wo können Kinder besser Kontakte mit ihresgleichen knüpfen als in Kindertagesstätten oder Kindergärten? Kindertagesstätten und Kindergärten sind aus dem Leben junger Familien nicht mehr wegzudenken. Aber was kostet diese Form der Kinderbetreuung?

Rechtsanwältin Maria Ritch, Vizepräsidentin und Leiterin der Abteilung Haushalt – und Kommunalpolitik hat für den Bund der Steuerzahler in Bayern die Kita-Gebühren für städtische Einrichtungen in den kreisfreien Städten in Bayern ermittelt und stellt fest: Zwischen 0 und 480 Euro ist alles drin.

In allen Städten – bis auf Passau – werden die Kita-Gebühren differenziert nach dem Alter der zu betreuenden Kinder erhoben. Dabei gebe es allerdings keine einheitliche Vorgehensweise.

Statistische Erhebung

Vizepräsidentin Ritch hat exemplarisch die monatlichen Kita-Gebühren für Krippenkinder unter zwei bzw. drei Jahren bei einer täglich vierstündigen bzw. achtstündigen Betreuung ermittelt. Ebenso wurden die Kita-Gebühren pro Monat für Kindergartenkinder über zwei bzw. drei Jahren bei einer bis vierstündigen bzw. achtstündigen Betreuung statistisch erhoben.

Dabei stellten sich erhebliche Unterschiede bei den Kita-Gebühren heraus. So kostet zum Beispiel in Regensburg die monatliche Kita-Gebühr für Krippenkinder unter zwei bzw. drei Jahren bei einer achtstündigen täglichen Betreuung 480 Euro im Monat. Während in Kempen für die gleiche Betreuung im Durchschnitt lediglich 144,02 Euro zu zahlen sind.

Ähnliche Ergebnisse bei den Kita-Gebühren für die Betreu-

ung von Kindergartenkindern über zwei bzw. drei Jahren: Während zum Beispiel in Straubing 170 Euro für die achtstündige tägliche Betreuung eines Kindergartenkindes pro Monat zu zahlen sind, ist die gleiche Leistung bzw. Betreuung in Kaufbeuren schon für 85 Euro zu haben.

Beispiel München

In der Stadt München werden die Kita-Gebühren abhängig vom Einkommen der Eltern erhoben. So kostet z.B. die achtstündige tägliche Betreuung für Krippenkinder unter zwei bzw. drei Jahren bei einem Jahreseinkommen der Eltern von über 60.000 Euro monatlich 370 Euro. Bei einem Jahreseinkommen von 40.000 Euro werden in München Kita-Gebühren in Höhe von 186 Euro erhoben. Dagegen haben Eltern in der Landeshauptstadt München mit einem Einkommen bis 15.000 Euro keine Kita-Gebühren zu zahlen.

Der Durchschnitt der Kita-Gebühren z.B. für Krippenkinder unter zwei bzw. drei Jahren bei einer täglichen achtstündigen Betreuung beträgt in den kreisfreien Städten in Bayern 253,62 Euro monatlich. Für Kindergartenkinder über zwei bzw. drei Jahre sind dafür im Durchschnitt 119,50 Euro auszugeben.

Bei der Gebührenfestsetzung nutzen die Kommunen die weitgehende Gestaltungsfreiheit, die zu erheblichen Gebührenunterschieden führt. **□**

Landeserziehungsgeld:

3 Mrd. Euro an bayerische Familien ausgezahlt

Bayern hat in den vergangenen 25 Jahren über 3 Milliarden Euro an Landeserziehungsgeld ausbezahlt. „Mit dem Landeserziehungsgeld unterstützt der Freistaat junge Eltern in einer Lebensphase, in der das Familieneinkommen am geringsten und der wirtschaftliche Bedarf am höchsten ist. Besonders Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende profitieren von dieser in Deutschland einmaligen Landesleistung“, so Bayerns Familienministerin Emilia Müller.

Nach einer repräsentativen Elternbefragung durch das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) gaben 88 Prozent der Eltern an, dass das Landeserziehungsgeld ihnen in ihrer finanziellen Situation geholfen habe. Rund drei Viertel der Eltern gaben an, die Leistung erleichtere es ihnen, ihre Kinder selbst zu betreuen.

Das Landeserziehungsgeld wird unmittelbar im Anschluss an das Bundeselterngeld gezahlt und soll künftig neben dem geplanten Bayerischen Betreuungsgeld bezogen werden können. Es beträgt für das erste Kind monatlich 150 Euro, für das zweite Kind 200 Euro und für weitere Kinder 300 Euro. Es wird für das erste Kind für sechs Monate und für jedes weitere Kind für zwölf Monate gewährt.

Für Ehepaare, Eltern in eheähnlicher Gemeinschaft und Lebenspartner beträgt die Einkommensgrenze 25.000 Euro, für Alleinerziehende 22.000 Euro. Sie erhöht sich für jedes weitere Kind um 3.140 Euro. Im vergangenen Jahr erhielten rund 38.700 Eltern Landeserziehungsgeld in Höhe von insgesamt knapp 73 Millionen Euro. **□**

Finanzminister Söder:

Landesbank auf gutem Weg

Gewinne ermöglichen Rückzahlung

„Ich bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Die Bayerische Landesbank ist auf einem guten Weg. Die Gewinne ermöglichen weitere Rückzahlungen an die Steuerzahler“, so der Bayerische Finanzminister Dr. Markus Söder zur Bilanzpressekonferenz der Bayerischen Landesbank in München.

Die Bank hat einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 640 Millionen Euro ausgewiesen; betrachtet man nur das Kerngeschäft lag der Gewinn sogar bei fast 1 Milliarde Euro.

Erfolgreiche Restrukturierung

„Das ist der Lohn für die erfolgreiche Restrukturierung der BayernLB in den letzten Jah-

ren“, so Söder. Der Verkauf der ABS-Wertpapiere, die Abgabe der ungarischen MKB und der Generalvergleich mit Österreich im letzten Jahr zahlen sich für den Freistaat als Eigentümer dabei doppelt aus: „Eine solide Kapitalausstattung und ein stabiles Geschäftsmodell sind eine gute Basis für die Zukunft. Gleichzeitig wird die Bank im April weitere 1,3 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern zurückzahlen.“ **□**

Ulrike Scharf:

Bargeld ist geprägte Freiheit

Wichtiges Thema für nächste Konferenz der Verbraucherschutzminister

Die Abschaffung des Bargeldes hätte weitreichende Folgen für die Gesellschaft und damit auch für die Verbraucher. Das betonte die Bayerische Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf in München. „Eine Obergrenze von 5.000 Euro ist nur der Anfang vom Ende des Bargeldes. Der völlig bargeldlose Zahlungsverkehr kann zum gläsernen Bürger führen. Wenn nur noch virtuelles Geld im Umlauf ist, verlieren unsere Kinder außerdem den Bezug zum tatsächlichen Geld. Das stellt die Schuldenfalle für die Zukunft. Wir lehnen deshalb eine Obergrenze für Bargeld entschieden ab.“

Der Freistaat wird für die nächste Konferenz der Verbraucherschutzminister im April in Düsseldorf einen Antrag stellen, mit dem die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, ihre Pläne zu überdenken.

Für Verbraucher überwiegen die Vorteile von Barzahlungsmöglichkeiten deutlich. Viele Menschen können sich nicht vorstellen, beim Bäcker oder auf dem Wochenmarkt mit Kreditkarte oder gar dem Handy zu bezahlen. Scharf: „Bargeld ist das im Alltag tauglichste und am einfachsten zu handhabende Zahlungsmittel – besonders für ältere Menschen und Kinder. Die Bürger haben das verfassungsmäßig verbürgte Recht selbst zu entscheiden, wie sie ihre Einkäufe tätigen und welche Daten sie preisgeben möchten. Bargeld ist nicht nur geprägte Freiheit, sondern auch geprägter Datenschutz.“ Denn die Barzahlung ist von technischen Systemen unabhängig. Elektronisch getätigte Zahlungen stellen dagegen besondere Anforderungen auch an die technische Sicherheit und hinterlassen zudem deutliche Datenspuren. Schlimmstenfalls kann das gesamte Einkaufsverhalten einer Person digital nachvollzogen und ausgewertet werden.

Die Bundesregierung versteht die geplante Begrenzungsmaßnahme als Mittel gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Aus Sicht von Ministerin Scharf erscheint es jedoch sehr fraglich, ob diese Ziele damit überhaupt erreicht werden könnten: „Barzahler dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Es ist zu pauschal, alle Bargeldgeschäfte ab 5.000 Euro mit organisierter Kriminalität in Verbindung zu bringen.“ Gerade bei Konsumgütern wie Gebrauchtwagen oder Schmuck sind Barzahlungen auch bei höheren Beträgen üblich und praktikabel. **□**

Die drei Kulturpreise sind mit jeweils 700 Euro Preisgeld dotiert, die Sonderpreise mit jeweils 450 Euro. **DK**

Flüchtlingsunterkünfte in Holzrahmenkonstruktion:

Acht Häuser nach nur vier Monaten Bauzeit bezugsfertig

Das Modellprojekt für den schnellen Bau von Wohnungen in Stephanskirchen bei Rosenheim schreitet zügig voran. Acht der zwölf Häuser in Holzrahmenkonstruktion, die vorerst als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden sollen, sind bezugsfertig. Die restlichen vier Häuser werden bis Mai fertiggestellt. Die regionalen Bauunternehmen werden dann das Modellprojekt in rund fünf Monaten abgeschlossen haben.

„Das schnelle Genehmigungsverfahren, das gut ausgearbeitete Konzept und vor allem der hohe, passgenaue Vorfertigungsgrad der Holzrahmenkonstruktion sowie der Einsatz von Trockenestrich haben die kurze Bauzeit ermöglicht“, erklärt Franz Wöndl von Holzbau Wöndl aus Eggstätt.

Alle Vorschriften eingehalten

Holzbau Wöndl und die Stefan Lechner GmbH Zimmerei-Holzbau aus Stephanskirchen realisieren die zwölf Häuser für die Gemeinde. Alle Vorschriften hinsichtlich Brandschutz, die Energiesparverordnung EnEV sowie Gesetze bzgl. der Statik werden dabei eingehalten. Die Holzhäuser sorgen für ein angenehmes Wohnraumklima, diffusionsoffe-

ne Wandaufbauten mit Holzfasern verhindern die Bildung von Feuchtigkeit. Das Dach ent-

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

spricht zudem allen Anforderungen an Windsogsicherheit, Schneeschutz und Hagelwiderstand.

Die Holzrahmenbauweise gilt als moderne und effiziente Elementbauweise mit hohem Vorfertigungsgrad. „Dabei arbeiten wir nicht mit Standard-Fertigteilen, sondern planen und bauen jedes Haus individuell“, betont Wöndl. Die Aussparungen für Elektro- und Sanitärinstallationen erfolgen bei der Holzrahmenbauweise be-

reits in der Fertigung, Holzwerkstoffplatten übernehmen das Aussteifen des Ständerwerkes. „Die Elemente fertigen wir wandweise in unserer witterungsgeschützten Abbundhalle vor“, erklärt Wöndl. Die sonst üblichen, langen Trocknungszeiten während der Bauphase entfallen dank dem Einsatz von Trockenestrich. Die optimal auf-

einander abgestimmten Komponenten, eine CNC-gestützte Fertigung und die einfache Gebäudegeometrie machen die Holzrahmenbauweise zu einem nachhaltigen, wirtschaftlichen und flexiblen System.

Langfristige Nutzungsmöglichkeiten für die Gemeinde

Gerade in Zeiten, in denen Gemeinden in Deutschland händel-

ringend nach zusätzlichem Wohnraum für Flüchtlinge suchen, ist die Holzrahmenbauweise eine echte Alternative zu Containern. Auf der Baustelle steht nach zwei bis drei Tagen der komplette Rohbau, inklusive Dacheindeckung und Fenster. So auch in Stephanskirchen in der Schömeringer Straße, wo zwei Häuser jeweils innerhalb von drei Tagen aufgebaut, mit Putz verkleidet und mit Tondachziegeln eingedeckt wurden.

Die Lebensdauer der Häuser beträgt rund 80 Jahre und erlaubt so deren langfristige Nutzung. Sie werden vorerst für einige Jahre an das Landratsamt vermietet, was die Refinanzierung sichert. Nach Ablauf des Mietvertrages kann die Gemeinde die Gebäude nach ihren Bedürfnissen nutzen. So könnten sie z. B. später als Unterkünfte für Studenten der Fachhochschule in Rosenheim dienen. Auch Bauerweiterungen sind dank der flexiblen Bauweise problemlos möglich.

Nachhaltigkeitsaspekt im Fokus

Wöndl entschied sich in Stephanskirchen für Tondachziegel der ERLUS AG. Das mittelständisch geprägte Unternehmen aus Neufahrn in Niederbayern ist ein langjähriger Partner der Region. Dies wurde jüngst auch auf dem ERLUS Forum an der Hochschule Rosenheim mit dem Themenschwerpunkt Holzbau deutlich. „Auf ERLUS können wir uns gerade bei zeitkritischen Aufträgen verlassen“, betont Wöndl. Zum Einsatz kam in Stephanskirchen der ERLUS Forma® Tondachziegel mit harmonischen Proportionen und einer weichen Form. „Mit dem Werkstoff Holz und dem Satteldach aus Tondachziegeln wurde der traditionelle Baustil der Region konsequent eingehalten“, freut sich Wöndl. So fügen sich nicht nur die beiden neuen Häuser in der Schömeringer Straße nahtlos in das Orts- und Landschaftsbild ein. Gleichzeitig setzt die Gemeinde auch auf regionale Rohstoffe. □



In der Werkstatt von Holzbau Wöndl wurden die Wände der Häuser vorgefertigt, was unter anderem den schnellen Bau vor Ort ermöglicht.



Laumer übernimmt Garagenbau von Freudlspurger:

Produktionsstart am neuen Standort

Neuötting/Massing. Pünktlich zum 1. März in Betrieb genommen hat die Laumer Bautechnik GmbH die von der Freudlspurger Beton- und Kieswerke GmbH übernommene Fertiggaragen-Produktion. Damit stärkt das mittelständische Familienunternehmen im niederbayerischen Massing, das seit den 1960er Jahren im Fertiggaragenbau tätig ist, weiter seine Marktposition auf diesem Sektor. Mit der Übernahme der Produktionsanlagen und der damit verbundenen Kapazitätserweiterung trägt die Geschäftsleitung der gestiegenen Nachfrage Rechnung, besonders im Bereich der größeren Garagen, die sie jetzt sogar mit einer Länge von 9 Metern anbieten kann.

Über die erste gefertigte Garage freuen sich (von links): Johann Stockner (Produktionsleiter Garagenbau), Thomas Schuhbeck (Produktionsleiter am Standort Neuötting), Firmenchef Richard Laumer und Moritz Laumer. □

IBP-Studie zu transparenten Bauteilen:

Plusenergiegebäude von morgen werden mit viel Glas gebaut

Bad Honnef. Eine vom Bundesverband Deutscher Fertighaus (BDF), dem Bundesverband Flachglas (BF), dem Bundesverband Rollläden + Sonnenschutz (BVR) und dem Verband Fenster + Fassade (VFF) beim Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP) in Auftrag gegebene Studie zum Thema Fensterfläche zeigt: Moderne Plusenergiehäuser werden heute mit deutlich größeren Glasflächen als früher gebaut.

Untersucht wurden die Modellvorhaben im Netzwerk Effizienzhaus Plus, bei denen großzügige Fenster- und Fassadenflächen zugleich für eine optimale Nutzung des Tageslichts und solarer Wärmegewinne sowie eine zeit-

gemäße Wärmedämmung sorgen. In Zahlen ausgedrückt: Heute weisen Einfamilienhäuser im Mittel 27 Prozent Fensterfläche bezogen auf die Bruttogrundfläche auf. Dies gilt für alle Himmelsrichtungen, wobei die nach Süden ausge-

richteten Fassadenbereiche bei Einfamilienhäusern im Mittel einen 30-prozentigen und bei Mehrfamilienhäusern sogar einen 39-prozentigen Fensterflächenanteil aufweisen.

Weiterhin erörtert die Studie, dass die Fensterflächenanteile im Dachbereich bei Mehrfamilienhäusern meist in Nordausrichtung bei 3 bis 5 Prozent liegen. Die Studie erfasst dabei transparente Bauteile mit UW-Werten um 0,81 W/(m²K), g-Werten zwischen 40 und 60 Prozent sowie Lichttransmissionen zwischen 59 und 80 Prozent, allesamt Produkte zum Bau von Plusenergiegebäuden, die am Markt bereits verfügbar sind und je nach Erfordernis ausgewählt werden können.

Gleichzeitig kommt die Studie zu dem Schluss, dass dem sommerlichen Wärmeschutz zur Vermeidung sommerlicher Überhitzung in jeder Hinsicht Rechnung getragen wird: So werden laut IBP etwa 70 Prozent der Ein- bis Zweifamilienhäuser mit einer Sonnenschutzvorrichtung versehen, wobei überwiegend außenliegende Sonnenschutzmaßnahmen in Form von Jalousien mit drehbaren Lamellen verwendet werden. Daneben kommen laut Untersuchung Rollläden, Holzschiebeläden und Raffstores zum Einsatz. Außerdem würden auch Systeme im Scheibenzwischenraum verwendet, die für einen effektiven sommerlichen Wärmeschutz sorgen. Gebäude, die auf einen mechanischen außenliegenden Sonnenschutz verzichten, erreichten diesen problemlos durch andere Maßnahmen, also sei auch mit großen Fensterflächen der sommerliche Wärmeschutz auf jeden Fall gegeben, so die Studie.

Fazit: Für Plusenergiegebäude kann und wird heute mit viel Fensterfläche geplant, denn diese sorgt für Tageslicht, Solargewinne, Lüftung und Dämmung zugleich. Tageslicht, thermische Behaglichkeit und Raumluftqualität haben zudem positive Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und den Komfort, ein gutes Raumklima erhöht die Produktivität der Arbeit und fördert die Gesundheit. Auch sorgen große Fensterflächen dafür, dass sich Bewohner und Nutzer wohlfühlen. □

Bodendenkmäler:

Regeln bei der Verwendung von Metallsonden

Mehrere tausend Sondengänger sind in Bayern Schätzungen zufolge mit Metalldetektoren unterwegs. Der Einsatz von Sonden ist eine Möglichkeit, Bodendenkmäler aufzufinden – wenn die Detektoren verantwortungsbewusst und gesetzeskonform eingesetzt werden.

Dafür gibt es drei Regeln zu beachten:

1. Wer eine Metallsonde in einem Bereich einsetzen will, in dem Bodendenkmäler bekannt sind oder vermutet werden, braucht eine denkmalschutzrechtliche Erlaubnis. Art. 7 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes fordert dies, um zu verhindern, dass Denkmäler durch unerlaubte Grabungen zerstört werden. Er stellt zudem sicher, dass die im Boden enthaltenen Informationen wissenschaftlich erfasst werden können. Etwa ein Prozent der Fläche des Freistaats ist in der Bayerischen Denkmalliste als Bodendenkmal eingetragen. Auf 99 Prozent der Fläche Bayerns hingegen ist das „Sondengehen“ ohne denkmalschutzrechtliche Erlaubnis möglich.

2. Wer einen Fund macht, ist verpflichtet, diesen unverzüglich zu melden: Die Unteren Denkmalschutzbehörden der Landkreise bzw. kreisfreien Städte und das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege nehmen diese Fundmeldungen entgegen. Die Meldepflicht ist in Art. 8 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes verankert. Sie stellt sicher, dass Fachleute beurteilen können, ob die Fläche, auf der Funde

aufgedeckt wurden, ein Bodendenkmal ist.

3. Die Eigentumsregelung in Bayern erfolgt nach § 984 BGB: Funde gehören zur Hälfte dem Finder und zur Hälfte dem Eigentümer des Grundstücks, auf dem ein Fund gemacht wurde. Ein Verstoß gegen diese Regelung ist eine Unterschlagung und damit eine Straftat.

In Bayern werden laufend Fälle bekannt, in denen Metallsonden ohne Erlaubnis eingesetzt bzw. Funde nicht gemeldet wurden. Im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege gehen jährlich etwa 15 bis 20 Fundmeldungen ein. Angesichts der mehrere Tausend Sondengänger, die zwischen Aschaffenburg und Berchtesgaden unterwegs sind, ist diese Zahl auffallend niedrig.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege ruft dazu auf, beim Einsatz von Sonden die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Bodendenkmäler sind wichtige Quellen für die Heimatgeschichte und Forschung. Mit der mutwilligen Zerstörung von Bodendenkmälern werden wichtige Zeugnisse der Vergangenheit endgültig ihrer Aussagekraft beraubt. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Planung und Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften:

Wohnungsbauförderung – nicht nur für Flüchtlinge

Von RA Dr. Stefan Detig, M.B.A., Altbürgermeister, LKC Rechtsanwalts-gesellschaft mbH

Deutschland steht mit der Flüchtlingskrise vor einer der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Dabei stellt insbesondere die Unterbringung der hauptsächlich aus Kriegsgebieten geflüchteten Menschen ein Problem dar. Bei der Schaffung des dringend benötigten Wohnraums können Gemeinden verschiedene Förderprogramme in Anspruch nehmen – so entsteht eine große Chance durch die Krise.

Asylsuchende werden in Deutschland zunächst von den Behörden untergebracht – erst in Erstaufnahmeeinrichtungen, dann in Gemeinschaftsunterkünften. Diese staatlichen Unterkünfte sind oft überfüllt und wegen ihrer Größe und der dadurch entstehenden sozialen Spannung umstritten. Deshalb ist die sogenannte dezentrale Unterbringung in nicht-staatlichen Unterkünften eine wichtige Stütze in der deutschen Asylpolitik. Doch bezahlbarer Wohnraum ist rar und schon heute haben es junge Familien, Kindergärtnerinnen und Kindergärtner sowie Senioren schwer, geeignete Wohnungen zu finden. Insofern ist die Schaffung von Wohnraum durch Neubau dringend notwendig. Um diesen Neubau zu fördern, wurden verschiedene Förderprogramme aufgelegt.

fläche von 65 Quadratmetern entstehen. Als Förderrahmen steht dafür jährlich ein Betrag von 150 Millionen Euro zur Verfügung.



Dr. Stefan Detig.

Unterstützung für Gemeinden

So unterstützt das kommunale Wohnraumförderprogramm des Freistaates Bayern seit 1. Januar 2016 Gemeinden dabei, Wohnungsangebote für den örtlichen Bedarf zu schaffen. Dadurch sollen jährlich über 1.500 Mietwohnungen mit einer Durchschnitts-

Gefördert wird nicht nur der Neubau von Mietwohnungen, sondern auch die Änderung von Bestandsgebäuden und die Modernisierung sowie der Grundstücks- und Gebäudekauf. Anwendungsempfänger sind Gemeinden und Zweckverbände. Dabei kommen nur Standorte mit erheblichem, nicht nur vorübergehendem Bedarf an Mietwoh-

nungen in Frage. Die Förderung erfolgt durch einen 30-prozentigen Zuschuss der zuwendungsfähigen Gesamtkosten. Darüber hinaus können 60 Prozent der Kosten durch ein zinsverbilligtes Darlehen der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt finanziert werden – die Kreditgenehmigung erfolgt durch die Landratsämter. Der Eigenanteil der Gemeinde beträgt mindestens zehn Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten. Dieser kann beispielsweise durch den Wert des im Eigentum der Gemeinde befindlichen Baugrundstücks erbracht werden.

Nicht gefördert werden etwa Mobiliar sowie Personal- und Sachkosten. Eine Mehrfachförderung ist grundsätzlich ausgeschlossen. Bei einer zehnjährigen Zinsbindung werden 0,0 bis 0,2 Prozent pro Jahr angesetzt und bei einer 20-jährigen Zinsbindung 0,75 bis 1,0 Prozent. Körperschaftsteuer fällt bei der Vermietung nicht an und so kann jeder Euro in die Tilgung fließen. Bei der Belegung kommen über einen Zeitraum von 20 Jahren nur anerkannte Flüchtlinge und einkommensschwache Haushalte in Frage – die Einkommensgrenzen orientieren sich an der sozialen Wohnraumförderung.

Programme der KfW und BayernLabo

Auch die KfW unterstützt die Länder und Kommunen bei der sozialen Integration von Flücht-

lingen. Mit ihrer zinslosen Sonderförderung hat sie dazu beigetragen, mehr Erstunterkünfte zu schaffen. Mit dem zum 1. April 2016 aktualisierten „Programm 153“ soll auch die Schaffung von bezahlbarem und energieeffizientem Wohnraum gefördert werden – auch um eine Konkurrenzsituation zwischen (anerkannten) Flüchtlingen und denjenigen zu vermeiden, die Angebote aus dem sozialen Wohnungsbau suchen. Das Kreditvolumen pro Wohneinheit liegt bei 100.000 Euro und der Tilgungszuschuss beträgt bis zu 5.000 Euro. Der Zinssatz beginnt bei 0,75 Prozent pro Jahr bei einer Zinsbindung von zehn oder zwanzig Jahren. Mit hoher Wahrscheinlichkeit

sinken sogar die gültigen Zinssätze ab dem 1. April 2016.

Weitere Fördermöglichkeiten gibt es seitens des Investkredit Kommunal Bayern der BayernLabo. Sie stellt zinsgünstige Kredite für bayerische Kommunen und Zweckverbände auf Basis des „KfW 208 Zinssatzes“ abzüglich 0,2 Prozent bereit. Darlehenssumme ist bei einer Hundertprozentfinanzierung auf zwei Millionen begrenzt, bei einer Fünfzigprozentfinanzierung sind auch höhere Beträge möglich. Bei Flüchtlingsunterkünften werden Darlehen auf zehn Jahre ohne Verzinsung zur Verfügung gestellt. Für Wohnraum erfolgt bei einer Zehnjahresbindung eine Verzinsung von etwa 0,11 Pro-

zent, bei zwanzig Jahren ca. 0,41 Prozent und bei dreißig Jahren um 0,58 Prozent.

Neben Überlegungen zur Finanzierung des neuen Wohnraums ist von den Gemeinden im Vorfeld auch eine detaillierte Investitionsrechnung durchzuführen. Dabei kann neben dem Ertragswertverfahren unter anderem auch das Vergleichsverfahren und in Einzelfällen das Sachwertverfahren herangezogen werden. Wobei immer auch sämtliche Kostengruppen nach DIN 276 berücksichtigt werden müssen. Sollte hier und bei Fragen der Förderung Unsicherheit bestehen, ist es in jedem Fall sinnvoll, sich von kompetenter Seite beraten zu lassen. □

Bauherrenpreis 2016 für bayerische Projekte:

Hohe Qualität zu tragbaren Kosten

Bayerische Projekte aus München, Ansbach, Würzburg und Neu-Ulm wurden mit dem Bauherrenpreis in der Kategorie Neubau 2016 ausgezeichnet bzw. erhielten eine besondere Anerkennung. Ausgelobt wurde der Preis, der in seine 30. Auflage ging, vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem Bund Deutscher Architekten und dem Deutschen Städtetag.

Das diesjährige Leitbild war „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten“ und danach richteten sich auch die prämierten Bauprojekte. Mit dem Deutschen Bauherrenpreis Neubau 2016 wurde unter anderem das Projekt „Quartiersergänzung durch straßenbegleitende Wohnbebauung“ in München, Bad-Schachener-Straße, ausgezeichnet.

Mit der straßenbegleitenden Wohnbebauung hat die GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH eine ohnehin schon qualitätsvolle Zeilenbausiedlung durch neue Wohnformen erheblich aufgewertet. Die langgestreckten Neubauten haben die vorhandenen Wohnzeilen zur Straße hin abgeschlossen und räumlich gefasst. Damit wurde nicht nur der Lärmschutz verbessert, sondern auch die Qualität der Freiräume. Durch das enge Zusammenspiel von Gebäude- und Freiflächenplanung sind gemeinschaftliche Höfe mit Spiel- und Sitzmöglichkeiten für verschiedene Altersgruppen entstanden.

Die verschiedenen Wohnungsgrößen fördern den Bewohnermix von Jung und Alt, alle Wohnungen sind barrierefrei. Direkt am U-Bahnhof befindet sich ein gesamtes Haus für Bewohner mit Rollstuhl. Die originelle Vier-spänner-Typologie mit ihren wechselnden Gebäudetiefen auf der Hofseite bewirkt ein rationelles Verhältnis von Bruttogeschossfläche und Wohnfläche. Das Projekt zeigt aus Sicht der Jury in vorbildlicher Weise auf, wie die Zeilenbebauung aus den 1950er Jahre maßvoll weitergebaut werden kann. Durch diese Neugestaltung erfolgte eine erhebliche Qualifizierung des Straßen- bzw. Stadtraums.

Ein weiterer Preisträger ist in Würzburg, Brunostraße/Michelstraße zu finden. Das Projekt „Neues Wohnen Brunostraße“ ist eine neue Wohnanlage im Würzburger Stadtteil Zellerau und ersetzt eine Zeilenbebauung aus den 1950er Jahren. Sechs nicht sanierungsfähige Wohnblöcke entsprachen nicht mehr den heutigen Ansprüchen und wurden abgerissen. An deren Stelle errichtete das kommunale Wohnungsunternehmen Stadtbau Würzburg GmbH 104 barrierefreie Zweibis Fünfstückerwohnungen, darunter 42 Eigentums-, 50 freifinanzierte Miet- und zwölf Sozialwohnungen.

Neun Einzelhäuser mit jeweils 10 bis 15 Wohnungen sind versetzt zueinander angeordnet und ermöglichen dadurch den Erhalt des prägenden alten Baumbest-

stands. Die differenziert gestalteten Außenräume schaffen eine parkähnliche Landschaft. Erstmals wurde mit diesem Projekt die Entwicklung eines Carsharing-Angebots für die Bewohner in Würzburg verbunden.

Beispielhaft ist aus Sicht der Jury insbesondere die soziale Mischung der Nachbarschaft, die durch den Mix von Wohneigentum, freifinanziertem und sozialem Wohnungsbau ermöglicht wird. Zudem überzeugen die architektonische Durcharbeitung der Baukörper und das Freiraumkonzept mit geschütztem Baumstand und gelungenen Angeboten von privaten und öffentlichen Räumen. Die Wohnanlage setzt neue Maßstäbe im Wohnungsbau – und nicht nur in Würzburg.

Energieeffizienter Wohnungsbau

Bei dem Projekt „Modellvorhaben e% – Energieeffizienter Wohnungsbau“ in der Ansbacher Herbartstraße handelt es sich um einen modernen, barrierefreien und besonders energieeffizienten Neubau nicht sanierbarer Gebäude. Die Bamberger Joseph-Stiftung, ein kirchliches Wohnungsunternehmen, hat als Bauherr ein Modellprojekt der Obersten Baubehörde Bayern realisiert. Im Ergebnis eines europaweiten Architektenwettbewerbs wurden in einem heterogenen Umfeld drei nicht sanierungsfähige Gebäuderiegel aus den 1950er-Jahren durch eine energieeffiziente und architektonisch attraktive Wohnanlage ersetzt.

Entstanden ist ein neuer markanter städtebaulicher Schwerpunkt im Stadtteil. Formal zurückhaltend, stehen sich zwei dreigeschossigen Baukörper gegenüber, die um zwei Nebengebäude ergänzt, einen gut proportionierten Hof formen. Über vier Rampen wird der Innenhof erreicht. Ausgestattet mit Bänken und Bäumen ist er ein geschützter Raum für Begegnung der Bewohner, für Spiel- und Freizeitaktivitäten. Alle Gebäude werden über diesen Hof erschlossen.

Sämtliche Wohnungen sind barrierefrei und haben mindestens einen Zugang ins Freie. Die Gebäude sind in Holzbauelementen errichtet und erfüllen mit einer hochgedämmten Gebäudehülle energetische Kennwerte, die 60 Prozent unter der Energieeinsparverordnung 2009 liegen. Die Jury würdigte die klare und einfache Sprache von Architektur und Städtebau. Das vielschichtige Angebot von Wohnungstypen, die wiederum eine hohe Nutzungs-

flexibilität aufweisen, zeugten von einer nachhaltigen qualitätsvollen Brauchbarkeit.

Eine besondere Anerkennung erhielt die „Attraktive Schallschutzbebauung für ein neues Wohnquartier“ am Standort Funkkaserne Nord WA 1 und WA 2 in München. Vier stempelartige Wohnblöcke umschließen jeweils einen Innenhof und bilden ruhige Inseln gegenüber dem Lärm des vielbefahrenen Frankfurter Rings. Für jeden Baublock wurden Wohntypologien entwickelt, die unterschiedlichen Wohnbedürfnissen Rechnung tragen.

Die GEWOFAG Wohnen GmbH richtete auch in diesem Quartier einen Stützpunkt ihres erfolgreichen Wohn- und Versorgungskonzepts „Wohnen im Viertel“ ein. Hilfsbedürftige Menschen werden bei diesem Konzept in der eigenen Wohnung von einem ambulanten Pflegedienst im selben Haus betreut. Die Jury würdigte insbesondere die städtebauliche Lösung. Die für lärmbelastete Lagen entwickelten Wohntypologien seien beispielhaft und auf ähnliche Situationen übertragbar.

„Jules et Jim – Promenade Sociale“ heißt das am Künetteweg in Neu-Ulm liegende Projekt, das ebenfalls mit einer besonderen Anerkennung bedacht wurde. Der markante, gestufte Gebäudewinkel ist das Scharmier zwischen der heterogenen Bebauung nach dem Krieg und den neuen Wohngebieten. Die vorgegebene Nutzungsmischung von geförderten, familiengerechten Wohnungen und einer integrierten Kindertagesstätte führt in Anbetracht des knappen Grundstücks zu einer bemerkenswerten und unkonventionellen Lösung: Da der verbleibende ebenerdige Freiraum vollständig der Kita zur Verfügung steht, wurden die wohnungsnahen Freiräume auf den Baukörpern in den Obergeschossen angeordnet.

Zentrales Erschließungselement sind die in der Eingangshalle eingeordneten, gegenläufig zueinander verschränkten und auf dem Podest miteinander verbundenen Treppen, die eine interessante Kommunikationszone „Promenade Sociale“ für alle Nutzer bilden. Dieser führt auf eine große Dachterrasse, die von den Bewohnern vielfältig für gemeinsame Aktionen genutzt werden kann. Über diesem Herzstück der Anlage erheben sich die beiden über Eck zueinander stehenden Baukörper namens „Jules“ und „Jim“.

Die Jury war beeindruckt von dem interessanten typologischen Ansatz für diese nicht einfache Bauaufgabe, der in Anbetracht der Komplexität nicht nur kostenseitig gut vertretbar ist, sondern zugleich auch architektonisch höchst überzeugend und diszipliniert umgesetzt wurde. **DK**

Ein Plädoyer für mehr Nachhaltigkeit im Bauwesen

Rohstoffe und Wasser werden knapper, Müllberge wachsen und der Klimawandel ist Fakt. Deshalb ist nachhaltiges Wirtschaften das Gebot der Stunde. Das gilt ganz besonders für die Baubranche. Denn dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zufolge fallen über ein Drittel des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen sowie die Hälfte des Abfallaufkommens im Bausektor an. Das Institut Bauen und Umwelt e.V. (IBU) ist angetreten, diesen Trend zu stoppen und Nachhaltigkeit im Bauwesen zu fördern.

Das IBU ist ein Zusammenschluss von Bauprodukterstellern, die Nachhaltigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten und sich dabei selbst in der Pflicht sehen. Von „umweltfreundlichen Bauprodukten“ ist dabei allerdings nicht die Rede. Denn: „Ein Bauprodukt ist kein Endprodukt. Sein Einfluss auf die Umwelt hängt von vielen Faktoren ab und wird erst auf Gebäudeebene erschichtlich“, erklärt Dr. Burkhard Lehmann, Geschäftsführer des IBU. Ein zwei- oder dreifach verglastes Fenster zum Beispiel verbraucht zwar mehr Ressourcen und auch mehr Energie beim Herstellungsprozess als ein einfaches verglastes. Doch während der Nutzungsphase im Gebäude spart es aufgrund der besseren Wärmedämmung viel Energie ein.

Um solche Wirkungen sichtbar zu machen, erstellen IBU-Mitglieder Umwelt-Produktdeklarationen (engl.: Environmental Product Declaration; kurz EPD). Sie liefern vollständige und geprüfte Informationen über eine Vielzahl von Eigenschaften und über die Umwelteinflüsse eines Bauprodukts - und zwar häufig über den gesamten Lebensweg. EPDs sind somit eine wesentliche Datengrundlage für Gebäudezertifizierungssysteme.

„Mit EPDs machen Hersteller die eigene Produktion transparent“, so Lehmann. „Die Erstellung von EPDs führt zwangsläufig dazu, tiefer in das Thema

Nachhaltigkeit einzusteigen.“ So würden nicht nur die Produktionsprozesse, sondern auch das unternehmerische Handeln auf den Prüfstand gestellt. Wie zum Beispiel bei der Lindner Group, einem der jüngsten Mitgliedsunternehmen des IBU.

Das Familienunternehmen ist Spezialist in Sachen Innenausbau, Fassadenbau und Isoliertechnik und betreibt neben dem Hauptsitz im bayerischen Arnstorf Produktionsstätten und Tochtergesellschaften mit 6.000 Mitarbeitern in mehr als 20 Ländern. Bereits seit über vier Jahren erstellt das Unternehmen Selbstdeklarationen für seine Produkte, um „darin die für die Gebäudezertifizierungssysteme relevanten Aussagen abzubilden“, wie Marcel Gröpler, Koordinator der hauseigenen Abteilung Green Building, sagt.

Am Unternehmensstandort Dettelbach spielt das Thema Green Building eine besondere Rolle. Hier erstellte ein fachkundiges Mitarbeitersteam die erste Ökobilanz des Unternehmens. Und so kam die Anfrage eines Kunden nach einem Doppelbodensystem für den Flughafen Oslo Gardermoen gerade zur rechten Zeit. Denn: Voraussetzung für die Auftragserteilung war eine EPD für das zu liefernde System. EPDs werden auf Basis von Ökobilanzen erstellt. Somit war der erste Schritt bereits getan. Der zweite Schritt bestand darin, Mitglied des IBU zu werden, um im An-

schluss an die Erstellung der EPD diese von unabhängigen Dritten verifizieren und danach vom IBU veröffentlichen zu lassen.

Im Zusammenhang mit der EPD-Erstellung wurde das Doppelbodensystem im Hinblick auf Nachhaltigkeitsansprüche analysiert. Ein Pluspunkt: Die Gipsfaserplatten sind vollständig recycelbar. Doch dazu muss es gar nicht erst kommen, denn aufgrund ihrer Langlebigkeit können die Platten nach ihrer ersten Nutzungsphase wiederaufbereitet und erneut verwendet werden. Der Spezialkleber, mit dem die Stahlstützen befestigt werden, bot Optimierungspotential. Und so wurde der Hersteller in die Pflicht genommen, der daraufhin seine Rezeptur verändert hat, sodass keine umweltrelevanten Emissionen austreten.

Was bei Lindner mit den Selbstdeklarationen begonnen hat, wurde mit der ersten Ökobilanz und der darauf basierenden ersten EPD, der weitere folgen sollen, konsequent weitergeführt. „Unser Standort soll bis 2020 abfallfrei und CO₂-neutral produzieren“, so die Vision des Geschäftsführers Ralph Peckmann. Der Weg dorthin ist längst beschritten: Die neue Alpha-Anlage führt die jährlich etwa 12.000 Tonnen im Werk anfallenden Gipsstäbe vollständig in den Produktionsprozess zurück und spart dabei energieintensive Arbeitsgänge ein. Somit verfügt der Standort bereits jetzt über geschlossene Kreisläufe in den Bereichen Wasser und Gips. Zudem werden der Bedarf an Frischgips bzw. REA-Gips, einem bei der Abgasreinigung in Koblekraftwerken gewonnenen Nebenprodukt, und damit verbundene Transportkosten reduziert. All das wird in der EPD abgebildet. □

Neuregelung bei RZWas:

Härtefallförderung für Sanierungen bei Kanal und Wasser

Das bayerische Umweltministerium beabsichtigt eine Härtefallförderung bei der Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen im Rahmen der neuen RZWas 2016. Der Bayerische Städtetag stimmt dem grundsätzlich zu. Die RZWas soll voraussichtlich im März rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft treten und bis Ende 2019 gelten.

Zum Ende des Jahres 2015 ist die Regelförderung für die Ersterschließung von Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ausgelaufen. Weit über 90 Prozent der bayerischen Bevölkerung sind damit an Wasserversorgungsanlagen und Kläranlagen angeschlossen.

Diese Anlagen müssen regelmäßig gewartet und erneuert werden, was insbesondere in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang teilweise zu hohen Kostenbelastungen für die Bevölkerung führen kann. Um den Weg für eine Förderung zu öffnen, hat der Bayerische Städtetag in den Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich zugestimmt, jährlich 30 Millionen Euro aus Mitteln des Kfz-Steuerverbundes zur Verfügung zu stellen. Die neue Sanierungsförderung soll sich an Schwellenwerten orientieren, die auf die bisherigen Investitionskosten Bezug nehmen.

Schwellenwerte

Auf der Basis einer Umfrage bei 330 Städten und Gemeinden in Bayern hat das Umweltministerium die Investitionskosten der letzten 20 Jahre pro Einwohner ermittelt. Auf dieser Basis wurden Schwellenwerte festgelegt, ab deren Überschreiten eine Förderung einsetzt für Sanierungen bestehender Trinkwasseranlagen, Trinkwasserspeicher, Kläranlagen, Pumpwerke, Regenbecken und den erstmaligen Bau von Verbundleitungen für Wasserversorgungsanlagen für den Fall des Zusammenschlusses zu größeren Einheiten, sowie für Verbundkanäle anstelle der Sanierung von Kläranlagen. Ab 4.100 Euro pro Einwohner für Investitionen in Wasser- und Abwasseranlagen, ab 2.150 Euro für die Investitionen in Wasserversorgungsanlagen und ab 3.350 Euro für die

Investition in Abwasserentsorgungsanlagen sollen Härtefallförderungen gewährt werden.

Da diese Förderung nur für Härtefälle gelten kann, hat der Bayerische Städtetag das Umweltministerium aufgefordert, zwei wichtige Kriterien für das neue Förderprogramm festzulegen: Die zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Kfz-Steuerverbund sollen zunächst auf 30 Millionen Euro pro Jahr festgesetzt werden. Das Umweltministerium hatte bei der Vorbereitung der Härtefallförderung im Bayerischen Landtag stets die Auffassung vertreten, dass 30 Millionen Euro pro Jahr für die Härtefallförderung ausreichen würden. Die Mittel werden aus dem Kfz-Steuerverbund entnommen, der auch andere wichtige kommunale Förderbereiche finanziert, beispielsweise den Straßenunterhalt.

Fördervoraussetzung

Zudem will der Bayerische Städtetag erreichen, dass die Einhaltung des Kostendeckungsprinzips durch Beiträge und Gebühren Fördervoraussetzung ist. Unterdeckungen bei den kostenrechnenden Einrichtungen sollen in der Regel nicht durch Fördermittel ausgeglichen werden, wenn dadurch Finanzmittel anderen Bereichen entzogen werden, die nicht kostendeckend funktionieren, wie etwa der Straßenunterhalt. In der Regel sollten dann Gemeinden, die bewusst Unterdeckungen bei kostenrechnenden Leistungen in Kauf nehmen, keine Fördermittel erhalten und somit gegenüber Gemeinden mit kostendeckenden Einrichtungen nicht begünstigt werden. Andernfalls würden Gemeinden benachteiligt, die über Jahre hinweg darauf geachtet haben, ihre Einrichtungen über Beiträge und Gebühren kostendeckend zu betreiben. **IDBSt**

Bundesratsbeschlüsse als wichtige Signale

BDEW zu Breitbandkabel-Verlegung und Oberflächengewässer-Verordnung

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung auf Initiative Nordrhein-Westfalens Forderungen zur Novelle der Oberflächengewässerverordnung verabschiedet. Zudem lehnt der Bundesrat in einem jüngst verabschiedeten Beschluss die zwangsweise Nutzung von Abwasserkanälen zur Verlegung von Breitbandkabeln ab.

Hierzu erklärt Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser: „Der Bundesrat setzt mit seinen Beschlüssen wichtige Signale für den Schutz unserer Trinkwasserressourcen und für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung.“

Die ablehnende Haltung des Bundesrates mit Blick auf eine mögliche Verlegung von Breitbandkabeln in Abwasserkanäle sei konsequent: „Völlig ungeklärt ist die Frage, wie eine notwendige Erneuerung oder Sanierung – also Bauarbeiten – der Kanäle ohne Beeinträchtigung der Breitbandkabel durchgeführt werden könnten. Das ständig anfallende Abwasser muss jederzeit in erster Linie im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sicher entsorgt werden können. Breitbandkabel im Abwassernetz dürfen nicht zur Pflicht werden. Beim Breitbandausbau muss der Gesundheitsschutz der Bevöl-

kerung oberste Priorität haben.“ Zu den vom Bundesrat verabschiedeten Beschlüssen zur Novelle der Oberflächengewässerverordnung sagte Weyand: „Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung des Bundesrates, die Arzneimittel-Hersteller zur Veröffentlichung umfangreicher Informationen zur Abbaubarkeit und Umweltrelevanz von Arzneimittelwirkstoffen sowie über das Ausmaß möglicher Umweltbeeinträchtigungen zu verpflichten. Daraus möglicherweise abzuleitende Änderungen im Arzneimittelrecht, beispielsweise bezüglich der Zulassung von Arzneimitteln oder deren Medikation, wären dann folgerichtig im Sinne des Verursacherprinzips. Das gilt auch für die zu Recht geforderte Übernahme der finanziellen Verantwortung der Hersteller für durch den Einsatz von Arzneimitteln entstandene Um-

weltschäden.“ □



Damit das Altrrohr das neue GFK-Rohr aufnehmen kann, müssen die Verformungen des Altrrohres mit Hilfe eines Hydraulikstempels rückgängig gemacht werden.

Foto: DIRINGER&SCHEIDEL ROHRSANIERUNG

Neue Druckrohrleitung für Dillenburg Wasserwerk:

Spezialeinsatz im Wasserschloss

Im Rahmen von umfassenden Renovierungsarbeiten an einem in Privatbesitz befindlichen Wasserkraftwerk im hessischen Dillenburg hat die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG eine Druckrohrleitung aus genietetem Stahl saniert. Die Maßnahme war nötig geworden, da die alte Leitung DN 1800 durchgängig Korrosionsschäden aufwies und zudem auf einem rund 5 m langen Teilstück stark deformiert war. Nach Prüfung verschiedener Verfahren und mit Blick auf die statischen Erfordernisse entschied sich der Eigentümer für ein sogenanntes Kurzrohrlining, bei dem GFK-Rohre DN 1600 ins Altrrohr eingezogen wurden.

Das Ergebnis ist eine statisch selbsttragende und neuwertige Rohrleitung, deren Erstellung sich aufgrund des geringen Aufwands an Tiefbauarbeiten sowie einer relativ kurzen Bauzeit auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechnet hat.

Umfangreiche Modernisierung

Immobilienkäufer wie den von Andreas Rauh dürften die meisten von uns nur aus dem Brettspiel „Monopoly“ kennen: 1998 haben die Eheleute Rauh sich ein Wasserkraftwerk gekauft. „Alt, aber betriebsbereit“ sei das um 1900 gebaute Werk gewesen, von dessen Betrieb sich die neuen Besitzer ein Nebeneinkommen versprochen. Jedoch war der Preis, den die Rauhs für den eingespeisten Strom erzielen, nicht zufriedenstellend. Allerdings bietet das Erneuerbare-Energien-Gesetz hier Chancen: Wird modernisiert, dürfen sich die Betreiber förderfähiger Anlagen über ein kräftiges Plus pro erzeugter kWh freuen. Voraussetzung ist, dass eine genehmigungspflichtige Maßnahme durchgeführt wird, durch die das Leistungsvermögen der Anlage gesteigert wird. Alternativ kann der Betreiber eine nicht genehmigungspflichtige Maßnahme durchführen – in diesem Fall muss die Leistungssteigerung bei mindestens 10 % liegen.

Der Bauherr entschied sich zugunsten der ersten Variante: Ein neues, verlustarmes Rechenbauwerk wurde geplant; zudem galt es, im Zuge der Baumaßnahme eine 1800er Druckrohrleitung zu sanieren. Die hatte sich, vermutlich durch den Erddruck oder schon bei der Herstellung, auf einem etwa 5 m langen Teilstück verzogen und war „verrostet, verformt und in der Wandstärke geschwächt“, erinnert sich Rauh.

Know-how und Wirtschaftlichkeit

Im Vorfeld prüfte der Bauherr mehrere Sanierungsverfahren. Dass nur ein grabenloses Verfahren in Frage kam, war klar, da die zu sanierende Leitung vollständig unter dem Fundament eines Industriegebäudes verläuft. Schließlich fiel die Wahl auf eine Sanierung mittels Kurzrohrlining mit GFK-Rohren DN 1600, Druckklasse PN

VKU-Empfehlungen:

Für nachhaltigen Wasserschutz

In der gesellschaftlichen Debatte über die Sicherheit des Trinkwassers und auch über die Reinigungsleistung der Kläranlagen nimmt das Thema Spurenstoffe einen immer größer werdenden Raum ein. Aus diesem Grund hat der VKU eine Broschüre mit dem Titel „Für einen nachhaltigen Schutz unseres Wassers“ veröffentlicht. Ziel ist es, in der Debatte auf die Position der kommunalen Wasserwirtschaft aufmerksam zu machen.

In den Gewässern finden sich heute unterschiedlichste Schadstoffe wie beispielsweise Rückstände von Haushaltschemikalien, Körperpflegeprodukten, Arzneimitteln oder Pflanzenschutzmitteln. In der Regel sind sie nur in sehr geringen Mengen nachweisbar. Daher werden sie als Mikroverunreinigungen oder Spurenstoffe bezeichnet. Aus Sicht der kommunalen Wasserwirtschaft ist es erforderlich, die Einträge von Mikroverunreinigungen in Gewässer künftig zu verringern. Maßnahmen, um diese Stoffe zu vermeiden und zu verringern, sollten zuerst bei dem Verursacher des Schadstoffs und an der Quelle seiner Entstehung ansetzen.

Vorsorge- und Verursacherprinzip umsetzen

Vor diesem Hintergrund setzt sich der VKU dafür ein, dass Vorsorge- und Verursacherprinzip konsequent umgesetzt werden: „Wir brauchen eine Vermeidung von Einträgen an der Quelle sowie eine verursachergerechte Beteiligung an den Kosten für die Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung. Schwer abbaubare Stoffe, sogenannte persistente Stoffe, gehören nicht in die Umwelt und sollten durch weniger gefährliche Stoffe ersetzt oder in ihrer Einsatzmöglichkeit und -menge eingeschränkt werden.“

Bei Maßnahmen zur Verbesserung des Gewässerzustands müsse gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie jeweils die kosteneffizienteste Kombination von Maßnahmen gewählt werden, fordert der VKU. Zu beachten sei die Gesamtbilanz aller Stoffeinträge. Vierte Reinigungsstufen in kommunalen Kläranlagen können

Aufschwimmen des Rohrstranges bei der abschließenden Ringraumverfüllung zu verhindern. Zum Abschluss der Arbeiten zieht auch Bauherr Andreas Rauh ein positives Fazit. Trotz der vergleichsweise umfangreichen Vorbereitungsarbeiten war das Bauvorhaben in kurzer Zeit abgewickelt: Acht Tage reichten den Profis von der D&S Rohrsanierung, um das Projekt erfolgreich abschließen zu können. □

ten trotz des erheblichen Energie- und Ressourceneinsatzes nur einen Teil der Spurenstoffe auf dem Abwasserpfad zurückhalten.

Falls eine Vermeidung an der Quelle nicht möglich ist, müsse der Verbraucher sensibilisiert und ihm die Möglichkeit gegeben werden, Produkte in Bezug auf ihre Gewässerbelastung zu bewerten bzw. auszuwählen. „Dazu soll für alle Produkte, die Inhaltsstoffe enthalten, die als prioritäre Stoffe gewässerrelevant sind, eine Produktkennzeichnungspflicht eingeführt werden.“

Auf Verpackung oder Beipackzettel sollten laut VKU Informationen zu den Auswirkungen der Wirkstoffe auf Umwelt und Gewässer und zu den daraus folgenden Konsequenzen für die Anwendung des Produktes aufgeführt werden. Weitere Maßnahmen müssten im Bereich der Produktverantwortung der Hersteller, insbesondere bei neu auf den Markt gelangten Stoffen, liegen. Hierfür sollten verstärkt Rücknahmeverpflichtungen der Hersteller bzw. derjenigen, die das Produkt in den Verkehr bringen, vorgesehen werden.

Produktverantwortung

Der Verband plädiert aufgrund der Erfahrungen seiner Mitglieder dafür, dass die Hersteller die Wirkung des Produktes auf Umwelt und Gewässer auch nach dessen Anwendung weiter überwachen und beim Auftreten von Umweltbelastungen eine Anpassung der Zulassung erfolgt (Nachzulassungsmonitoring). Zudem sollten hierbei auch insbesondere Einträge in Oberflächengewässer untersucht werden.

Weiter setzt sich der VKU dafür ein, dass geprüft wird, inwieweit die gesetzlichen Vorgaben zur Indirekteinleitung und insbesondere die Allgemeinen Entsorgungsbedingungen dem Stand der Technik und dem vorhandenen Wissen zu entsprechen. In diesem Zusammenhang sollte dem Abwasserbeseitigungspflichtigen und Aufgabenträger das Recht eingeräumt werden, die für öffentliche Abwassersysteme vorsorglich zu definierenden Einleitungsbedingungen auch durchsetzen zu können. **DK**

COMPACT PIPE GRABENLOS GUT!

DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG

11X IN DEUTSCHLAND | WWW.DUS-ROHR.DE

Landkreis Regensburg:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen, sind die bayerischen Kommunen verpflichtet, ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept zu erarbeiten. Diese Aufgabe wird der Landkreis Regensburg zusammen mit dem BASIS-Institut in Bamberg erfüllen. Mit einer großen Auftaktveranstaltung hat Landrätin Tanja Schweiger jüngst den Startschuss für das seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Regensburg gegeben.

„Die Verschiebung in der Altersstruktur hat zur Folge, dass wir die Bedürfnisse und Belange von Seniorinnen und Senioren in vielen Lebensbereichen zukünftig viel stärker als bisher berücksichtigen müssen. Mit der Erarbeitung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts wollen wir den Herausforderungen, die der demografische Wandel mit sich bringt, aktiv begegnen. Wir wollen noch bessere Rahmenbedingungen schaffen, die es unseren Senioren und Seniorinnen möglich machen, so lange wie möglich ihr Leben selbstbestimmt, eigenständig und aktiv zu gestalten. Das Konzept soll dabei als Leitfaden beziehungsweise Arbeitskatalog für eine nachhaltige Seniorenpolitik im Landkreis dienen“, so die Landrätin zu den rund 90 Anwesenden im großen Sitzungssaal des Regensburger Landratsamtes.

Vorhandene Angebote für Senioren erfassen

Ihrer Einladung zum Startschuss für das seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis waren unter anderem die Seniorenbeauftragten des Kreistages und der Gemeinden, Nachbarschaftshilfe-Vereine, Vertreter von Pflegeeinrichtungen und Sozialgenossenschaften im Landkreis sowie die Mitglieder des Begleitgremiums - welches die einzelnen Schritte bei der Erarbeitung des Konzepts koordiniert - gefolgt.

Anhand des Konzepts sollen vorhandene Angebote für Senioren und mögliche Handlungsfelder für die Zukunft erfasst beziehungsweise nachhaltig umgesetzt werden. Thematische Schwerpunkte werden sein:

- Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung
- Wohnen zu Hause (u. a. Infrastruktur, Technik im Alter)
- Angebote für besondere Zielgruppen
- Freizeit, Sport, Reisen, Erholung, Bildung und Kultur (hierzu auch präventive Angebote, Gesundheitsförderung, etc.)
- Bürgerschaftliches Engagement
- Betreuung und Pflege
- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
- Hospiz- und Palliativversorgung
- Qualitätsprüfung und -sicherung in der Seniorenarbeit
- Ambulant vor Stationär

Experteninterviews und Workshops

Bei der Konzepterstellung sollen alle 41 Landkreis-Gemeinden, alle Institutionen und Verbände im Bereich der Seniorenarbeit sowie die Bürgerinnen und Bürger mitwirken. Dazu werden Fragebögen an die Bürger und Kommunen ausgegeben, Experteninterviews durchgeführt und Workshops eingerichtet. Die Themen und Rahmenbedingungen dazu wird ein Begleitgremium festlegen. Ende des Jahres sollen dann Bürgergespräche in den Gemeinden stattfinden. Durch Auswertung von vorhandenem Zahlenmaterial wird parallel zur Konzepterstellung eine Pflegebedarfsplanung für den Landkreis erstellt. Den Ab-

schluss der Konzeptentwicklung, die in etwa ein Jahr in Anspruch nehmen wird, bildet dann die Veröffentlichung des Konzeptes - inklusive Kurzversion in leichter Sprache - auf der Homepage

Baumwipfelpfad Steigerwald öffnete seine Pforten

Nur acht Monate nach dem Spatenstich hat Staatsminister Helmut Brunner jüngst den Baumwipfelpfad Steigerwald feierlich eröffnet. Nach einer Feierstunde mit mehr als 300 Gästen waren die Tore des Baumwipfelpfades beim anschließenden Tag der offenen Tür für alle Besucher geöffnet.

Nach nur acht Monaten Bauzeit hat Forstminister Helmut Brunner den Baumwipfelpfad Steigerwald seiner Bestimmung übergeben. Als erster offizieller Besucher war er sichtlich beeindruckt von dem Bauwerk und dem grandiosen Ausblick: „Die kelchförmige Konstruktion ist ein Aushängeschild des modernen Ingenieur-Holzbaus und zeigt mit 42 Metern Höhe auf beeindruckende Weise das Potential des traditionellen Baustoffes Holz.“

Aussicht in 42 Meter Höhe

Auf einer Länge von 1.150 Metern schlängelt sich der Pfad durch einen naturnahen Laubmischwald zum Turm und schließlich bis auf eine Höhe von 42 Meter. Oben, auf dem sich kelchförmig öffnenden Turm angelangt, werden die Besucher mit einer herrlichen Aussicht über den ganzen Steigerwald belohnt. Unterwegs sorgen Infotafeln, Unterhaltungselemente und Spielstationen dafür, dass die Gäste über das pure Naturerlebnis hinaus auch ihr Wissen über den Naturraum Wald sowie dessen Pflege und Bewirtschaftung erweitern können.

Ergänzt wird das Informationsangebot mit einer eigens programmierten App für Mobiltelefone, die vor Ort kostenlos installiert werden kann. Die App bringt mit Quizfragen, kleinen Spielen und Augmented-Reality-Elementen, also der digitalen Erweiterung des Waldes um den Pfad, den Besuchern Wald und Forstwirtschaft näher.

Mit dem Baumwipfelpfad wird die Kulturlandschaft Steigerwald um eine große Attraktion bereichert. Für die Besucher werden ansonsten nicht erreichbare Ebenen des Ökosystems Wald im Stamm- und Kronenbereich zugänglich gemacht.

„Es war uns besonders wichtig, Wald, Natur und auch die Nutzung des Waldes nicht nur aus neuen Blickwinkeln zu zeigen, sondern gleichzeitig auch zu erklären. Vor allem die neu entwickelte App soll den Besuchern die forstliche Welt auf neue Art erschließen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Staatsforsten Martin Neumeyer.

„Die Holzbauweise des Pfades ist ein beeindruckendes Beispiel für die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten des Wertstoffes Holz, der in den Wäldern vor unserer Haustüre immer wieder nachwächst.“

Gerade auch in Verbindung mit dem Steigerwald-Zentrum erhofft sich Marion Langenbacher, die Leiterin des Baumwipfelpfades, zahlreiche Besucher. „Die Kom-

des Landkreises Regensburg. Im seniorenpolitischen Gesamtkonzept werden auch konkrete Handlungsempfehlungen für die einzelnen Landkreis-Gemeinden enthalten sein. „Die Einbindung der Bürger und Kommunen, aber auch des Fachpersonals und der Ehrenamtlichen vor Ort ist uns ein besonderes Anliegen. So möchten wir die Nachhaltigkeit des Projektes sicherstellen“, erklärte Josef Seidl, Leiter der Servicestelle für Senioren und

Handthal, das über einen direkten Verbindungsweg mit dem Baumwipfelpfad verbunden ist. Erleben und Erfahren Der Besuch des neuen Baumwipfelpfades im Steigerwald ist vor allem ein Erlebnis. Wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzepts ist aber darüber hinaus die Verknüpfung von Erleben und Erfahren. Durch spielerisch aufbereitete Bildungs- und Informationsangebote zeigt der Baumwipfelpfad auf, wie die Forstwirtschaft beispielgebend ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Belange in Einklang bringt. Weitere Informationen unter: www.baumwipfelpfadsteigerwald.de

Vorzeigeprojekt Schwäbisches Donaumoos

CDU/CSU-Fachgespräch im Bundestag

Auf Einladung des örtlichen Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüblein hatte der Leipheimer Bürgermeister Christian Konrad in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos e.V. die Gelegenheit, das schwäbische Projekt im Rahmen einer Fachkonferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag in Berlin vorzustellen. Begleitet wurde Konrad vom Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Dr. Ulrich Mäck.

Diese Fachkonferenz unter dem Titel „Nationale Herausforderung Biodiversität und Artenschutz“ hatte Nüblein als u.a. für Umwelt- und Naturschutz zuständiger stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion initiiert. Zentrale Thematik der Veranstaltung war die Frage, wie die Artenvielfalt in Deutschland im Spannungsfeld zwischen Natur- und Umweltschutz einerseits und der dichten Besiedelung der Menschen mit all ihrem technologischen Fortschritt und ihrem hohen Lebensstandard andererseits erhalten werden kann.

Win-Win-Situationen

Schnell war unter allen beteiligten Experten Konsens, dass ein erfolgreicher Arten- und Biodiversitätsschutz nur im gesellschaftlichen Miteinander gelingen könne. In diesem Sinne machte Fraktionsvize Nüblein klar, dass die zwischen Naturschutz und Landwirtschaft auftretenden Interessenskonflikte nur lösbar seien, wenn „Win-Win-Situationen“ geschaffen würden: „Wenn wir wollen, dass unsere Landwirte noch mehr für den Artenschutz tun, dann müssen wir sie dabei auch unterstützen und entsprechende wirtschaftliche Anreize setzen.“

Bürgermeister Konrad berichtete - exemplarisch für ein erfolgreiches Renaturierungsprojekt in Deutschland - von der gelungenen Wiedervermischung der Moorlandschaft im Donaumoos. Der

Menschen mit Behinderung im Landratsamt und Mitglied im Begleitgremium.

Begleitgremium

Ein Begleitgremium, das sich aus Mitarbeitern des Landratsamtes (Sozialabteilung, Gesundheitsamt und Bauamt), Seniorenbeauftragten des Kreistages und der Gemeinden, politischen VertreterInnen, VertreterInnen der Non-Profit-Organisationen und ehrenamtlich Tätigen im Landkreis zusammensetzt, soll die Entwicklung des Konzepts koordinieren. Das Gremium, das im Anschluss an die Auftaktveranstaltung zum ersten Mal getagt hat, soll sich etwa fünf Mal treffen.

Weitere Informationen unter: spgk.landkreis-regensburg.de

Stärkung der niederbayerischen Grenzregion

Weiden/Landshut/Freyung/Regen. Eine Stärkung der ländlichen Region und eine Stärkung von Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken - das bedeutet die Entscheidung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, die Staatsminister Dr. Markus Söder jüngst in Weiden bekanntgab: Er überreichte Förderbescheide für Beratungsbüros in Niederbayern, die Oberpfalz und Oberfranken. Diese Büros wirken künftig bei Beratungen und Empfehlungen über EU-Fördermöglichkeiten mit. Die niederbayerischen Beratungsbüros werden in Freyung und in Regen eingerichtet werden.

Söder hatte in Weiden zusammen mit der Ministerin für Regionale Entwicklung, Frau Karla Šlechtová, Eckpunkte des lang erwarteten Entwicklungsgutachtens für den bayerisch-tschechischen Grenzraum vorgestellt.

Mit jeweils 90 Prozent fördert das Staatsministerium die neuen Stellen in Niederbayern, mit denen das Entwicklungsgutachten vor Ort umgesetzt werden soll. „Das Gutachten und die Maßnahmen werden die Grenzregion stärken“, ist sich Niederbayerns Bezirktagspräsident Dr. Olaf Heinrich sicher. „Die Einrichtung der Büros ist eine wegweisende Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in den ländlichen Raum. Künftig kann in der Region mitentschieden werden, welches Projekt gefördert wird. Das ist ein Paradigmenwechsel. Das ist ein tolles Signal für den Bayerischen Wald und Niederbayern“, freute sich Dr. Heinrich. „Auch die bereits exzellenten Wirtschaftsbeziehungen nach Tschechien werden durch die geplanten Maßnahmen verstärkt.“

Die Förderberatungsstelle, die ab April 2016 in Freyung neu geschaffen wird, wird u. a. Unternehmen sowie sämtlichen kommunalen, staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen EU-Fördermöglichkeiten aufzeigen und Antragsteller über die Förderprogramme im Bereich INTERREG-B (Schwerpunkt Donaumoos und Mitteleuropa), INTERREG Europe und Start Transnational beraten.

Hinzu kommt in Freyung eine Stelle „Netzwerkmanagement“. Ihr Aufgabenschwerpunkt wird sein, alle bestehenden Netzwerke, Regionalmanagements und grenzüberschreitende Aktivitäten zu identifizieren und den Grenzraum Bayern-Böhmen stärker zu vernetzen. Vor allem die Verbindung von Wissenschafts- und Wirtschaftskooperationen soll vorangetrieben werden. In Regen wird eine Stelle mit Schwerpunkt „Tourismus und Kultur“ gefördert.

Seit Juni 2014 wurde das Entwicklungsgutachten für den bayerisch-tschechischen Grenzraum mittels Interviews und Bedarfsabfragen mit der „Grontmij Agentur“ sowie regionalen Akteuren und Initiativen erstellt. Dabei wurden Potenziale und Bedürfnisse des ländlichen Grenzraums analysiert und darauf aufbauend folgende Projektfelder herausgearbeitet:

- Ausbau der Verkehrsachsen neben der Straße (Vernetzung des ÖPNV und eine Verbesserung sowie Ausbau des Schienen-

- und der Wasserverkehrswege)
- Verbessertes Breitband- und Mobilfunknetz
- Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur auch durch Behördenverlagerungen
- Vernetzung der Wirtschaft, grenzüberschreitendes Standortmarketing
- Zusammenarbeit von Wissenschaft und Hochschulen (Ausbau Hochschulnetzwerk Bayern-Tschechien, Weiterentwicklung der Idee einer Bayerisch-Tschechischen Universität)
- Förderung der Fremdsprachenkompetenz, Förderung der Nachbarsprachen
- Vermarktung des grenzübergreifenden Tourismus (z. B. die Nationalparks Bayerischer Wald/Šumava)

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V. l.: Dr. Ulrich Mäck, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos e.V.; Dr. Georg Nüblein, MdB, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Christian Konrad, 1. Bürgermeister der Stadt Leipheim und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos e.V.

Kommunales Bildungsmanagement:

Vernetzung mit neuen Kräften

Für eine noch bessere und nachhaltige Bildungsarbeit machen sich zahlreiche Kommunen im Freistaat stark. Dazu sollen die kommunalen Angebote im Rahmen einer bildungspolitischen Strategie zusammengeführt und besser aufeinander abgestimmt werden, wie nachfolgende Beispiele zeigen.

So haben in der jüngsten Kreis- und Ausschusssitzung des Landkreises Bamberg die Mitglieder einstimmig beschlossen, dass eine Antragsstellung beim Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erfolgt sowie eine Stelle „Bildungskoordinator für Neuzugewanderte“ eingerichtet wird.

Beispiel Landkreis Bamberg

„Ich halte es für zwingend notwendig, die Bildungsmaßnahmen für Neuzugewanderte zu koordinieren, um eine strukturierte Bildungslandschaft entstehen zu lassen, die es Neuzugewanderten ermöglicht, die passenden Angebote zu erreichen und sich für Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt fit zu machen. Denn nur durch Bildung und Teilhabe kann langfristige Integration gelingen und das Potenzial der Neuzugewanderten für unsere Gesellschaft nutzbar gemacht werden“, unterstrich Landrat Johann Kalb. Mit der Einrichtung der Stelle des Bildungskoordinators stellt man sich den Herausforderungen, die sich für den Landkreis Bamberg durch die große Zahl von Neuzugewanderten, vor allem von Asylsuchenden, in den vergangenen zwei Jahren ergeben haben. Das macht eine Koordinierung der Bildungsangebote für diese Zielgruppe unumgänglich.

Hierfür spricht beispielsweise, dass sich die Zahl der Flüchtlings-Vorklassen zum Berufsintegrationsjahr (BI/V) von einer (2014/2015 mit 18 Schülern) auf aktuell zehn Klassen mit ca. 180 Jugendlichen erhöht. Zudem weisen bereits verschiedene Akteure ein breites Angebot an Bildungsangeboten auf, vor allem im Bereich der Deutschkurse. Jedoch kann hier kaum von einem koordinierten Vorgehen gesprochen werden. Vielmehr zieht die mangelnde Abstimmung Lücken in der Angebotsstruktur sowie Überangebote nach sich. Daraus ergeben sich folgende vier Hauptaufgabenfelder des Bildungskoordinators: Aufbau kommunaler Koordinierungsstrukturen und -gremien, Identifizierung und Einbindung der relevanten Bildungsakteure, Herstellung von Transparenz über Akteure und Angebote sowie die Beratung von Entscheidungsinstanzen und Kommunen.

Die Stelle des Bildungskoordinators soll als Vollzeitstelle angelegt werden. Der Projektbeginn ist für den 1. Juli 2016 vorgesehen. Zudem wird die Stelle mit dem kommunalen Bildungsmanagement organisatorisch und inhaltlich eng verknüpft sein. Daher werden diese Stellen gebündelt im Bildungsbüro angesiedelt.

Erst im Januar 2016 wurde mit der Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement, deren Regionalbüro Nord bei der Europäischen Metropolregion Nürnberg angesiedelt ist, eine Zielvereinbarung unterzeichnet, um die Eckpfeiler der zukünftigen Zusammenarbeit festzuhalten und ein Bildungsmanagement in Form eines Bildungsbüros einzurichten. Im Rahmen von „Bildung integriert“ wird nun auch die Stelle des Bildungskoordinators vom BMBF gefördert.

Das Bildungsbüro wird sämtliche Angebote von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung in den Blick nehmen. Es soll unsere Entwicklungsbereiche im Bildungsbereich definieren und Strategien erarbeiten“, beton-

te Dr. Christian Lange, Zweiter Bürgermeister und Referent für Bildung, Kultur und Sport der Stadt Bamberg.

Bei der Entwicklung will Lange das lebenslange Lernen in den Vordergrund stellen und Angebote, die über die klassische Schulbildung hinausreichen, mit einbeziehen. „Die kulturelle Bildung könnte ein wichtiges Vehikel für die Bewältigung der aktuellen und künftigen Integrationsaufgaben sein. Unser Schul- und Kulturservice ist ein gutes Beispiel, wie dieser Bildungsbereich weiter gestärkt werden kann. Wichtig ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Bamberg, mit dem wir das Serviceangebot in der Vermittlung von kulturpädagogischen Angeboten für Schulen und Kindertageseinrichtungen gemeinsam betreiben. Mit der geplanten Kooperation im kommunalen Bildungsmanagement werden sicherlich beide Kommunen von den Stärken des jeweils anderen profitieren“, zeigte sich der Bürgermeister zuversichtlich.

Für Dr. Christa Ständcker, Geschäftsführerin der Europäischen Metropolregion, steht die verstärkte Kooperation stellvertretend für die Zusammenarbeit von Stadt und Land in der Metropolregion: „Von einer dynamischen Balance zwischen den Städten und Landkreisen profitieren letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Bildungsbedarfe machen ja nicht an den Grenzen der Gebietskörperschaften Halt. Deshalb freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg, die sicher auch anderen Kommunen wichtige Impulse geben kann. Die Transferagentur unterstützt Kommunen, in dem sie gelungene Projekte und Erfahrungen sammelt und vermittelt.“

Landkreis Landsberg a. Lech

Auch der Landkreis Landsberg am Lech möchte mit einer koordinierten Bildungsarbeit das Bildungsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger vor Ort stärken. Unterstützung erhält der Landkreis von der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement.

Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit wurden vom Amt für Jugend und Familie im Landratsamt und der Transferagentur Bayern gemeinsam erarbeitet und in einer Kooperationsvereinbarung festgehalten. Diese wurde von Landrat Thomas Eichinger und Tobias Schmidt, Koordinator der Transferagentur Bayern und Leiter des Münchner Regionalbüros, unterzeichnet.

Im Mittelpunkt steht der Ausbau des bestehenden Berichtswesens zu einem kommunalen Bildungsmonitoring, um geplante Maßnahmen im Bildungsbereich auf der Grundlage von Daten entwickeln und steuern zu können. Ziel des Landkreises ist es zudem, die Zusammenarbeit der lokalen Bildungsakteure weiter zu verbessern und ihre Bildungsangebote bestmöglich aufeinander abzustimmen. So soll eine größere Bildungsgerechtigkeit für alle Menschen im Landkreis ermöglicht werden, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Einen Schwerpunkt legt der Landkreis dabei auf die Gestaltung des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beruf.

Landrat Thomas Eichinger sieht in diesem Vorhaben einen großen Mehrwert für die gesamte

Region: „Landsberg am Lech ist ein stark wachsender Landkreis, den wir nachhaltig als Bildungs- und Wirtschaftsstandort festigen wollen. Wir sind überzeugt davon, dass wir mit einer verbesserten Bildungsarbeit langfristig auch die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger verbessern und den Landkreis als Standort stärken können.“

Stadt und Landkreis Regensburg

Für eine noch bessere und nachhaltigere Bildungsarbeit wollen sich überdies Stadt und Landkreis Regensburg stark machen. Jungen Menschen künftig die Bildungsangebote vorzuhalten, die für sie passen - dieses Ziel vor Augen trafen sich rund 230 Interessierte bei der Auftaktveranstaltung zur gemeinsamen Bildungsregion von Stadt und Landkreis im Gymnasium Lappersdorf. Wie Landrätin Tanja Schweiger dabei hervorhob, „ist es wichtig, dass beide beim Thema Bildung intensiv zusammenarbeiten“. Bereits in die Vorbereitung dieses ersten Treffens seien unzählige Arbeitsstunden investiert worden, so die Landrätin. Oberbürgermeister Joachim Wolbergs ergänzte: „Wir wollen, dass die Menschen in dieser Region gut leben. Dazu müssen wir es ihnen ermöglichen, dass sie sich gut ausbilden können.“

Die zu behandelnden Themen der Initiative Bildungsregion sind in folgende fünf Säulen unterteilt: 1. Übergänge ab Vorschulalter bis zur beruflichen Ausbildung und zum Beruf bzw. zum Studium hin organisieren und begleiten; 2. Schulische und außerschulische Bildungsangebote und Bildungsträger vernetzen – Schulen in die Region öffnen; 3. „Kein Talent darf verloren gehen – Jungen Menschen in besonderen Lebenslagen helfen“; 4. Bürgergesellschaft stärken und entwickeln – Familienbildung ausbauen, Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft schaffen, Ganztagsangebote mit Senioren und Vereinen vernetzen; 5. Herausforderungen des demo-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Oh wie wunderbar, Ostern steht wieder vor der Tür. Die Natur erwacht und die Seele wird runderneuert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, stand am offenen Fenster seines Büros und sog die frische Frühlingsluft buchstäblich in vollen Zügen ein.

Ja, Ostern ist wie eine Metapher auf die gegenwärtige Weltlage und die Wechselbäder, in denen man steckt, wenn man Nachrichten schaut oder die Zeitungen liest. Scheinbar aus jedem Absatz, jeder Zeile, schlägt einem Trauer, Verzweiflung und Schrecken entgegen. Schauen wir bloß nach Istanbul, als das alte Konstantinopel eine der schönsten Städte der Welt. Wie mag es sich anfühlen, wenn man frohgemut dort ein paar Tage verbringen will und dann kommt über Twitter die Warnung des Auswärtigen Amtes, man solle im Hotelzimmer bleiben. Kaum dass einem der



Wahlsiege, stürzen in Portugal, Spanien und Irland erfolgreiche Regierungen. Aber ist Angst, ist Furcht ein guter Ratgeber? Weder in der Politik, noch im privaten Leben.

Leben können wir auf Dauer weder in Furcht noch in der Erwartung, dass Schlimmes geschehen wird. Leben können wir nur in der Hoffnung und in der Erkenntnis, dass wir durch unser Verhalten mitbeeinflussen, in welche Richtung die Entwicklung geht.

Kurzum: Unsere Welt braucht das Ostererlebnis. Aus dem Verrat, der Falschheit, der Verzweiflung, der Not und der Hoffnungslosigkeit, die das Geschehen der Karwoche kennzeichnen, wird Hoffnung, Erlösung, Freude und Zuversicht, die den Kern der Osterbotschaft bilden. In der Ostergeschichte überwindet Jesus den Tod und verheißt den Menschen das ewige Leben.

Ostern zeigt, dass es immer einen Wendepunkt gibt, der vom Dunkeln ins Licht führt. Diese Erfahrung ist so alt wie die Menschheit selber. Sie wurzelt in der Beobachtung, dass Tag auf Nacht folgt, Frühling auf Winter. Die ältesten überlieferten Geschichten berichten über den Sieg des Guten über das Böse. Hoffnung ist dem Menschen viel tiefer in die DNA eingegraben als Verzweiflung, Mutlosigkeit und Fatalismus. Wir müssen uns nur von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass auch die Hoffnung eine Schwester hat: Die Tat. Wir können und müssen selber etwas tun, unseren Beitrag leisten, damit auch in unserer Zeit sich die uralte Menschheitserfahrung bestätigt, dass das Leben über die Kräfte der Zerstörung siegt.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist jedenfalls der Meinung, dass eine Menschheit, der eine so wunderbare Religion wie das Christentum geschenkt wurde, allen Anlass hat, hoffnungsfroh und optimistisch zu sein. Dazu maile ich dem Chef ein Zitat von Ernst Haushka: „Ostern ist die große Antwort Gottes auf die Frage des Menschen nach dem Sinn seines kleinen Lebens.“

Ich wünsche den Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Osterfest.

ihre
Sabriul

Hoffnung statt Furcht

Gedanke in den Kopf gekommen ist, da machten wieder ein paar übervorsichtige Bürokraten einen auf Panik, kommt schon die Nachricht von einem schweren Attentat auf der Haupteinkaufsstraße. Tunesien, Ägypten, jetzt auch an der Elfenbeinküste - kaum gibt es noch ein Land, das nicht mit Terror überzogen wird. In Brüssel werden mehrere Stadtteile aufgrund von Terrorrazien mehr oder weniger zu Sperrgebieten und dann stellt sich heraus, dass einer der Hauptdrahtzieher der November-Terrornacht in Paris selenruhig durch halb Europa getingelt ist und unter anderem in Ulm seine Dschihadistenkollegen aufgesammelt hat.

Dieser Tage ist viel von Angst die Rede. Noch mehr wohl von Furcht, ihrer kleinen Schwester, die keine konkrete Bedrohung kennt, sondern sich vor einer diffusen Unsicherheit schreckt. Furcht vor Überfremdung oder Kontrollverlust soll die AfD auf demokopische Höhen und in drei Landesparlamente geschwemmt haben. Furcht vor Neuem und Frustration über schnelle Veränderungen, die die Menschen nicht mitnehmen, lassen in den USA Figuren wie Donald Trump oder Bernie Sanders groß werden, beschieren dem Front National in Frankreich

graphischen Wandels annehmen.

Von Stadt und Landkreis Regensburg wurde zusätzlich eine sechste Säule mit dem Thema „Fachkräfte von Morgen“ ausgearbeitet, die sich hauptsächlich um die berufliche Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen bemühen soll. DK

Landkreise Günzburg, Neu-Ulm und Unterallgäu:

Großes Investitionsvolumen

Über 250 Millionen Euro durch KfW-Fördermittel

Wie der örtliche Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Nüßlein bekannt gab, wurden im vergangenen Jahr in den Landkreisen Günzburg, Neu-Ulm und Unterallgäu insgesamt 254 Millionen Euro an Investitionen getätigt, die die KfW Bankengruppe über Fördermittel finanziert hat.

So konnten zum Beispiel kleinere und mittlere Unternehmen durch die KfW-Mittelstandbank ihre Gründung finanzieren oder ihre laufenden Geschäfte absichern. Über die KfW-Privatkundenbank hatten Wohnungs- und Hausbesitzer die Möglichkeit, Wohnungen energetisch zu sanieren oder energiesparende Gebäude zu bauen. Die KfW-Kommunalbank schließlich griff klammern Stadtkassen unter die Arme, Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, die ohne finanzielle Hilfe nicht möglich gewesen wären.

654 Projekte in Günzburg

Auf diese Weise hat die bundeseigene KfW-Bank im Landkreis Günzburg insgesamt 654 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 60 Millionen Euro gefördert, im Landkreis Neu-Ulm 962 Projekte in einem Wert von 95 Millionen Euro und im Landkreis Unterallgäu 818 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 99 Millionen Euro.

Energiekosten sparen

Nüßlein, im Bundestag auch wirtschafts-, energie- und baupo-

litischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, zeigte sich erfreut, dass insbesondere Privatleute überdurchschnittlich viele Bauvorhaben im Wohnbereich über die KfW finanziert haben: „Es ist gut, wenn viele Bauherren den staatlichen Anreiz wahrnehmen, ihre Häuser und Wohnungen energetisch zu sanieren beziehungsweise zu bauen. Damit sparen die Bewohner über die Jahre gesehen enorm an Energiekosten und wir tun etwas für die Umweltbilanz. Die KfW-Programme werden wir in dieser Legislaturperiode auf jeden Fall beibehalten, wenn möglich ausbauen.“

Breitbandausbau

Der Abgeordnete verwies gleichzeitig auf ein neues KfW-Förderprogramm, mit dem der Breitbandausbau beschleunigt werden soll: „Das mit der SPD vereinbarte neue Programm für das schnelle Internet vor allem in ländlichen Regionen müssen wir jetzt erst mal einrichten. Dabei habe ich besonders unterversorgte Gegenden, wie es sie in unserer schwäbischen Heimat leider immer noch gibt, im Blick“, so Nüßlein. □



Glasfaser für Oberostendorf

Rund 600 Haushalte, Unternehmen und Gewerbetreibende in der Gemeinde Oberostendorf verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet. Das neue Glasfasernetz deckt die vier Ortsteile Oberostendorf, Unterostendorf, Gutenberg und Lengenfeld ab. Es bietet damit im gesamten Gemeindegebiet Geschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s. Rund 100 Grundstücke, insbesondere Gewerbeflächen, werden zudem mit einem Glasfaserdirektanschluss versorgt, der nochmals deutlich höhere Bandbreiten bietet.

Bau und Betrieb des neuen Hochleistungs-Breitbandnetzes setzen LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke AG, sowie der regionale Telefon- und Internetanbieter M-net um. Bürgermeister Helmut Holzheu unterzeichnete jüngst im Gemeindeamt Oberostendorf den Kooperationsvertrag. Das Breitbandprojekt wird von den beiden Unternehmen mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms und der Gemeinde Oberostendorf finanziert. Im Bild (v. l.): Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet, Erster Bürgermeister Helmut Holzheu und Gabi Emmerling, Regionalbeauftragte Schwaben bei M-net, unterzeichneten gemeinsam den Kooperationsvertrag für das Breitbandprojekt.

Bild: LEW/Christina Bleier

Passauer Kreistag:

Rekord-Haushalt verabschiedet

Den größten Haushalt seiner Geschichte hat der Kreistag des Landkreises Passau verabschiedet. Er umfasst 178 Millionen Euro und ist damit um 35 Millionen Euro höher angesetzt als das Budget des Vorjahres. Hauptverantwortlich für die Steigerung sind die veranschlagten Ausgaben für Asylbewerber, Flüchtlinge und unbegleitete Minderjährige. Dennoch war es möglich, die Kreisumlage auf 44,5 Prozent zu senken und gleichzeitig ein Investitionsbudget von fast 16,4 Millionen Euro vorzusehen.

„Ein Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt und die Tür zum Schuldenabbau öffnet, der gleichzeitig mit einem Prozentpunkt weniger Kreisumlage die Belastung für die Kommunen zurücknimmt und dabei immer noch mit einer hohen Investitionsquote den Zukunftsaufgaben Rechnung trägt - das hat schon etwas von der Quadratur des Kreises“, erläuterte Landrat Franz Meyer im Rahmen der Kreistags-

sitzung. „Das Ergebnis ist die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises auf Basis der Solidarität in der kommunalen Familie.“ Mit dem Haushalt sei ein Kompromiss aus der Handlungsfähigkeit des Landkreises und der Leistungsfähigkeit der Gemeinden erzielt, der beiden gerecht werde.

Klarer Vertrauensbeweis

Der 95-prozentige Rückhalt im

Passauer Kreistag ist für den Landkreischef Vertrauensbeweis und Ansporn für eine Verwaltung, die gerade in den vergangenen Monaten der Flüchtlingskrise Außerordentliches geleistet habe. Neben diesen Herausforderungen, die die öffentliche Wahrnehmung sehr bestimmten, stehe der Landkreis vor einer Fülle weiterer Aufgaben. Dazu zählte der Landrat die Erhaltung der Infrastruktur - der Landkreis hat das größte Kreisstraßennetz Bayerns und startet eine 1,5-Millionen-Brückensanierungs-Offensive für 2016 - ebenso wie die Verkehrssicherheit, die Schaffung und Sicherung wohnortnaher Arbeitsplätze, die Kulturarbeit, die heuer vor allem im Zeichen der Landesausstellung in Aldersbach stehe, zudem Energiewende und Umweltpolitik sowie das Thema Bildung und Forschung.

Schulbau und Schulsanierung

In diesem Zusammenhang machte Meyer darauf aufmerksam, dass der Landkreis mit 60 Millionen Euro heuer und für die nächsten Jahre eines der größten Schulbau- und Schulsanierungs-

programme der letzten Jahrzehnte schulert. Dazu zählten der Neubau der Berufsschule Vilshofen, die Generalsanierung des Gymnasiums Untergriesbach sowie der Abschluss der Sanierung der Anne Frank Schule in Pocking.

„Cluster Kunststoff“

Wie breit das Bildungsthema im Landkreis aufgestellt ist, zeige sich auch an den neuen Hochschulstandorten Ruhstorf a. d. Rott und Hauzenberg. Das Ruhstorfer Technologiezentrum erlebt laut Meyer in den nächsten Monaten eine bauliche Erweiterung auf INTERREG Förderbasis mit einem Gesamtvolumen von 4,2 Millionen Euro. Ganz aktuell liefen Gespräche für einen „Cluster Kunststoff“ im nördlichen Landkreis. „Die Hochschule Deggendorf verfolgt dieses Projekt intensiv und mit unserer Hilfe“, so der Landrat.

Asylkosten

Mit Blick auf die Kosten im Asylbereich verwies Kreiskämmerer Heinz Dorschner schließlich darauf, dass neben den erstattungsfähigen Ausgaben beim Landkreis Aufwendungen von über 3 Mio. Euro verbleiben, für die es keinen Erstattungsanspruch gibt. Diese Größenordnungen müsse man auch für die kommenden Jahre ansetzen. **DK**

Kirschstein neuer Forchheimer OB

Der SPD-Politiker Uwe Kirschstein ist neuer Oberbürgermeister der oberfränkischen Stadt Forchheim. Der 38-jährige Medizintechniker setzte sich in der Stichwahl mit 52,2 Prozent der Stimmen durch. Sein Gegenkandidat, der 39-jährige Jurist Ulrich Schürr (CSU/Junge Bürger), kam auf 47,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,5 Prozent. Der langjährige Amtsinhaber Franz Stumpf (CSU) war aus Gesundheitsgründen nicht mehr angetreten. □

Bayerns Institut für Public Management geht an den Start

Das Institut für Public Management (IPM) mit Sitz in Ismaning nimmt seine Tätigkeit auf. Das IPM ist spezialisiert auf den öffentlichen Sektor, auf Kommunalverwaltungen, Landesverwaltungen und sonstige öffentliche Einrichtungen und Betriebe.

Die Leistungspalette reicht von empirischer Forschung über anwendungsorientierte Beratungsleistung, Gutachten bis hin zu Weiterbildungsangeboten. Neben erfahrenen Unternehmensberatern verstärken Hochschulprofessoren das Team des IPM.

Erste Adresse

Laut Dipl. Kfm. Hans-Peter Mayer, Direktor des Institutes für Public Management, kümmert sich das Institut neben Beratungsleistungen rund um die Verbesserung der Effizienz in öffentlichen Verwaltungen auch um aktuelle Problemstellungen in Ver-

waltungen sowie Brennpunktthemen. „Derzeit sind es vor allem Integrationsmanagement und eGovernment. Für individuelle Problemstellungen sind wir sicher erste Anlaufadresse. Unsere Zertifikatslehrgänge sind für den Bedarf vor Ort jeweils maßgeschneidert. Die Absolventen erhalten genau die Ausbildung, die sie qualifiziert, sofort on-the-job einsetzbar zu sein.“

Das IPM ist das Ergebnis einer Zusammenführung des Bereiches Public Management der Hochschule für angewandtes Management in Erding und der MP Unternehmensberatung.

Info: www.ipm.iunworld.com □

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 7. April 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Kommunikationstechnologie
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com



Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
P. HENKEL
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammeln
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr **ABO** der **GemeindeZeitung**
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
 - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM GmbH
Eberhardstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Für Ihre Lüftungsanlagen:
Multifunktionale Wärme- / Kälterückgewinnungstechnik

- Die multifunktionale Rückgewinnungstechnik von SEW® reduziert die Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen und in Folge:
- kleinere Heizkessel
 - kleinere Kältemaschine
 - Wegfall von Rückkühlwerken

Damit bezahlt sich die SEW®-Energieeinsparstechnik bereits von selbst und Energie wird auf Jahrzehnte eingespart!

Fordern Sie unsere kostenlose Werksberatung an oder besichtigen Sie eine Musteranlage in Ihrer Nähe: Tel.: 02152/91560

SEW® GmbH
47906 Kempen
info@sew-kempen.de
www.sew-kempen.de seit 1983

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen



Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wohnheimeinrichtungen

Wir sind die WOHNHEIM-Ausstattungs-Spezialisten

STAHLSCHROTT-ETAGENBETTEN
SCHAUMSTOFF-MATRATZEN
STAHLKLEIDERSCHRÄNKE

Infos unter www.bockorny.de - oder Katalog anfordern

bockorny
bettet gut

70734 FELLBACH
Hintere Str. 31 - 35
Tel. 07 11 / 58 26 69
Fax 07 11 / 58 26 68